

TRIALOG

Zeitschrift für das
Planen und Bauen
in der Dritten Welt

ISSN Nr. 0724-6234

OKTOBER 1984

4

DIE HÄUSER DER REVOLUTION



XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EX LIBRIS
KOSTA MATHEY

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDITORIAL

Unsere Beschäftigung mit sozialistischer Entwicklung in der Dritten Welt mag heute durchaus Überraschung hervorrufen, ist dieses Thema in einer Zeit, in der "bei uns" der Blick entweder nach innen gerichtet ist (auf das Privatleben) oder auf die Verhinderung unsere Existenz hier bedrohender Faktoren (Rüstung hier, Umweltvergiftung hier), doch kaum noch populär. Die Suche nach Vorbildern gesellschaftlicher Entwicklung scheint erledigt, seit die "Begeisterung" für China, Cuba oder Vietnam abgeebbt ist. Die maßlosen Erwartungen der (unkritischen) Linken, welche in den späten 60er und den 70er Jahren die Ausgangsbasis für die erhsehnte Weltrevolution in den sozialen und politischen Ereignissen der Entwicklungsländer zu sehen glaubte und auf plötzliche und durchschlagende Erfolge (im Sinne unserer Vorstellung von einer besseren Zukunft) des Sozialismus in diesen Ländern setzte, hatten sich nicht erfüllt. Denn dem materiellen Elend dieser Länder, d.h. der realen Ausgangsbasis für die Lösung der "sozialen Frage" als absolut notwendiger Vorbedingung hatte sie kaum Beachtung geschenkt, bzw. seine Bedeutung völlig unterschätzt. Der daraus resultierende Katzenjammer, der eine kritische Auseinandersetzung mit den eigenen Fehlern in der politischen Analyse verhinderte, war dementsprechend groß und irrational - man denke nur an die französischen nouveaux philosophes.

TRIALOG teilt die heutzutage bei vielen (noch immer) vorherrschende "Desillusionierung" nicht. Wir gehen nicht davon aus, daß sozialistisch-orientierte Entwicklungsländer und Befreiungsbewegungen danach zu bewerten sind, inwieweit sie bei der Transformation ihrer Wirklichkeit unsere Wunschvorstellungen berücksichtigen. Diese Art der Beurteilung müßte über kurz oder lang immer negativ ausfallen. Vielmehr gilt es - unserer Meinung nach -, erst einmal grundsätzlich anzuerkennen, daß unsere eigene Realität nicht die einzige ist und die ihre eine uns zunächst fremde, und dann anschließend auch bereit zu sein, diese überhaupt kennenlernen zu wollen. "Nur der vorurteilslose Blick sieht richtig und findet die Wahrheit" (Luise Rinser, Nordkoreanisches Reisetagebuch, Frankfurt/M. 1981, S.77). Erst dann setzt der eigentliche Prozeß des Kennenlernens ein und beginnt leider auch, sich in ein erkenntnistheoretisches Problem zu verwandeln.

Doch wenn auch die sinnliche Erfahrung (Empirie) nur einen Teil der Wirklichkeit erschließt und die Frage nach den ihr zugrundeliegenden Gesetzmäßigkeiten und dem Sinn nicht aus sich heraus beantworten kann - dazu gehört ein theoretisches System -, ist sie doch unentbehrlich, um sich einer "fremden" Wirklichkeit zu nähern. Kennenlernen ist ein Prozeß, und dieser ist umfassender, wenn man/frau sich nicht nur passiv "kurz 'mal vor Ort" aufhält, sondern aktiv in diese andere Realität durch Arbeit "eingebunden" ist. So ging es Mitgliedern unserer Redaktionsgruppe, als sie mehrere Jahre als Architekt(in), Planer(in), Dozent(in) in verschiedenen sozialistisch-orientierten Ländern Afrikas und Lateinamerikas tätig waren und dabei Lernprozesse durchmachten, die äußerst intensiv waren und mit den gesamtgesellschaftlichen, rasch aufeinanderfolgenden Transformationsprozessen Schritt halten mußten.

Mit dieser Ausgabe von TRIALOG wollen wir den Prozeß des Kennenlernens anderer Wirklichkeiten (hier vermittelt über das geschriebene Wort) einleiten: wir wollen dazu beitragen, die Bedeutung sozialistischer Entwicklung in der Dritten Welt, den gesellschaftlichen Vorbildcharakter für andere Entwicklungsländer, die jeweiligen Ansätze zur Lösung der sozialen Probleme - verursacht durch Unterentwicklung, (Neo-)Kolonialismus, offenen Imperialismus, aber auch durch interne Machtkämpfe, Verbürokratisierung, Fehlplanung -, sowie die Tendenzen zu autonomer Entwicklung und Basisdemokratie wie auch mögliche neue Abhängigkeiten zu thematisieren. Dabei sollen die jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen den Angelpunkt der Betrachtung bilden, um Ausgangsbasis und Zielgruppe(n) der Veränderungen nicht aus den Augen zu verlieren und Transformation nicht nur als technologische/technokratische Prozesse praktischer Politik um ihrer selbst willen darzustellen.

Wenn auch auf der Erscheinungsebene Modelle und Praktiken im Bereich der sozialistischen Stadtentwicklung, Urbanisierung, Regionalentwicklung, des Wohnungsbaues, der Technologie- und Umweltpolitik denen aus den kapitalistischen Ländern durchaus ähneln (können), so entsprechen sie keineswegs denselben Gesetzmäßigkeiten und verfolgen auch nicht dieselben Ziele. Die durch die spezifische Gesellschaftsformation bedingte Andersartigkeit sozialistischer Entwicklungspolitik und ihrer Möglichkeiten auf der einen Seite und die strukturellen (Handlungs-) Schranken, die dem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem immanent sind, auf der anderen Seite lassen die zentrale Annahme der Konvergenz-Theoretiker, wonach beide Systeme sich letztendlich annähern, fragwürdig erscheinen. Die Prozesse der Betroffenenbeteiligung in Angola oder Moçambique z.B., der Abbau des regionalen Ungleichgewichtes in Cuba oder das Konzept der dortigen Mikrobrigaden, die Abschaffung des Besitzes von Mietwohnungen in Nicaragua, oder auch die gesamtgesellschaftliche Kontrolle der Umwelteinflüsse in China zeigen, wie es und was "anders" gemacht werden kann als "bei uns", und verdeutlichen gleichzeitig die Unmöglichkeit, dieselben Maßnahmen innerhalb der hiesigen Realität zu ergreifen.

Unsere in diesem TRIALOG-Heft vorgestellte Artikel- bzw. Länderauswahl ist nicht vollständig, weder was die Thematik noch was die Länder betrifft. Trotzdem sollen "DIE HÄUSER DER REVOLUTION" einen Überblick vermitteln, der nicht oberflächlich ist, der hilft, falsche Träume auszu(t)räumen und in der "nüchternen" Wirklichkeit trotz allem die Hoffnung auf ein menschenwürdigeres Leben in Ansätzen erfüllt zu sehen. Wichtige Länder fehlen. "DIE HÄUSER DER REVOLUTION (TEIL 2)" müßte folgen.

IMPRESSUM:
Herausgeber der TRIALOG ist die "Vereinigung zur wissenschaftlichen Erforschung des Planens und Bauens in Entwicklungsländern e.V. (gemeinnützig), Sitz Darmstadt.
Redaktions- und Vereinsanschrift:
TRIALOG,
Planen und Bauen
in Entwicklungsländern
Petersenstr. 15
D-6100 DARMSTADT.

V.i.S.d.P.: Der Verantwortliche der jeweiligen Redaktionsgruppe eines Heftes. Für dieses Heft: O. Greger, F. Steinberg, U. Zschaebitz. Tipparbeiten: Doris Zorn

Die in TRIALOG veröffentlichten Artikel repräsentieren nicht zwingend die Meinung der Herausgeber und der Redaktion. Artikel, inhaltliche Beiträge und Informationen sind an die Vereinsadresse oder an die regionalen TRIALOG-Kontaktpersonen zu richten:

- Kosta Mathéy, Ingrid Hermannsdörfer-Planen und Bauen in Entwicklungsländern, TH Darmstadt, Petersenstr.15, 6100 Darmstadt, Tel.: 06151/163637.
- Hans Harms, Ulrike Zschaebitz, Technische Universität Hamburg-Harburg, Arbeitsbereich "Städtebau, Objektbezogene Stadtplanung, Schwarzenbergstr.93c, 2100 Hamburg 90, Tel.: 040/771702659.
- Bernd Jenssen / Einhard Schmidt, Universität Dortmund, Postfach 500500, 4600 Dortmund 50, Tel.: 0231/7552370.
- Florian Steinberg, Technische Universität Berlin, Sekr. A 53, Straße des 17.Juni 135, 1000 Berlin 12, Tel.: 030/3145041.
- Gisliind Budnick, Abdullah Breshna, Fakultät für Architektur und Stadtplanung, Universität Stuttgart, Postfach 560, 7 Stuttgart 1, Tel 0711/2073666
- Marlene Reiners, Bismarckstr. 15, D-51 Aachen, Tel 0241/503 864

TRIALOG kostet als Einzelheft:
für Einzelpersonen 9,-DM
für Institutionen 12,-DM

TRIALOG kostet im Abonnement (4 Ausgaben):
für Studenten 24,- DM
für Einzelpersonen 32,- DM
für Institutionen 48,- DM

Titelbild: Allegorischer Wagen der 1. Mai-Manifestation 1979 in Luanda/Volksrepublik Angola. Slogan: 'Bau dein Haus mit deinen eigenen Händen'.
Titelgestaltung: Ilena Zarypov. TitelFoto: Otto Greger.

DOCH BEGINNEN WIR MIT DIESEM TEIL :

CUBA: Die Autoren R.HUWER, J.KÖNIG, M.KRAPOLS-REINERS und R.WESTERHEIDE, die als Brigadisten auf Baustellen in Cuba gearbeitet haben, zeigen wesentliche, durch die cubanische Revolution ermöglichte Transformationen auf wie den graduellen Abbau des Metropole/Stadt-Land Gegensatzes durch gezielte territoriale Entwicklungspolitik, den Auf- und Ausbau sozialer Infrastruktur, die Verringerung des Wohnungsdefizites durch bewußte Koppelung von technischer Vorfertigung und gesamtgesellschaftlicher Selbsthilfe (den Mikrobrigaden) und schließlich die Durchsetzung der Volksmacht (poder popular) als Garant der Interessen der Basis.

CHILE: In seinem Beitrag konzentriert sich der chilenische Autor L.VARAS ARRIAZA nach einer kurzen historischen Einordnung des Phänomens der Landbesetzungen durch arme Bevölkerungsgruppen und der politischen Antworten der Herrschenden hierauf auf den Kampf der Campamento-Bewohner um Bauplatz und Wohnung in der Zeit der sozialistisch-orientierten Allende-Regierung (1970-73) und das Verhalten der unterschiedlichen politischen Kräfte in dieser Auseinandersetzung. Sein Hauptinteresse gilt den neuen Formen sozialer Organisation in den Campamentos und den Forderungen ihrer Bewohner gegenüber der Volksregierung nach Mitbestimmung bei Planung und Ausführung neuer Siedlungen und Wohnbauten. Er zeigt am Beispiel des revolutionären Campamentos "Nueva Habana", wie weit die Pobladores dabei bürgerliche Modelle und Praktiken in Frage stellten.

ALGERIEN: Auch U.OPITZ geht es in ihrem Beitrag um eine Form der Partizipation, dem "selbstbestimmten Bauen" in einem Land mit einer tiefverwurzelten Tradition in diesem Bereich. Sie weist darauf hin, daß die offiziellen Wohnungsbauprogramme - großangelegt, teuer und weit davon entfernt, Selbsthilfe miteinzubeziehen - das Problem des unzureichenden Wohnraums nicht lösen, andererseits es aber sehr schwer ist, die offiziellen Stellen von alternativen Lösungsprogrammen mit Selbsthilfe und angepaßter Technologie zu überzeugen.

VR ANGOLA: Wie das "tote Gewicht der alten (kolonialen) Gesellschaft" (R.ROSSANDA) mit ihrer verzweifelten Hinterlassenschaft für die junge Volksrepublik zu dem "Gehen auf zwei Beinen" führt, zeichnet der Berliner Autor O.GREGER nach. Aus den Notmaßnahmen der ersten Stunde, die gekennzeichnet war von einer Totalparalyse des Bausektors in personeller wie materieller Hinsicht, entwickeln sich "zwei Linien" im Wohnungsbau: der nach anfänglichem Scheitern im Aufbau begriffene "moderne" staatliche Wohnungsbau im System und das staatlich organisierte Bauen in gesellschaftlicher Selbsthilfe, dessen kollektive Partizipation an Bevölkerungstraditionen anknüpft und weniger dem "Wie" am Wohnen Bedeutung beimißt als dem, "was" es im Leben von Menschen bewirkt. Im Bereich der Stadtentwicklung und Landesplanung zeigen die neuen Ansätze zur "Agrarisierung der Stadtränder", daß der schnellstmöglichen Selbstversorgung von Stadt und Provinz, dem Abbau städtischen Parasitismus und regionaler Disparität hohe Priorität beigemessen wird.

MOÇAMBIQUE: "Bauen auf die eigene Kraft" heißt in Moçambique die Methode, die der kanadische Autor B.PINSKY hier anhand der Wohngebietsverbesserung des Stadtviertels Maxaquene in Maputo darstellt. Beschrieben wird die Entwicklung neuer, eigener Formen der Zusammenarbeit von Bewohnern und Planungsbehörden, Formen, die sich auf den politischen Organisationsprozeß in den Vierteln stützen. Die dabei gewonnenen Erfahrungen und angeeigneten Fähigkeiten ermöglichen eine neue Planungs- und Partizipationsqualität im Hinblick auf weitere Programme innerhalb des Rehabilitierungsprozesses städtischer Squattersiedlungen und stärken die Hoffnung, diese Probleme aus eigener Kraft zu lösen.

VR CHINA: Ein Bild von den verschiedenen Entwicklungsstadien von Wohnungsbau und Stadt zeichnet CH.OERTEL: von dem "großen Sprung nach vorn" - Umorganisation der Stadt nach dem Kommuneprinzip/ Bau von Trabanten und Satelliten/ das Stadtzentrum als Ort politischer Repräsentation - über die "angepaßten" Mustersiedlungen der Kulturrevolution bis hin zu den (Hochhaus-)Neubauten in den anonymen Wohngebieten der letzten Jahre. Deutlich werden dabei: die erfolgreiche Eindämmung der Stadt-Land-Migration und der Entstehung städtischer Elendsquartiere, die Mindestversorgung der Bevölkerung mit Einfachwohnraum, aber auch: die Dringlichkeit grundlegender Sanierung ganzer Quartiere mit abgewohnter, alter Bausubstanz.

VR CHINA: In einem weiteren Beitrag zu China arbeitet E.HAHN die Wirkungszusammenhänge zwischen Siedlungs-, Umwelt- und Entwicklungspolitik heraus. Auf der Suche nach adäquaten Antworten auf die heutige Umweltkrise reflektiert die jüngere Siedlungspolitik Chinas - wenn auch mit Einschränkungen - ein geändertes entwicklungs-politisches Bewußtsein, das an traditionelles Wissen um die Zusammenhänge zwischen philosophischer Erkenntnis und ökologischer Praxis anzuknüpfen vermag. Dabei stellen Umweltdaten und der "Beijinger Umwelatlas" neuartige Grundlagen und Instrumente für eine integrierte Siedlungs-, Umwelt- und Entwicklungsplanung dar.

"Polemik gegen den latent parasitären Charakter von Entwicklungsländerforschung", so überschreibt J.LINDERT seine Kritik an rein akademischer Dritte Welt-Forschung auf der Basis wissenschaftlich kaschierter Subjekt/Objekt-Beziehungen zwischen Forschendem und Beforschtem. Er widmet sie all jenen (von uns), denen Papier zur Droge verkommen ist und die Brecht in "Leben des Galilei" "ein Geschlecht erfinderischer Zwerge, die für alles gemietet werden können" nennt. Ihnen gilt seine Aufforderung zu einer emanzipatorischen Wissenschaft, die sich, im Dienste der Befreiung von herrschaftsbedingter Ungleichheit stehend, mit praktischer Solidaritätsarbeit verbindet.

NICARAGUA: Ein "abgerundetes Bild" zu Fragen des Planens und Bauens von einem Land geben zu wollen, dem seit der Machtübernahme durch das Volk keine Ruhe zur Formulierung der eigenen Wege gelassen wird und das, um zu überleben, in allen Bereichen auf äußeren Druck zu reagieren gezwungen ist, hält die Redaktionsgruppe dieses Heftes nicht für möglich und möchte stattdessen ihre Solidarität mit dem nicaraguanischen Volk in einem Spendenaufruf ausdrücken. HÄUSER FÜR DIE REVOLUTION IN NICARAGUA gibt es noch viele aufzubauen. Doch beginnen wir bescheiden und beteiligen uns am Ausbau des Gesundheitszentrums in San Miguelito/Rio San Juan!

Otto Greger

Florian Steinberg

Ulrike Zschaebitz

TRIALOG

Zeitschrift für das
Planen und Bauen
in der Dritten Welt

ISSN Nr. 0724 - 6234

OKTOBER 1984

4

DIE HÄUSER DER REVOLUTION

INHALT

2 EDITORIAL

4 REINER HUWER, JOCHEN KÖNIG, MARLENE KRAPOLS-REINERS, ROLF WESTERHEIDE
CUBA: EINE REVOLUTIONÄRE WELT IM BAU

8 LUIS VARAS ARRIAZA
UNSER KAMPF IST GRÖßER ALS DAS HAUS: DIE CAMPAMENTO-BEWohner IN CHILE 1970-73

12 URSULA OPITZ
PARTIZIPATION IN ALGERIEN: ANLEIHE BEI ALTEN TRADITIONEN?

15 OTTO R.H. GREGER
GEHEN AUF ZWEI BEINEN: POLITIK UND BAUEN IN DER VOLKSREPUBLIK ANGOLA

22 BARRY PINSKY
BAUEN AUF DIE EIGENE KRAFT. DIE MAXAQUENE WOHNGEBIETSVERBESSERUNG IN MAPUTO/MOÇAMBIQUE

26 CHRISTIAN OERTEL
WOHNUNGSBAU UND STADTENTWICKLUNG IN DER VOLKSREPUBLIK CHINA

29 EKHART HAHN
WIRKUNGSZUSAMMENHÄNGE ZWISCHEN SIEDLUNGSPOLITIK, UMWELTPOLITIK UND ENTWICKLUNGSPOLITIK IN DER VOLKSREPUBLIK CHINA

34 JAN LINDERT
POLEMIK GEGEN DEN LATENT PARASITÄREN CHARAKTER VON ENTWICKLUNGSLÄNDERFORSCHUNG

35 SPENDENAUFRAF:
HÄUSER FÜR DIE REVOLUTION IN NICARAGUA: GESUNDHEITSPROJEKT RIO SAN JUAN

36 NEUERSCHEINUNGEN UND BUCHBESPRECHUNGEN

38 FORSCHUNGSINFORMATIONEN

39 LEHRANGEBOTE UND VERANSTALTUNGEN

39 ENGLISH SUMMARIES

40 HINWEISE FÜR AUTOREN

Reiner Huwer, Jochen König, Marlene Krapols-Reiners, Rolf Westerheide

KUBA: EINE REVOLUTIONÄRE WELT IM BAU.

IN EIGENER SACHE

Die Verfasser dieses Artikels sind ausschließlich Architekten und Stadtplaner - Praktiker, deren beruflicher Schwerpunkt nicht der Planung in Entwicklungsländern zugeordnet ist. Unser gemeinsames Interesse ist "Kuba" und das Planen und Bauen in der Dritten Welt.

Wir haben alle in Kuba "vor Ort" auf dem Bau als internationale Brigadisten gearbeitet, uns mit kubanischen Kollegen unterhalten, Informationen eingeholt, Recherchen angestellt. Und natürlich jede Menge diskutiert.

HINTERGRUND

In Kuba begann 1959 eine tiefgreifende, revolutionäre Veränderung des gesamten gesellschaftlichen Lebens, die auch eine allmähliche Umgestaltung des räumlichen und architektonischen Erscheinungsbildes als Widerspiegelung der veränderten inneren Strukturen zur Folge hatte. Die Entwicklung Kubas in den letzten 25 Jahren kennzeichnen Offenheit und der Wille zur Verbesserung der Lebensbedingungen für Alle.

Wurden Fehlplanungen und -entscheidungen erkannt - und es waren nicht wenige, die alleine aufgrund von Un erfahrenheit entstanden -, war es ein kubanisches Selbstverständnis, diese Entscheidungen wieder aufzuheben und zu versuchen, "Hinzugelerntes" weiterzuverarbeiten.

Daß diese Lernprozesse unter den politisch-ökonomischen Bedingungen des Landes nicht einfach sind und zu mancherlei Konflikten führen müssen, versteht sich von selbst - aber sie sind notwendig.

Tatsache ist, daß Kuba nur noch 4% Analphabeten über 14 Jahren hat (1976) (Haiti 85%)

auf 1.110 Menschen 1 Arzt kommt (1977) (in Haiti auf 12.200),

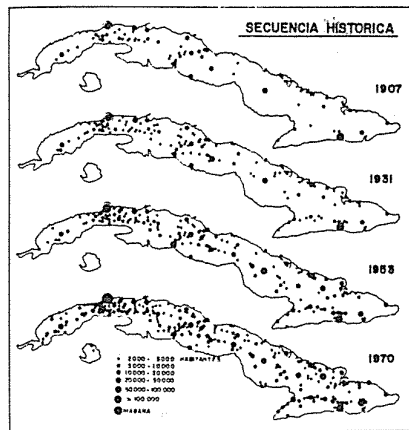
eine Lebenserwartung von 72 Jahren besteht (1979) in Haiti liegt sie bei 53). (1)

Aber auch wenn in La Habana die für Lateinamerika typischen Elendssiedlungen nicht mehr zu finden sind, herrscht in Kuba Wohnungsnot und großer Mangel an infrastrukturellen Einrichtungen.

Planen und Bauen muß unter größtmöglichen wirtschafts- und materialökonomischen Gesichtspunkten geschehen. Das sollte bei Beurteilungen des kubanischen Wohnungs- und Städtebaus nicht außer Acht gelassen werden.

BASISDEMOKRATIE IN KUBA - EIN ANFANG

Entscheidend für die sozio-ökonomische Weiterentwicklung war die Verabschiedung einer neuen Verfassung im Jahre 1976. Überzentralisierung (von La Habana ausgehend), Kompetenzunsicherheiten, Mangel an Durchlässigkeit und Fehlplanungen waren der Hintergrund für notwendige Veränderungen.



Siedlungsgeschichtlicher Vergleich: deutlich zeigt sich, daß die Revolution die Siedlungstätigkeit auf das ganze Land ausgedehnt hat.

Mit den "Organen der Volksmacht" (Poder Popular) entwickelte Kuba ein eigenes Modell für den staatlichen Aufbau. Das Land wurde nach Provinzen, Gemeinden und Wahlkreisen politisch administrativ neugegliedert (die vormals 7 Provinzen wurden in 14 Provinzen u. 169 Gemeinden neu unterteilt). Zum erstmaligen entstanden Vertretungsorgane der Gesamtbevölkerung, die auf der Ebene der Provinzen bzw. Kreise wichtige Entscheidungskompetenzen erhielten und dem bisherigen Zentralismus entgegenwirken sollten. (Die Provinzen haben beispielsweise die volle Verantwortung für die Produktion, die Erfüllung des Plans und die landwirtschaftliche Selbstversorgung, die Kreise z.B. für das Funktionieren des Gesundheits- und Schulsystems).

Von nun an ist das parlamentarische System in drei Ebenen gegliedert: die Kreis-, Provinz- und nationale Ebene. Dieses System beinhaltet gleichzeitig relativ starke Kontrollfunktionen: so muß z.B. ein gewählter Kreisdelegierter alle drei Monate eine Versammlung in seinem Wahlkreis abhalten, um der Bevölkerung Rede und Antwort zu stehen. Jede Verwaltung unterliegt einer doppelten Kontrolle: die Gemeindeverwaltung z.B. wird durch das Gemeindeparlament des Poder Popular administrativ und politisch und über die zuständige Provinzverwaltung rechtlich und fachlich überprüft.

Die verfassungsmäßig garantierte Mitbeteiligung der Bevölkerung in Kuba beeinflußt die Qualität aller Entscheidungen und trägt dazu bei, einem unterentwickelten Land wie Kuba eine der politischen Mitwirkung fähige Bevölkerung zu geben. Und dies ist eine Voraussetzung für die Überwindung der Unterentwicklung in der Dritten Welt.

Die Form der "Poder Popular" - Selbstverwaltung knüpft an den positiven Erfahrungen mit der Organisation der "Komitees zur Verteidigung der Revolution" (CDR) an. Diese Komitees wurden ursprünglich 1960 ins Leben gerufen, um Sabotageakte zu verhindern. Heute haben sie eine umfassendere gesellschaftliche Funktion. Etwa 80% der erwachsenen Bevölkerung arbeiten im CDR mit. Diese Organisation setzt im unmittelbaren Lebensbereich in den Siedlungen und im Wohnblock an. Sie versucht Alltagsprobleme unter der Mitwirkung eines jeden Einzelnen zu lösen. Z.B. hilft das CDR auch bei Zuteilung oder Tausch von Wohnungen.

Oder organisiert und verteilt notwendiges Baumaterial oder führt Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnblock-Umfeldes durch.

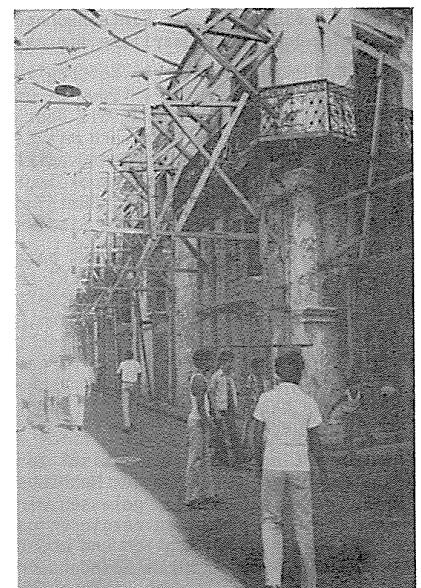
Diese große Selbsthilfeorganisation leistet objektiv wertvolle Arbeit an der Basis und im Kleinen. Des Weiteren hat sie eine wichtige Bedeutung in Kuba, da sie der Bevölkerung die politische Teilnahme an der Entscheidung praktischer und konkreter Angelegenheiten ermöglicht.

TERRITORIALE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Raumordnungspolitische Ziele:

Die Entwicklung des ländlichen Raumes mit dem Ziel, die Produktionsfaktoren gleichmäßig über das ganze Land zu verteilen, stand unter den raumordnungspolitischen Hauptzielen der Revolution an 1. Stelle. Dies entsprach zum einen der Erkenntnis, daß der Reichtum Kubas auf dem Land liege, zum anderen der Tatsache, daß der ländliche Raum im Gegensatz zur Metropole La Habana völlig vernachlässigt worden war. Der Stadt-Land-Gegensatz sollte tendenziell aufgehoben werden, auch um den Bevölkerungsdruck, der durch die Landflucht auf den Städten lastete, abzuschwächen.

Die Erreichung dieser Ziele wurde durch eine räumlich wirksame Entwicklung eingeleitet, die in der Form der "dezentralen Konzentration" und der "Urbanisierung der ländlichen Gebiete" die ökonomischen und sozialen Grundlagen schaffen sollte. Die Bevölkerung sollte allmählich in kleinen Städten auf dem Land konzentriert werden. Durch die Ausstattung des ländlichen Raumes mit schulischen, gesundheitlichen und öffentlichen Einrichtungen und Neubauwohnungen mit städtischem Standard sollte erreicht werden, das ländliche Gebiet auch für Städter attraktiv werden zu lassen und gleichzeitig der Landbevölkerung in ihrem natürlichen Lebensbereich die Teilhabe an den gesamtgesellschaftlichen Errungenschaften zu ermöglichen, um so eine Abwanderung in die traditionellen Zentren zu verhindern.



In der Altstadt von La Habana: zerfallende Bausubstanz ist zur Sicherheit abgestützt. Mit Sanierungsprogrammen wird erst langsam begonnen.

La Habanas Wachstum wurde begrenzt. Am Vorabend der Revolution lebten 20,9% aller Kubaner in La Habana. Schon 1970 betrug der Anteil nur noch 20,5%. Dabei muß beachtet werden, daß die Gesamtbevölkerungszahl von 6,5 Millionen 1959 auf heute 10 Millionen angestiegen ist und La Habana nur eine Gesamtsteigerung von 1,5 Millionen auf 1,9 Millionen erfahren hat. Die Tragweite dieser Tatsache kann man nur im Vergleich mit den Wachstumsraten der anderen Großstädte der Dritten Welt richtig ermessen, die unaufhörlich ins Umland auszuweichen und den Stadt-Land-Gegensatz zunehmend verschärfen.

In Kuba findet das Bevölkerungswachstum in kleineren und mittleren Städten statt. Die meisten Industrien sind dabei Ausgangspunkt für die Gründung von mittleren bis größeren Stadtteilen, sofern sich die Industrien nicht an bereits bestehende Siedlungseinheiten anschließen. Die landwirtschaftlichen Produktionsstätten dienen ebenfalls der Siedlungsbildung.

Vor der Revolution waren 75% des anbaufähigen Bodens im Besitz von 8% der Bevölkerung. 64% der Bauern waren besitzlos und der ökonomischen Ausbeutung durch die Großgrundbesitzer ausgesetzt.

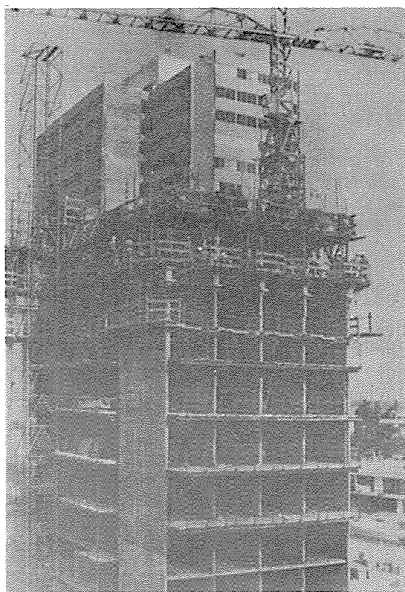
Wenige Monate nach der Revolution wurde das erste Landreformgesetz erlassen. Es brachte eine Veränderung der Landbesitzverhältnisse, beendete die Bodenspekulation und bestimmte die Nutzung des Bodens als Grundlage für die Erstellung von Entwicklungsplänen. Das Gesetz bestimmte:

- Alle Güter über 402 ha werden enteignet.
- Die großen Güter, in Lohnarbeit von Landarbeitern bewirtschaftet, gehen in Staatsgüter über, und die übrigen werden aufgeteilt.

Damit wurde der Vertreibung und Ausbeutung der Landbevölkerung ein Ende gesetzt.

1963 wurde das zweite Landreformgesetz erlassen. Das Gesetz bestimmte:

- Der Privatbesitz an landwirtschaftlicher Fläche ist auf 67 ha begrenzt.



Ein Beispiel für die bis zu 20-Geschosse hohen Wohnbauten im jugoslawischen System IMS.

- Es gilt ein nationales Lohnsystem für die in der Landwirtschaft Beschäftigten.

Ca. 30% der landwirtschaftlichen Nutzflächen werden heute in Kuba von privaten Kleinbauern bearbeitet, 70% der Fläche bilden landwirtschaftliche Staatsgüter oder Kooperativen.

Planungsinstrumentarien:

Die verantwortliche Planung liegt bei einer obersten zentralen Planungsbehörde, in der alle Ministerien mit ihren jeweiligen wirtschaftlichen Ressorts vertreten sind. So auch das Präsidium der Zentralbank. Die "Junta Central de Planificación", kurz "Juceplan" genannt, wurde 1960 ins Leben gerufen.

1964 wurde das Instituto Nacional de Planificación Física (IPF) gegründet und in die Juceplan integriert. Das IPF sollte als Raumplanungsbehörde für die räumlichen Komponenten der gesellschaftlich-ökonomischen Planung verantwortlich sein.

Das IPF ist in allen 14 Provinzen vertreten. Es verfügt über mittlere Planungskompetenz und koordiniert die Planungen auf regionaler und städtischer Ebene. Alle Planungstätigkeit wird jedoch beschlossen und kontrolliert vom Poder Popular.

STADTENTWICKLUNGSPOLITIK

Eines der wichtigsten Ziele der Siedlungs- und Stadtentwicklungspolitik nach der Revolution war die Behebung der Wohnungsnot bei gleichzeitiger Inangriffnahme der städtischen Strukturprobleme.

Die gesellschaftlich-ökonomischen Zielvorstellungen der landespolitischen Generalplanung wurden zur Planungsvoraussetzung. Ihre konsequente Umsetzung führte zu einer Kontrolle des Bevölkerungsdruckes auf die Städte, und zwar dadurch, daß der Landflucht die Motive entzogen waren.

Die folgenden gesetzlichen Maßnahmen zur Regelung der Wohnungsversorgung und Bodenfrage bildeten die Grundlage für eine geordnete Stadtentwicklung:

1. Brachliegende städtische Grundstücke mußten zu festgelegten Preisen verkauft werden.
2. Der Handel mit Wohnungen wurde unterbunden.
3. Haus- und Wohnungseigentümer mit mehr als einem Haus bzw. einer Wohnung wurden enteignet und in Form einer Leibrente entschädigt.
4. Alle aus der vorrevolutionären Zeit bestehenden Mietverträge wurden annulliert. Die Wohnungen gingen durch Abzahlungsbeträge an Stelle von Mieten in den Besitz der Bewohner über. Die Abzahlungsbeträge wurden dazu verwandt, Entschädigungen an die früheren Eigentümer zu bezahlen, sofern sie es nicht vorgezogen hatten, das Land zu verlassen. Mietern, die mehr als zwanzig Jahre Miete für die Wohnung bezahlt hatten, wurde die Wohnung übereignet.
5. Das Mietzinsniveau wurde einheitlich geregelt (max. 10% des Familieneinkommens).
6. Zwangsraumungsurteile nicht zahlungsfähiger Mieter wurden annulliert.
7. Aus der Landeslotterie wurde eine Bausparkasse geschaffen.

DER WOHNUNGSBAU

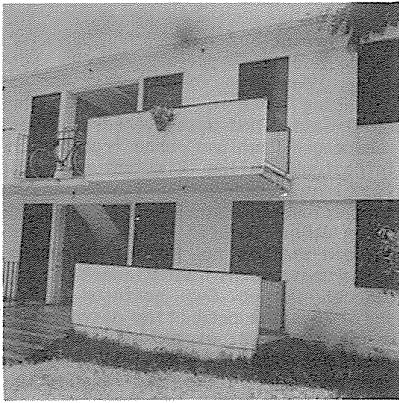
Die Revolution sah sich 1959 einem Wohnungsdefizit von ca. 700 000 Wohnungen gegenüber. Die Mehrheit der Bevölkerung lebte in Unterkünften ohne Kanalisation und Wasserversorgung auf sehr engen Raum und ohne irgendwelche infrastrukturellen Einrichtungen. Die jährliche Wohnungsproduktion der vorrevolutionären Zeit betrug ca. 8 000 WE im Jahr. Dadurch konnte nicht einmal ein Viertel des jährlich durch Bevölkerungszuwachs anfallenden Bedarf gedeckt werden. Dem geringen Umfang der Wohnungsbauproduktion entsprechend war auch die Bauwirtschaft ausgebildet. Dazu kam, daß ein Teil der Facharbeiter es vorzog, mit ihren teils Us-amerikanischen Arbeitgebern das Land zu verlassen.

In der Folge hatte auch unter der revolutionären Regierung der Wohnungsbau nur nachrangige Bedeutung. Im Vordergrund stand die Entwicklung des Agrar- und Industriesektors sowie die Schaffung infrastruktureller Einrichtungen des Erziehungs- und Gesundheitswesens, des Verkehrs, der Wasseraufbereitung, Abfallbeseitigung und der Elektrifizierung.

Das erste Jahrzehnt der Wohnungsbauentwicklung war gekennzeichnet durch Improvisation. In den Elendssiedlungen um La Habana herum wurden Selbsthilfekampagnen gestartet, um zumindest eine Wasserversorgung zu schaffen und den hygienischen Zustand zu verbessern, sowie die schreiendste Wohnungsnot zu lindern.

Bei der Aufstellung der ersten Wohnungsbauprogramme wurde der Mangel an fachlich qualifizierten Arbeitskräften als Haupthindernis beim Aufbau der Bauwirtschaft gesehen. Den schnellstmöglichen Weg sah man darin, die Facharbeiter konzentriert in der Herstellung von Fertigteilen einzusetzen und diese dann durch Angelernte und Laien im Land aufstellen zu lassen. Unbelastet durch eine Tradition des Bauens, Stein auf Stein wie bei uns üblich, fiel die konsequente Entscheidung für industrialisiertes Bauen mit Fertigteilen leicht. Gefördert wurde dies noch dadurch, daß ja Unterstützung vor allem aus den sozialistischen Ländern zu erwarten war, aus Ländern also, in denen das Bauwesen wesentlich weitgehender industrialisiert ist als bei uns.

So wurden jugoslawische und sowjetische Großtafelbausysteme zur Grundlage des Massenwohnungsbaues der ersten Zeit. Mit dem Wachsen der Erfahrung im Umgang mit derartigen Systemen wurden diese alsbald verändert, später eigene, dem karibischen Klima und Lebensstil angepasste Systeme entwickelt. Die Anwendung sogenannter "alternativer Technologien", ein bis vor kurzem nur bei uns gebräuchlicher Terminus; wird von den Kubanern nicht abgelehnt, aber auch nicht intensiv propagiert. Untersuchungen wiesen im Falle einer massenhaften Verwendung von Bambusrohren nach, daß die benötigten Flächen zur Bambusproduktion gerade der Zuckerproduktion (dem Hauptstandbein der kubanischen Agrarwirtschaft), sehr empfindliche Einbußen bringen würden. Eine Wirtschaftlichkeit wäre damit nicht gewährleistet. Zur Zeit laufen in Kuba Versuche mit einer Mischung von Lehm und Zement. Auf diesem Gebiet strebt Kuba eine Zu-



Zweigeschossiges Reihenwohnhaus im System Sandino, vor allem in ländlichen Gebieten zu finden.



Einfamilienhaus im Sandino-System.



Im ländlichen Bereich werden nach wie vor in Eigenhilfe die traditionellen "Bohíos" aus dem Holz und den Blättern der Königspalme gebaut.



Der Bohío geht auf die Hausform der indianischen Urbevölkerung Kubas zurück.

sammenarbeit auch und gerade mit westlichen Forschungsinstituten an. Im Selbstbau und in manchen ländlichen Siedlungen werden nach wie vor die natürlich gegebenen Baumaterialien wie Palmblätter zur Dachdeckung oder Palmhölzer für Verkleidungen verwendet. Für den Massenwohnungsbau sind diese Materialien schon allein aus quantitativen Gründen unbrauchbar. In den fünfzehn Jahren von 1959 bis 1974 wurde die Zahl der jährlich erstellten Wohnungen von 10.000 auf ca. 25.000 WE pro Jahr gesteigert. Ab 1975 räumte man dem Wohnungsbau eine größere Priorität ein. Erst jetzt, wo jährlich über 45.000 Wohnungen neu erstellt werden, wird das Wohnungsdefizit langsam abgebaut. Die Voraussetzungen dazu wurden mit dem Ausbau der Bauwirtschaft und vor allem der Steigerung der Baustoffproduktion geschaffen. Kuba produziert heute 3 Mio. Tonnen Zement im Jahr (1959 ca. 130.000 t) und ist damit in der Lage, nicht nur den eigenen Bedarf zu decken, sondern auch in andere Länder Mittelamerikas zu exportieren. Die Zahl der in der Bauindustrie Beschäftigten steigerte sich in Jahren 1970 bis 1978 von 129.000 auf 270.000 Arbeitskräfte, die heute die 2,4-fache Produktionsleistung erwirtschaften.

MIKROBRIGADEN UND SELBSTHILFE

Das System der Mikrobrigaden ist eine kubanische Besonderheit. Sie sind das Produkt der Überlegungen, aus der Notsituation des Wohnungsmangels herauszukommen und gleichzeitig den wirtschaftlichen Aufbau nicht zu vernachlässigen.

Nach der Revolution entstanden überall Engpässe. Wirtschaft, Produktion und Infrastruktur mußten entwickelt werden, die Grundbedürfnisse der Kubaner befriedigt werden. Die Misere des Wohnungsmarktes mußte hier in den Hintergrund treten. Dazu kam, daß in allen Bereichen akuter Facharbeitermangel herrschte - so auch auf dem Bausektor. Einer der Auswege aus dieser Situation waren die Mikrobrigaden. Sie sind heute aus dem kubanischen Wohnungsbau nicht mehr wegzudenken.

Die ersten Mikrobrigaden bildeten sich Ende 1970. Die Betriebe, deren Mitarbeiter Wohnungen brauchten, wählten Kollegen, die sich für den Bau von Wohnungen zur Verfügung stellten. Eine Brigade bestand und besteht heute noch aus durchschnittlich 26 Arbeitern und Arbeiterinnen. Größere Betriebe stellen entsprechend mehr zur Verfügung. Der Arbeitsausfall, der hierdurch entsteht, wird von den im Betrieb Zurückbleibenden aufgefangen, d.h. es entstehen keine Verluste im Produktivbereich.

Die Mikrobrigadisten werden anfänglich von Baufacharbeitern eingewiesen, bekommen eine Grundausbildung im Mauern, Kacheln, Verputzen etc. und werden dann für den Bau der Häuser eingesetzt. Mit der Hilfe von ein oder zwei Facharbeitern als Gruppenführer übernehmen sie den gesamten Bau bis zur Fertigstellung. Zwei bis drei Jahre sollen die Brigadisten auf dem Bau arbeiten und dann turnusmäßig ausgetauscht werden. Die Praxis zeigt, daß einige Brigadisten bei ihrem "neuen" Beruf bleiben und so Baufacharbeiter werden.

Die Konstruktion der Häuser ist so gewählt, daß die Arbeiten von Laien leicht ausgeführt werden können. Alle Bauten werden in Mischbauweise errichtet, Mauerwerk und vorgefertigte tragende Elemente/Systeme die zum Teil anfänglich vor Ort gegossen wurden und mit der Weiterentwicklung der Vorfertigung heute aus den Fabriken geliefert werden.

Der Erfolg der Mikrobrigaden ist beachtenswert. Trotz Mangel an Maschinen und Baumaterial gelingt es, qualitativ gute Bauten herzustellen. Die fertigen Wohnungen gehen in das Eigentum der Betriebe über, die Verteilung wird auf der Betriebsversammlung entschieden. In der Regel bezahlt jeder Kubaner 10% seines Monatseinkommens für die Miete, ein Brigadist bezahlt nur 6%. 1970 erbauten die Brigaden 5.000 WE/Jahr, 1975 waren es jährlich schon 20.000 WE. Das bekannteste, von Mikrobrigaden erstellte Projekt ist Alamar, östlich von La Habana, mit 150.000 Einwohnern. Die Brigadisten errichteten Wohnungen, Schulen, Kindergärten, Supermärkte, Geschäfte und auch einige Fabriken.

Dieses kubanische System der gesellschaftlichen Selbsthilfe hat viele Vorteile:

- Es entsteht ein Wohnungsbau, der den wirtschaftlichen Aufbau Kubas nicht belastet.
- Der Facharbeitermangel im Bausektor wird behoben.
- Unterhalts- und Reparaturarbeiten können von den Brigadisten selbst ausgeführt werden.
- Die Form dieser Selbsthilfe führt zu einer hohen Identifikation mit dem Erbauten, und es gilt das Motto: unos para todos - einige für alle!

DIE VORFERTIGUNG

Die Wohnbauten werden in erster Linie in 4 - 5 geschossiger Bauweise erstellt. Der Grad der Vorfertigung variiert dabei von der Fabrikation der Teile auf der Baustelle bis zur Anlieferung vorgefertigter Sanitärzellen mit Fliesen und Einrichtung. Es wird mit verschiedenen Großtafel-systemen gearbeitet, die zum Teil importiert sind, zum Teil aber auch selber entwickelt wurden wie z.B. das System "Gran Panel".

Die Innenwände der Gebäude werden aufgemauert und verputzt. Die Fußböden meist mit Keramikplatten belegt. Der Ausbaustandard ist niedrig, so werden die Leitungen immer über Putz verlegt, und die Fenster bestehen in der Regel aus Klappläden ohne Verglasung.

Die Wohnungen in diesen Häusern sind der klimatischen Situation meist sehr gut angepaßt. Eine ausreichende Querlüftung ist immer garantiert. Jeder Wohneinheit sind zwei Balkone zugeordnet, von denen einer der Küche als Wirtschaftsbalkon dient. Bei einer Größe von 60 - 80 qm haben die Wohnungen zwischen drei und vier Zimmer, und der zentral gelegene Wohnraum hat dabei auch die Funktion der Verkehrsfläche.

In den größeren Städten, vor allem im Umfeld von La Habana werden vereinzelt Wohngebäude mit bis zu 20 Geschossen erstellt. Die Fertigteilbau-

systeme, vor allem das jugoslawische IMS-Großtafelbausystem, aber auch das in Kuba selbst entwickelte "Moldes Deslizantes", basieren auf einem sehr hohen Grad der Vorfertigung und benötigen einen großen Einsatz an technischem Gerät an der Baustelle. Die Kosten dieser Gebäude liegen bezogen auf die Wohneinheiten zwar höher als bei der niedriggeschossigeren Bauweise, doch ist der Zeitaufwand ihrer Erstellung ein geringerer. Ein Faktor, der eine immer größere Bedeutung erlangt.

Die Schwächen dieser Bauweise werden jedoch sehr schnell augenfällig. Der große Durchmesser der Häuser und hohe Windgeschwindigkeiten im Bereich der oberen Geschosse lassen die natürliche Klimatisierung der Wohnungen nicht mehr zu. Die Fenster sind mit dichtschießenden Verglasungen versehen, die Wohnungen oft künstlich klimatisiert.

Auf dem Lande und in den kleinen Städten wird für ein- und Zweigeschossige Gebäude häufig das System "Sandino" verwendet, ein Baukastensystem aus an Ort und Stelle hergestellten Betonplatten, die zwischen H-förmige, ebenfalls vorgefertigte Betonstützen eingeschoben werden. Der Einfallsreichtum, mit dem dieses einfache, von jedem Laien zu verwendende System eingesetzt wird, ist oft erstaunlich. Ein wesentlicher Vorteil von "Sandino" besteht darin, daß ein Kran oder anderes größeres Gerät auf der Baustelle nicht benötigt wird. Das System wird nicht nur für den Wohnbau verwendet, sondern für alle Arten einfacher Bauaufgaben und hat sich in einem Maße bewährt, daß es heute auch in anderen Ländern der Dritten Welt zum Einsatz kommt.

Für den Bau von Schulen, Krankenhäusern und anderen öffentlichen Bauten kommt ein System zum Einsatz, das wohl am deutlichsten die Richtung zeigt, in die sich die Architekturentwicklung in Kuba bewegt. Das System "Giron" ist ein weitgehend offenes System mit großen gestalterischen Spielräumen. Aus vorgefertigten Stützen, Unterzügen und weitgespannten Rippenplatten werden Stockwerkebenen erstellt, auf denen mit Ausmauerungen und leichten Trennelementen Räume abgeteilt werden. Die Verkehrerschließung erfolgt über die offenliegenden Terrassen und Restflächen. Verschattete Terrassen und dauernde Querlüftung fast jedes einzelnen Raumes machen auch im subtropischen kubanischen Klima das Leben erträglich.

Versuche, Girón auch im Wohnungsbau einzusetzen, endeten nach Aussage der kubanischen Architekten ziemlich unbefriedigend. Welche Probleme dabei konkret entstanden waren - ob Planungs-, Ausführungs- oder Kostenprobleme -, das läßt sich von hier aus schwer ermitteln. Trotzdem scheint sich damit ein Weg anzudeuten, wohin sich die Fertigelementbauweise in Kuba entwickeln wird. Ziel ist es, ein offenes System, eine Art Baukasten zu entwickeln, der vielfältig variabel für die unterschiedlichsten Nutzungszwecke eingesetzt werden kann.

ANMERKUNG

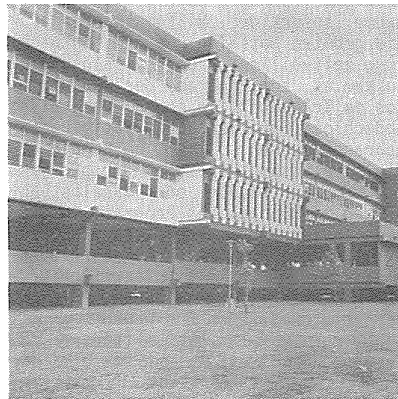
(1) - Noll/van der Meulen: Buenos días Cuba, 1982 und Fischer Weltatlas nach 1983



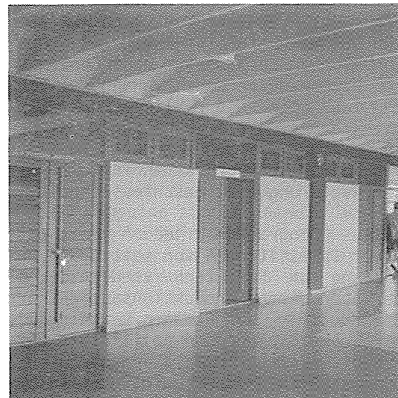
Von Mikrobrigaden erstellte Wohnbauten in Mischbauweise - in Alamar.



Viergeschossige Wohnbebauung in einer der neuen Städte. Bausystem "Gran Panel IV", auf Kuba selbst entwickelt.



Schulbau im System Girón, benannt nach "Playa Girón", dem Ort des Invasionsversuches von 1961.



Die offene, als Erschließungsfläche dienende Terrasse eines Schulgebäudes.

DER ARCHITEKTONISCHE AUSDRUCK

Bindungen für ein regionales Bauen, bzw. eine eigene architekturgeschichtliche Entwicklung sind in Kuba nur schwer auszumachen. Die Abkehr vom pompösen Kolonialstil der Spanier und dem merkantilen "International Style" der US-Amerikaner verstand sich von selbst. Die Indios, schon von den spanischen Kolonialherren ausgerottet, haben kaum Spuren hinterlassen.

Direkt nach der Revolution entstanden einige Bauten, die sich auf die afrikanische Tradition der nach Kuba verschleppten Sklaven beziehen sollten. Diese Bauten, unter denen die Kunst- und die Ballettschule von Ricardo Porro auch international Bedeutung erlangt haben, stellen eine Addition runder Baukörper zu einer freien organischen Form dar. Abgesehen davon, daß eine solche Bauweise schon aus finanziellen Gründen nicht weiter zu verfolgen war, entspricht sie auch von ihren Ursprüngen hier nicht der Tradition des Mischvolks der Kubaner. Andere Beispiele öffentlicher Bauten, denen ein Prestigecharakter zugesprochen wird, orientieren sich oft an Beispielen in der "ersten" Welt, hochtechnisiert und voll klimatisiert, jedoch - wie z.B. das Kongresszentrum in La Habana - ohne eigenständigen Ausdruck und etwas enttäuschend.

Viel beeindruckender und bezeichnender für das neue Bauen in Kuba sind die Schulbauten des schon vorher genannten Systems "Giron", die man über das ganze Land verstreut findet: offen zur Landschaft und ihr angepasst; farbenfroh gestrichen sind sie gerade als Schulbauten auch der beste Ausdruck der gesellschaftlichen Entwicklung Kubas. ■

LITERATUR

- Alves, Marcio M.: Erster beim Sterben, Letzter beim Essen. Kuba: eine Arbeiterfamilie erzählt, rororo aktuell, Reinbek 1975
- Cardenal, Ernesto: In Kuba, Bericht einer Reise, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1980
- Cuba Libre, Zeitschrift der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Bonn (im Herbst erscheint ein Sonderheft "Planen und Bauen in Kuba")
- Kreuz, G.: Zur Architekturentwicklung in Kuba, in: Architektur der DDR 5/79, S. 292
- Merian Heft Kuba 9/32, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg
- Noll, Fritz; van der Meulen, Lionel: Buenos días Cuba, Reiseleiter, Lamuv Verlag, Bornheim 1982
- Reiseindrücke aus Kuba, in: Architektur der DDR 6/75 S. 368
- Segre, Roberto: Cuba - L'architettura della rivoluzione, Marsilio ed., 2. Auflage, Venedig 1977
- Sonderheft Kuba, aktuelles Bauen, schweizerisches Bau-, Architektur- und Planungsmagazin, Januar/Februar 1984
- Sweezy; Habermann: Sozialismus in Kuba, Suhrkamp, Frankfurt a.M., 1971

Luis Varas Arriaza*

UNSER KAMPF IST GRÖßER ALS DAS HAUS:
DIE CAMPAMENTO-BEWOHNER (1) IN CHILE
1970-73.

HINTERGRUND

Das Phänomen der "illegalen" Baulandbesetzung durch mittellose Bevölkerungsgruppen in Chile ist beinahe so alt wie die Geschichte des Landes selber. Und eine ebenso lange Tradition hat die Aktion der jeweils Herrschenden auf diese ihre Interessen gefährdenden "Umtriebe" aufzuzeigen.

"Südlich der heutigen "Alameda"(2) Santiagos, auf den Ländereien ehemaliger Klöster und privater Landwirte, wuchs schon 1675 einer der größten "arrabales"(3) der Kolonialzeit heran. Um möglichen gewaltsamen Landbesetzungen durch eine immer größere werdende Bevölkerung ohne Siedlungsplatz und Wohnung entgegenzuwirken, ersannen die privaten und kirchlichen Besitzer dieser Ländereien einen wahrhaft einfallreichen Plan: sie teilten ihre großen Flächen in viele kleine Parzellen und vergaben sie an freigelassene Indianer und Neger, nicht ohne diese jedoch mit Steuern und Hypotheken zu belegen, womit sie sich einen jährlichen Zinssatz von 5% ihres Grundstückswertes sicherten."(4)

Seit diesem ersten Problem-"Lösungs"-Versuch illegaler Landaneignung sind fast 3 Jahrhunderte vergangen, als der Christdemokrat Eduardo Frei 1964 an die Regierung kommt und sein Programm "operación sitio" startet - diese Grundstücksvergabemaßnahme minimal erschlossenen peripheren Siedlungslandes an arme Bewohner aus Elendsvierteln (callampas) und heruntergekommenen und überbelegten innerstädtischen Mietwohnungen (conventillos) - wiederum mit dem Ziel, dem inzwischen gut organisierten Bewohnerkampf um einen angemessenen Siedlungsplatz mit technischer und sozialer Infrastruktur und mit einer menschenwürdigen Wohnung den Wind aus den Segeln zu nehmen.

1970 öffnen sich dann erstmals mit dem Regierungsantritt der Unidad Popular, einem Bündnis der größten linken Parteien Chiles, die Möglichkeit, das Wohnungsproblem in diesem Land von Grund auf anzugehen. Da diesem sozialistisch-orientierten Regierungsbündnis von der rechten Opposition im Land mit tatkräftiger Unterstützung aus den USA nur 3 Jahre (Über-)Lebenszeit gelassen wurde, ist es hier nicht möglich, über langfristige, abgeschlossene und wirklich umfassende Veränderungsprozesse zu berichten, sondern allenfalls über mehr oder weniger geplante oder spontane Initiativen in dieser Richtung, Initiativen sowohl von Seiten staatlicher Organe als auch von Bewohnerseite. Auf die Initiativen der Letzteren in ihrer Situation als Wohnraumbedürftige und gleichzeitig eigentlich mittellose soll in diesem Artikel detaillierter eingegangen werden.

(*) Der Architekt Luis Varas Arriaza aus Chile, seit 1974 im Exil, z.Zt. in Dortmund ansässig, war 1970-73 Professor für Architektur an der Universidad de Chile in Valparaíso.

Der Artikel, für Trialog geschrieben, wurde von Ulrike Zschaebitz übersetzt.

ALLENDE'S CAMPAMENTO-POLITIK

Bereits einen Monat nach Regierungsantritt ließ Allende das "Sub-Departamento de Campamentos" als Unterabteilung der Wohnungsbaubehörde (Corporación de la Vivienda - CORVI) einrichten und erkannte mit diesem Schritt die Campamento-Bewohner als offizielle "Ansprechpartner" an.

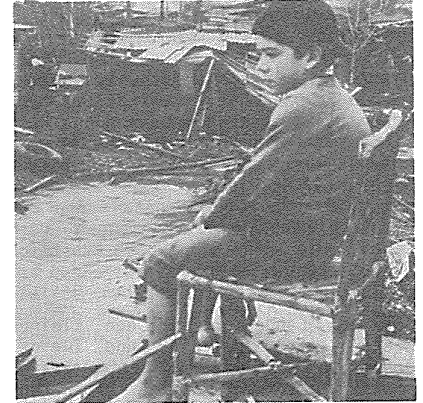
Den staatlichen Mitarbeitern dieser Abteilung - Architekten, Ingenieuren, Bauleitern u.a. - wurde zur Aufgabe gemacht, erstmals mit den Betroffenen direkt in einem Dialog zu treten und künftig bei der Lösung ihrer Wohnungsprobleme auf der Ebene der "participación recíproca" (gegenseitiger Ideen- u. Erfahrungsaustausch mit Entscheidungs- u. Planungsbeteiligung) zusammenzuarbeiten. Zum Pilotprojekt wurde das Campamento "Nueva Habana" in der Gemeinde La Florida - weiter unten werde ich näher darauf eingehen - erklärt wo das Vorhandensein einer ausgezeichnet organisierten Bewohnervertretung die Bildung einer "integrierten" Arbeitsgruppe erlaubte, die sich aus Bewohnern, Angestellten der Campamento-Unterabteilung CORVI und Mitarbeitern der Chile-Universität zusammensetzte. Im gemeinsamen Einverständnis traf diese Gruppe alle zur Erarbeitung des neuen Siedlungskonzeptes notwendigen Entscheidungen, arbeitete die einzelnen Projekte aus und sollte diese auch ohne die sonst bei CORVI übliche ausschreibungs- und Bauvergabepraxis in Eigenregie direkt ausführen.

Zu den Aufgaben des Sub-Departamento de Campamentos gehörten aber nicht nur die Ausarbeitung endgültiger Lösungsprogramme, sondern auch die Inangriffnahme sofortiger Hilfsmaßnahmen für die größten Notfälle und die Entwicklung zeitweiliger Übergangslösungen. So kam es zum Programm der "Campamentos de Tránsito", in denen vor allem obdachlose Familien kurzfristig untergebracht werden sollten, um so die definitive Lösung ihres Wohnungsproblems an anderer Stelle oder daselbst abwarten zu können. Das Programm "operación invierno" (Winter-Aktion) sah zusätzlich die Ausstattung dieser Übergangscampamentos mit kollektiven Wasserentnahmestellen, Latrinen, minimal befestigten Straßen und Wegen und mit einer nur 3m x 6m großen (kleinen!!!) "mediagua" (5) als Notwohnung vor.

Die Kurzfristigkeit der Unterbringung in diesen Campamentos de tránsito sollte durch ein ehrgeiziges Wohnungsbauprogramm der Unidad-Popular-Regierung gewährleistet werden. Dieses Programm sah den Neubau von jährlich 100 000 Wohneinheiten vor, die vornehmlich an Campamento- und Conventillo-Bewohner vergeben werden sollten, und zwar ohne die übliche, hohe Einstiegsquote, die die Mehrheit dieser Leute immer von den sogenannten sozialen Wohnungsbauprogrammen vorhergehender Regierungen ausgeschlossen hatte.

Dieses Programm war jedoch trotz massiver Investitionen von Seiten der Regierung zum Scheitern verurteilt, da der übernommene Produktionsapparat der Bauindustrie mit seinen technischen, wirtschaftlichen und politischen Eigenheiten nicht in der Lage war, diese so plötzlich an ihn gestellten Anforderungen zu erfüllen. Es hätte einer völligen Umstrukturierung bedurft, und dazu waren weder eine umfassende Kon-

zeption, noch die Ruhe, eine solche auszuarbeiten, und schließlich noch nicht einmal die Zeit gegeben, mit dem herkömmlichen Apparat zu experimentieren. Der Putsch vom 11. September 1973 machte nach gerade 3 Jahren eines Neubeginns - relativ zaghaft auf Seiten der Regierung, aber ungeduldig und radikal auf Seiten der armen Bevölkerungssektoren - alles schlagartig zunichte.



DIE CAMPAMENTOS UND IHRE ORGANISATIONSMODELLE

Die Art und Weise, wie sich in den einzelnen Campamentos das Leben organisierte und welche konkreten Forderungen ihre jeweiligen Bewohner an die Regierung stellten, hing sehr eng mit der politischen Organisation zusammen, die im Campamento die meisten Stimmen hatte. Alle hatten jedoch die wichtige Phase der illegalen Baulandbesetzung durchgemacht. Diese bedurfte, vor allem in Zeiten verstärkter Repression, einer detaillierten Vorausplanung, die möglichst geheimgehalten werden mußte. "Es begann damit, daß sich mehrere "Komitees der Wohnungslosen" (Comités sin casa) gleicher oder ähnlicher politischer Richtung zusammantaten, wobei eine Gruppe von Militanten die gesamte Vorbereitung der Kampagne übernahm: die Auswahl des zu besetzenden Geländes, den genauen Tag und die Stunde der eigentlichen Besetzungskation, die Auswahl und Vorbereitung der teilnehmenden Familien, den Transport der Pobladores und der Materialien, mit denen die Notunterkünfte aufgebaut werden sollten, die Planung der Verteidigung gegen einen möglichen Übergriff der Polizei, usw." (6)

Ohne bereits eingespielte politische Organisationsstrukturen auf Bewohnerebene wären die Landbesetzungen in Chile gegen Ende der 60er Jahre nicht mehrheitlich so erfolgreich gewesen. Natürlich gab es auch - zur Zeit der Regierung Eduardo Frei's - viele Fälle (7), wo sich die Besetzer einem derartigen Polizeiaufgebot und dem massiven Einsatz von Wasserwerfern, Tränengas, Leuchtraketen, Hunden, Schlagstöcken und schließlich gezielten Schüssen ausgesetzt sahen, daß sie sich nicht halten konnten und die Besetzung mit Toten und Verletzten aufgeben mußten.

Nun waren keineswegs alle Landbesetzungsaktionen ausschließlich von radikalen linken Parteien und Bewegungen organisiert, auch die Basis der Christdemokraten sah sich in der Zwangslage, keine Wohnungen zu haben. So ist es leicht vorstellbar, daß sich der Kampf um Siedlungsplatz und Wohnung in sei-

ner konkreten Praxis je nach der politischen Herkunft der führenden Komitees und ihrer politischen Beziehung zum Staatsapparat und dessen offiziellen Sozialprogrammen unterschied.

In Anlehnung an Joaquín Duarte und Ernesto Pastrana (8) lassen sich daher die Campamentos in verschiedene Typen unterscheiden, die folgenden 3 Modellen entsprechen:

- dem Fürsorgemodell,
- dem Mitbestimmungsmodell,
- dem Politisierungsmodell,

die wiederum Ausdruck der wohnungspolitischen Forderungen der drei großen Parteien in bezug auf die armen Bevölkerungsektoren sind. Das Fürsorgemodell ist das Kind der Christdemokratie (DC), das Mitbestimmungsmodell ist die Antwort der Parteien der traditionellen Linken auf das Modell der DC, und das Politisierungsmodell schließlich spiegelt das Verständnis der MIR (9) vom Klassencharakter des Wohnungsproblems der Armen wider. Die 3 Modelle sollen an dieser Stelle kurz charakterisiert werden:

a) Das Fürsorgemodell

Sein Hauptmerkmal bildet die Art der Beziehung, die es zwischen dem Staat und den entsprechenden Betroffenengruppen intendiert. Auf der Basis des christdemokratischen Mottos "Revolution in Freiheit" und der Marginalitätsdoktrin des Jesuitenpaters Roger Vekemans wird der Versuch unternommen, innerhalb der nicht infragegestellten Klassenstruktur des chilenischen Gesellschaftssystems einen gewissen Spannungsausgleich vorzunehmen, um Härtefälle in der Wohnraumversorgung zu mildern. Unter großem rednerischen Aufwand von seiten der christdemokratischen Regierung wird dem Bedürfnis nach Wohnung mit der "operación sitio" (s.o.) nachgekommen, die sich laut Betroffenenmeinung auf eine "operación tiza" reduziert: auf ein paar Kreidestriche zur Markierung der Parzellen. Die von der DC geführten Bewohnerkomitees konzentrieren ihre Forderungen darauf, daß der Staat seine "Pflichten ihnen gegenüber" nun zu erfüllen und im Hinblick auf ihre Wohnprobleme eine "Fürsorgepolitik" zu entwickeln habe. Ihre Forderungen gehen nicht darüber hinaus. Sie versuchen nicht, die Ursachen dieses sozialen Problems zu ergründen und anschließend entsprechend anzugehen. Somit entspricht das Fürsorgemodell dem Versuch der Klassenintegration.

b) Das Mitbestimmungsmodell

Wie bereits oben angeführt, stellt es die Antwort der traditionellen Linken auf dasselbe Problem dar mit dem Unterschied, daß diese nicht von Klassenintegration sondern von Klassenkonflikten ausgeht und die Hauptfront ihrer politischen Aktivitäten nicht in den Kämpfen im Reproduktionsbereich sieht. Ihr erklärtes Ziel ist die sozialistische Gesellschaft, etappenweise zu verwirklichen durch ein breites Klassenbündnis und Wahlen. Was die Organisationsform der Bewohner betrifft, so unterscheidet sich dieses Modell kaum von dem Fürsorgemodell. Hat die traditionelle Linke noch in Zeiten größerer Repression gegenüber illegalen Besetzungen in von ihr geführten Campamentos bewaffnete Selbstverteidigungsorganisationen aufgebaut, löst sie diese bei Regierungsantritt wieder auf, bzw. verwandelt sie zurück in die traditionellen Bewohnerorgani-

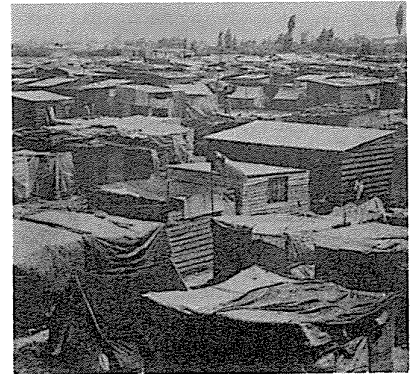
sationen wie die Nachbarschaftskomitees (Juntas de Vecinos) und die Mütterzentren (Centros de Madres). So schreibt das Mitbestimmungsmodell mit seiner vertikalen Organisationsstruktur und fehlenden Zwischeninstanzen die Betroffenenbeteiligung auf ein rigides Schema fest. "Mitbestimmt" wird auf den Bewohner-Vollversammlungen, auf denen die Leitungskommission ihre Rechenschaftsberichte abzugeben hat, durch Annahme oder Ablehnung derselben. Versuche der politischen Bildung der Bewohner als gemeinsames Programm auf Gesamtcampamentoebene gibt es nicht. Politische Arbeit existiert nur als jeweilige Parteiarbeit im Campamento, was eine geringere allgemeine Politisierung der Gesamtheit der Campamentobewohner zur Folge hat.

c) Das Politisierungsmodell

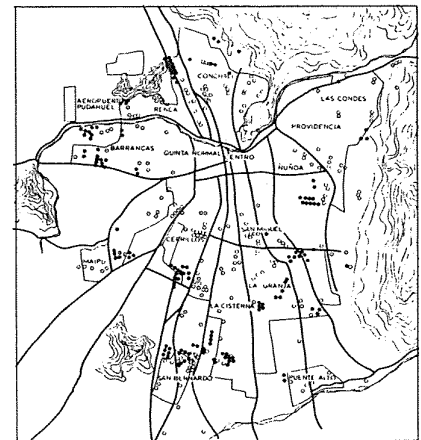
In diesem Modell haben die von Bewohnern gestellten Forderungen nach Verbesserung der Lebens- und Wohnbedingungen Klassenkampfcharakter. Bewohner- und Stadtteilkampf öffnen hier eine zusätzliche Front in den Klassenauseinandersetzungen. Die Wohnung und ihr Umfeld, d.h. der klassische Reproduktionsbereich, werden nicht länger isoliert gesehen, so als stünden sie nicht mit dem Produktionsbereich in enger Verbindung. Gemeinsam sind diesem und dem Mitbestimmungsmodell, daß beide in der Notwendigkeit übereinstimmen, das kapitalistische System durch den Aufbau des Sozialismus zu ersetzen. Doch in der Frage, wie dieser Wandel erreicht werden soll, liegt der Hauptgrund für die wesentlichen Unterschiede zwischen beiden Modellen. Da das Politisierungsmodell von der Überzeugung ausgeht, daß der Übergang zu der neuen Gesellschaft nur durch die Zerschlagung der politischen Machtstruktur der herrschenden Klassen möglich wird, entspricht seine Organisationsstrategie logischerweise dem politischen Ziel, Keimzellen von Volksmacht (poder popular) landesweit in den Campamentos zu schaffen. So hieß in der Zeit der großen Landbesetzungen das Motto: "De la toma del terreno a la toma del poder" (Vom Zugriff aufs Land zum Übergriff auf die Macht).

In den Campamentos, in denen das Politisierungsmodell zum Tragen kommt, ist die Organisationsstruktur weitaus komplexer und ausdifferenzierter als in den vorangegangenen Modellen: es vernetzen sich vertikale Organisationsformen, die territorialen Leitungen auf Wohnblockebene, mit horizontalen Organisationsformen, den funktionalen "frentes" (Fronten). Eine derartige Struktur ermöglicht die aktive Beteiligung der Pobladores an der revolutionären Veränderung ihrer eigenen Situation und ist gleichzeitig auf sie angewiesen, wenn der Prozeß gelingen soll. Diese bewußte Partizipation erbringt Lernprozesse, die in gemeinsamer politischer Diskussion auch theoretisch verarbeitet werden. Es fragt sich nun, inwieweit die in den Campamentos stattfindenden Umwandlungsprozesse Keime neuer Lebensformen in sich trugen. Es ist wichtig, dies zu untersuchen, denn Stadtplaner und Architekten sollten in ihrer Praxis an diese Transformationsprozesse anknüpfen, wenn sie mit ihrer Tätigkeit zu einer Veränderung beitragen wollen. So soll die anschließende Schilderung der Erfahrungen im Campamento "Nueva Habana" dazu beitragen, daß die Geschichte des Kampfes der Campamentobewohner in

ihrer Kontinuität nicht in Vergessenheit gerät und in den Augen derer, die eigentlich als verantwortliche Fachleute und Politiker Lehren aus ihr ziehen müßten, nicht immer wieder aufs Neue bei null anfängt.



Heutiges Campamento "J.F. Fresno" in Santiago, entstanden Ende 1983.

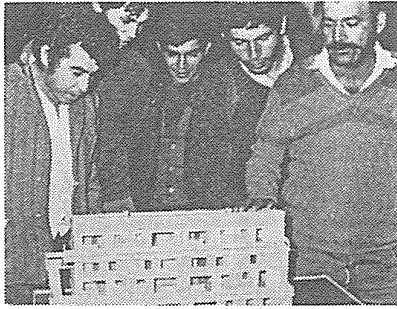


Lage und Verteilung von Campamentos und Poblaciones in Santiago.

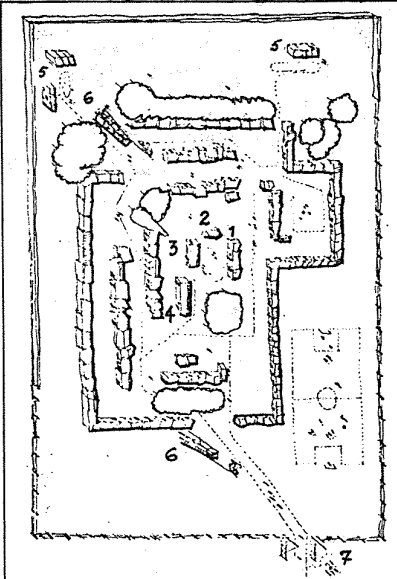
DAS CAMPAMENTO "NUEVA HABANA" WIRD GEBOREN (10)

Entstanden ist dieses Campamento im November 1970 - die Unidad Popular schickte sich gerade an, die bis dahin regierenden Christdemokraten abzulösen -, als die Bewohner der drei Campamentos Elmo Catalán, Ranquil und Magaly Honorato zusammen in die Gemeinde La Florida im Südwesten Santiagos auf ein neues Siedlungsgelände umzogen und ihrem dort errichteten Campamento in Erinnerung an die cubanische Revolution den Namen "Nueva Habana" gaben. Alle Bewohner hatten zuvor an illegalen, von der MIR angeführten Landbesetzungen teilgenommen. Von dieser Erfahrung her rührte ihre politische Radikalisierung, eine Radikalisierung, die jedoch nur teilweise in ihren Entscheidungen direkt zum Ausdruck kam und schnell ihre Grenzen fand, wenn es z.B. darum ging, die endgültige Siedlungs- und Wohnform für "Nueva Habana" zu definieren.

Schon vor ihrem endgültigen Umzug hatten die Pobladores begonnen, zusammen mit Studenten und Professoren der Architekturfakultät der Chile-Universität einen Lageplan für das neue Campamento aufzustellen. Diese gemeinsame Arbeit machte die Bewohner mit einer Fachsprache vertraut, die sie vorher nicht gekannt hatten. Sie erfuhren von Normen und Standards in Stadtplanung und Wohnungsbau, von den Pflichten der Baubehörde, von möglichen Haus- und

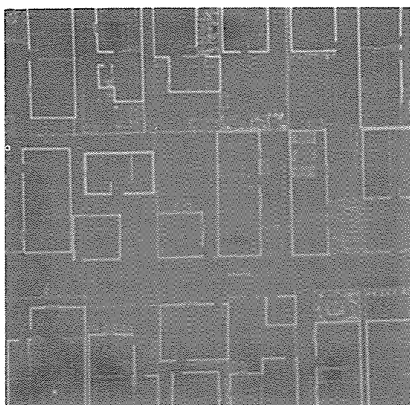


Die Pobladores mit dem CORVI-Modell



- | | |
|---------------------|-----------------------|
| 1 Versammlungsräume | 4 Erste-Hilfe-Station |
| 2 zentr. Verwaltung | 5 Waschräume |
| 3 Kulturladen | 6 Wachposten |
| | 7 Wasserhydrant |

Campamento "Nueva Habana"



Die neue Siedlung (Lageplanausschnitt)



Die neuen Häusern in "Nueva Habana"

Wohnungstypen. So waren sie schließlich in der Lage, das von CORVI für sie gedachte Wohnungsbauprojekt viergeschossiger Häuser zurückzuweisen, da sie sich darin nicht wiederfinden und es ihren Bedürfnissen und Vorstellungen nicht entsprach, und neue, andere Forderungen aufzustellen. Damit trugen sie nicht unerheblich zu der Tatsache bei, daß von offizieller Seite her der Entschluß gefaßt wurde, Das Sub-Departamento de Campamentos der CORVI zu schaffen (siehe oben).

Wenngleich die Pobladores von "Nueva Habana" selbstbewußt ihre Rechte forderten, die sich verständlicherweise nicht mit den bürgerlich verbrieften deckten, so war es ihnen vom Bewußtsein her doch nicht möglich, sich als die für sie passende Lösung einen anderen Wohnungstyp als den der herkömmlichen "Sozialwohnung" vorzustellen, d.h. für lateinamerikanische Verhältnisse: eine bürgerliche Wohnung in Schruppform ("casa burguesa jibarizada"). Auch lehnten sie kollektivere Wohnformen, die über das ihnen bekannte und gelebte Maß hinausgingen, wie z.B. Gemeinschaftsküchen und -bäder, rundweg ab und akzeptierten in der Diskussion mit den Studenten und Dozenten nur die Idee des gemeinsamen Wohnhofes. Dagegen bestanden sie jedoch auf der "Vergesellschaftung" bisher meist privat ausgeführter Tätigkeiten: sie forderten die Einrichtung einer Volksküche und einer gemeinsamen Wäscherei.

Nachdem sie das viergeschossige CORVI-Wohnhaus abgelehnt hatten, konnten sie anschließend in der "integrierten Arbeitsgruppe" die Vertreter der Wohnungsbaubehörde von der Errichtung von Einfamilienhäusern überzeugen. Als diese daraufhin aber nur einen einzigen Typ von 36 m² Fläche anbot, gelang es den Pobladores zu beweisen, daß die neuerschaffene Abteilung für direkte Bauausführung (Departamento de Ejecución Directa) auch Häuser mit einer Wohnfläche von 46 m², bzw. 64 m² für die unterschiedlich großen Familien der Campamento-Bewohner bauen konnten, und zwar mit derselben Wirtschaftlichkeit wie der eines privaten Bauunternehmens.

Um für ihre "definitiven" Wohnhäuser und Gemeinschaftseinrichtungen auf dem Gelände eine möglichst große Fläche zu haben, hatten die 1400 Campamentofamilien entschieden, ihre Übergangswohnungen (ihre hölzernen 3m x 6m mediaguas) auf einer äußerst reduzierten Parzelle von 5m x 9m pro Familie (11) aufzustellen. 64 dieser Parzellen bildeten einen Block (manzana) und 24 Blöcke das Campamento. In seinem Zentrum befanden sich, provisorisch untergebracht, die Versammlungsräume der verschiedenen Organisationsgruppen und seit Anfang 1973 einer der ersten Volksläden (Almacenes Populares) (12) Chiles. Zwischen dem Campamento und dem Geländeteil für die endgültige Siedlung "lag" die Volksschule, untergebracht in von der Regierung zur Verfügung gestellten ausrangierten Trolley-Bussen. Es gab einen Kindergarten, ein kleines Theater, eine Erste-Hilfe-Station mit einem "Krankenzimmer" zur Notaufnahme kranker und unterernährter Kinder und einen Mini-Fußballplatz.

BASISDEMOKRATIE UND VOLKSMACHT IM CAMPAMENTO "NUEVA HABANA":

Um zu verstehen, wie weitgehend die Pobladores des Campamento "Nueva Hab-

na" ihre Lebensbedingungen eigenständig umzugestalten versuchten, ist es wichtig, einen Blick auf die von ihnen gewählten Organisationsformen zu werfen. Es handelt sich hierbei im wesentlichen um zwei: eine flächendeckende (territorial), auf Blockebene (manzana), und eine Aufgabenorientierte (funcional), die sogenannten "frentes" (Fronten). Beide miteinander verknüpft bildeten eine Art Netzstruktur, denn die Mitglieder einer jeden "frente" wohnten in verschiedenen Häuserblocks.

Die Aufgabenorientierten "frentes" entsprachen den konkreten Bedürfnissen der Campamento-Bewohner: so gab es "frentes" für die Bewachung des Campamentos, für Gesundheit, für Presse und Propaganda, für Disziplin usw.

Für die flächendeckende Organisation wurde als Basiseinheit der Wohnblock gewählt. Die Bewohner bestimmten eine Blockleitung, die wiederum einen Delegierten in jede "frente" schickte. In wöchentlichen Abständen rief die Blockleitung zur Versammlung auf.

Die Organisationsstruktur des Campamentos wurde ergänzt durch das Präsidium und das Direktorium. Das Präsidium bestand aus den 7 obersten Campamento-Leitern, die von allen in geheimer Wahl bestimmt wurden. Sie bildeten zusammen mit den Delegierten der Wohnblocks und der Fronten das Direktorium. Das Präsidium analysierte auftretende Probleme, stellte Prioritäten auf und formulierte politische Maßnahmen, die dem Direktorium zur Diskussion vorgelegt wurden. Durch die im Direktorium vertretenen Delegierten kehrte die Diskussion an die Basis zurück. "Auf diese Art werden die Basiseinheiten nicht nur in die Diskussion ihrer eigenen, spezifischen Probleme einbezogen, sondern auch in die Diskussion der Gesamtprobleme ihres Campamentos." (13)

Es war vor allem die Arbeit in den "frentes", die die herkömmliche gesellschaftliche Ordnung in Frage stellte und versuchte, eine neue Gesellschaft zu entwerfen. Ihre wichtigsten Momente sollten hier deshalb zur Darstellung kommen.

Front für Rechtsprechung, Bewachung und Disziplin:

"Die bedeutsamsten Veränderungen in bezug auf die allgemeine Gesellschaftsordnung scheinen im Bereich von Bewachung, innerer Disziplin und Rechtsprechung stattgefunden zu haben, denn die nach bürgerlichem Recht illegale Ausgangssituation der Campamentos zwang diese zum Aufbau eines Verteidigungsapparates gegen eventuelle Übergriffe der Polizei." (14) Während dieser meist nach offizieller Anerkennung des Campamentos wieder aufgelöst wurde, erfuhr er im Campamento "Nueva Habana" eine Reihe von Veränderungen, die der jeweils neuen Situation entsprachen: von der Kommission für Disziplin - die verhindern sollte, daß mit den Pobladores auch solche nach La Florida umzogen, die ständig ihre eigenen Leute beklauten und im Streit mit dem Messer bedrohten - zur Front für Bewachung - die vor allem die nächtlichen Wachen im Campamento zur Verhinderung von Diebstahl (z.B. Baumaterialien) zu organisieren hatte und an der Männer wie Frauen gleichermaßen teilnahmen - und angesichts der Notwendigkeit, im Campamento auftretende Delinquenz zu bekämpfen, schließlich zur Front für Volksjustiz.

So schufen sich die Bewohner von "Nueva Habana" eine autonome Rechtsinstanz, deren ausführende Organe die einzelnen "frentes" waren. "...andererseits drückt sich die Erfahrung mit der justicia popular nicht nur in entsprechenden Organen aus. Sie schafft eine neue Art von Rechtsprechung, die wirklich eine Bestätigung neuer sozialer Werte darstellt, und bestimmt soziales Fehlverhalten, das von der Gesellschaft nicht als solches angesehen wird. Gleichzeitig schützt sie kollektive Werte und die individuellen, die von der bürgerlichen Gesetzgebung in die Privatsphäre verbannt sind." (15)

So wurde in "Nueva Habana" der Alkoholismus als soziales Problem gesehen und in diesem Sinne eine Lösung versucht: heimliches Brauen von Alkohol wurde auf Beschluß der Bewohnerversammlung im Campamento geächtet. Wurde trotzdem weiter gebraut - und das war vor den Augen der Anderen schlecht zu verbergen -, verschaffte sich die Comisión de disciplina Zugang zu der Wohnung, konfiszierte den Alkohol und schützte ihn mit Unterstützung der Bewohnerversammlung weg. Ein Junge, der ständig im Campamento klaute, wurde von den Wachen erwischt und zu einmonatiger "freiwilliger Arbeit" für die Gemeinschaft verurteilt. Bei dem öffentlichen Prozeß gegen einen Vergewaltiger kam es innerhalb der Vollversammlung des Campamentos sogar zur Forderung nach der Todesstrafe. Doch es blieb bei der Forderung. Die Erarbeitung nicht repressiver Sanktionen stellte für die Bewohner eine der größten Schwierigkeiten dar, denn dieser Versuch kollidierte auch in Zeiten der Unidad Popular mit einer Justiz, die den traditionellen Wegen folgte. Die in "Nueva Habana" dagegen entwickelte "justicia popular" zeichnete sich vor allem durch ihre (Um)Erziehungsprogramme aus. Wo diese nicht möglich erschienen oder keinen Erfolg brachten und das Zusammenleben ernsthaft gefährdet war, wurde zur Höchststrafe gegriffen, und die war: der definitive Ausschluß aus dem Campamento.

Die Produktionsfront:

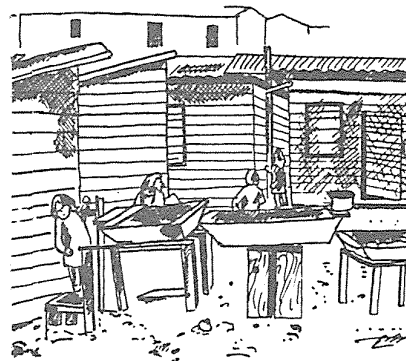
Ein weiterer Schritt in Richtung auf die neue soziale Ordnung stellte die kollektive Behandlung des Problems der Arbeitslosigkeit dar. Da die überwiegende Mehrheit der Campamentobewohner von Zufallsarbeit lebte oder überhaupt arbeitslos war, hatten sich überall Arbeitslosen-Komitees gegründet. Doch war der Erfolg dieser Initiativen begrenzt, denn er stützte sich vor allem auf "die politischen Kontakte", d.h. auf Beziehungen. Auch der Versuch, die Arbeitslosen innerhalb der Campamentos für Tätigkeiten im Sinne der Gemeinschaft - wie z.B. Wachehalten oder Müllbeseitigen - zu entlohnen, führte nicht weiter, denn man geriet damit in Widerspruch zur "freiwilligen Arbeit".

Der qualitative Sprung bei der Suche nach einer Lösung wurde erreicht, als es in "Nueva Habana" gelang, Arbeiterbrigaden aus Arbeitslosen und Gelegenheitsarbeitern zu bilden und diese, bezahlt aus öffentlichen Mitteln der CORVI, beim Bau ihrer eigenen Häuser einzusetzen. Mit diesem Schritt war es auch gelungen, die Kämpfe im Produktionsbereich mit jenen im Reproduktionsbereich zu verknüpfen und umgekehrt.

Von den ca. 500 am Bau der neuen Häuser Beschäftigten waren 300 Campamen-

tobewohner und 200 Bauarbeiter von außerhalb. In den neu geschaffenen, nicht hierarchisch strukturierten Arbeiterbrigaden arbeiteten sie kollektiv und diskutierten alle Arbeitsvorgänge gemeinsam. Durch den ständigen Kontakt mit den spezifischen Problemen der Baustelle lernten die Pobladores der Baubrigaden Planungs-, Konstruktions- und Materialfehler sowie die bürokratischen Verschleierungspraktiken der Behördenvertreter zu erkennen, in der Diskussion mit diesen die Interessen aller Pobladores zum Ausdruck zu bringen und geltend zu machen und schließlich mit ihnen zusammen gemeinsame Lösungen zu finden. Ein Poblador und Brigadist aus "Nueva Habana" beurteilte die Situation wie folgt: "...unsere Organisation hat die Vermeidung von Fehlern ermöglicht, die sonst an den Häusern aufgetreten wären. Sie hat die Schaffung einer Disziplin ermöglicht, die sich nicht auf irgendeine Vorschrift, sondern auf das Bewußtsein von Arbeitern stützt. Wir haben neue Arbeitsmethoden entwickelt: Arbeiterbrigaden statt herkömmlicher Bautrupps mit Vorarbeitern an der Spitze. Die nämlich haben wir abgeschafft, weil wir glauben, daß sie zu einem kollektiven Arbeitssystem wie dem unseren nicht passen." (16)

Außer den hier beschriebenen "frentes" gab es noch mehrere andere, denn "unser Kampf ist größer als das Haus", wie die Pobladores von "Nueva Habana" sagten. Es gab die Mütterfront, die Gesundheitsfront (17) und die Kulturfront, alle mehrfach unterteilt in die verschiedensten Kommissionen. Die Bezeichnung "frente" (Front) brachte dabei zum Ausdruck, daß es sich für die Pobladores um einen ständigen Kampf handelte, um Klassenkampf. Der Putsch vom 11. September 1973 lieferte den traurigen Beweis.



UND HEUTE?

Heute fehlen in Chile 850 000 Wohneinheiten (18) bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 11 Millionen. Im letzten Jahr ist es zu den massivsten Landbesetzungen überhaupt gekommen. Das Wohnungsproblem war nicht nur weiterhin latent gewesen, es hatte sich durch die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre zusätzlich verschärft. Eine Lösung im Rahmen des bestehenden Systems zeichnet sich nicht ab. Die Betroffenen sind zahlungsunfähig.

Die Erfahrungen der Allende-Zeit erbrachten neue Antworten auf dieses Problem im Bereich der gesellschaftlichen Organisation, der menschlichen Beziehungen, der Entwicklung des politischen Bewußtseins, nicht jedoch im Bereich der gebauten Umwelt, die eher weiterhin "auf die übliche Art" ihre Gestalt bekam. Um das zu ändern und

den Gestaltfindungsprozeß ähnlich zu revolutionieren wie die Gesellschaft selber, müßte nach neuen Formen gesucht werden, die alles umfassen: von der Art zu bauen bis zu der Art zu essen und sich zu kleiden. Die vielen Rezepte zum Planen und Bauen von "Niedrig-Kosten-Wohnungs-Siedlungen" scheinen hierfür wohl kaum geeignet zu sein. In ihnen ist von der konkreten Geschichte des Kampfes und seiner alles verändernden Dynamik wenig abzulesen. Und so kommt es dazu, daß letztendlich das mühsam aufgebaute Haus "kleiner ist als der Kampf". ■

ANMERKUNGEN:

(1) Campamento: provisorische, legalisierte Siedlung, entstanden durch organisierte illegale Landbesetzung.

(2) Alameda: berühmte Hauptstraße Santiagos.

(3) Arrabal(es): Vorort(e) armer Bevölkerungsschichten.

(4) Ramón, Armando de: "Suburbios y arrabales en un área metropolitana: el caso de Santiago de Chile 1872-1932", zitiert in: Hardoy, Jorge u.a.; Ensayos histórico-sociales sobre la urbanización en América Latina, Buenos Aires, 1968, S. 117.

(5) Mediagua: provisorisches Holzhaus ohne technische/sanitäre Ausstattung, durch Pappwand in 2 Räume geteilt, Fußboden aus Holzdielen oder Zement.

(6) Pastrana, Ernesto; Threlfall, Mónica: Pan, Techo y Poder. El movimiento de pobladores en Chile (1970-1973), Buenos Aires 1974, S. 60.

(7): z.B. 1969 werden 90 Familien bei einem Landbesetzungsversuch in Puerto Montt brutal vertrieben: 8 Pobladores werden erschossen.

(8) Vergl. dieselben: "La movilización reivindicativa urbana de los sectores populares en Chile: 1964-72" in: Revista Latinoamericana de Ciencias Sociales, Nr. 4, Santiago de Chile, Dez. 1973 und "Elementos teóricos para la interpretación de los procesos organizativos-políticos poblacionales", ELAS-FLACSO, Dez. 1971.

(9) MIR (Movimiento de Izquierda Revolucionaria): Bewegung der revolutionären Linken, die außerhalb der Unidad Popular stand, diese jedoch kritisch unterstützte.

(10) Siehe auch: Luis Varas: "Wo einen Baum zu pflanzen schon Architektur ist. Bauen in Chile 1970-73" in: Bauwelt, Heft 5/1976 S. 146-48.

(11) Bei der "operación sitio" war eine Parzelle von 9m x 18m üblich.

(12) Die Almacenes Populares waren von den Pobladores erkämpfte, selbstgegerichtete und selbstverwaltete Läden.

(13) Fiori, Jorge: "Campamento Nueva La Habana": Estudio de una experiencia de autoadministración de justicia" in: EURE, Nr.7/Apr.73, Santiago, S. 83-101.

(14) Equipo de Estudios Poblacionales CIDU: "Reivindicación urbana y lucha política" in: EURE, Nr.6, 1972, S. 60.

(15) ebda., S. 61.

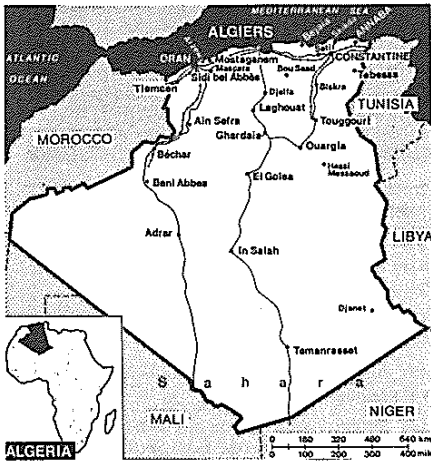
(16) Pastrana/Threlfall, op.cit., S. 83

(17) siehe: Bernauer, U. und Freitag, E.: Poder Popular in Chile am Beispiel der Gesundheit, Nürnberg 1974

(18) Sur Documentación (Hrsg.): Hechos Urbanos, Okt.83, Santiago/Chile, S. 1.

Ursula Opitz

PARTIZIPATION IN ALGERIEN: ANLEIHE BEI ALTEN TRADITIONEN?



"Elementare Grundlage zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit ist ein den Mindestanforderungen modernen Komforts genügender Wohnraum..."

Algerien ist ein von großen politischen, geographischen und sozialen Diskrepanzen bestimmtes Land. Nachdem öffentliche Erklärungen der Regierung und groß angelegte teure Wohnungsbauprogramme dem Dilemma des unzureichenden Wohnraums für eine rapide wachsende Bevölkerung nicht gerecht werden können, versuchen sich sowohl engagierte junge Architekten, als auch ausländische Experten an einer anderen Form der Lösung: "Partizipation, Selbstbestimmtes Bauen, Bauen in Selbsthilfe". Im folgenden soll gezeigt werden, daß in einem Land wie Algerien, welches sich auf lange, tiefverwurzelte Traditionen im Bereich der "Selbsthilfe" berufen kann, diese neuen Programme wenig oder gar keinen Erfolg zeigen.

"Algerien hat eine der höchsten Bevölkerungszuwachsraten der Welt - 3,7% jährlich. Das bedeutet ein überdurchschnittliches Ansteigen des Wohnraumbedarfs um jährlich ca. 20% mit einer Belegung von 7,5 bis 8,3 Personen pro Wohneinheit".²

So lauten Statistiken und Aussagen zum Wohnungsproblem der sozialistischen Volksrepublik Algerien. Vor einer weiteren Erörterung der Frage, wie dieser Not zu Leibe gerückt werden

kann, sollte zuerst einmal genauer untersucht werden, welches die tatsächlich in Algerien anzutreffenden Wohnverhältnisse sind. Sie unterscheiden sich stark nach Region, ethnischer Tradition, und danach, ob in Dörfern, in der Stadt oder auf Einzelhöfen gewohnt wird. Und entsprechend diesen Voraussetzungen müßten passende Lösungsmöglichkeiten für das Wohnraumproblem angeboten werden. Für viele diskutierfreudige und lösungsbemühte Wohnungsbauexperten inner- und außerhalb der sogenannten Dritten Welt stellen nämlich allein schon die genannten Zahlen Fakten dar, ohne daß überprüft wird, was wirklich dahinter steckt. Ein komplexes Gebilde wird auf einige möglichst einfache Nenner reduziert, all-gemeingültige Lösungsvorschläge - für einen begrenzten Großraum, z.B. "Nordafrika", "Schwarzafrika", "Lateinamerika" etc. konzipiert - sollen greifen.

II
Algerien (2.3 Mio. km² nationales Territorium, ca. 20 Mio. Einwohner, zusammengesetzt aus Arabern, Berbern, im Süden auch Schwarzen, wenigen Europäern in den Städten der Küstenregion) ist ein Land, welches aufgrund seiner geographischen, topographischen, klimatischen und ethnischen Besonderheiten eine sehr unterschiedliche Besiedlungsform und -dichte aufweist.

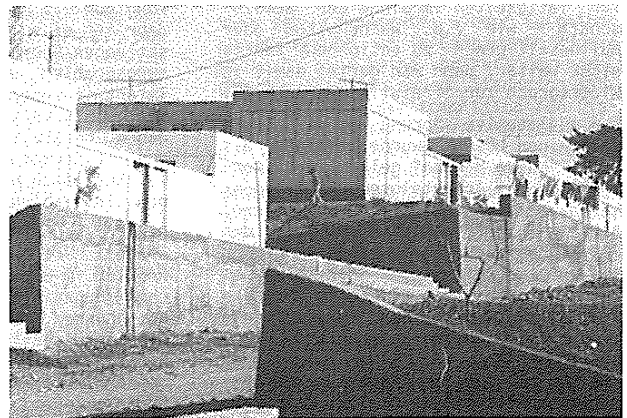
Der fruchtbare Küstenstreifen im Norden -Bled genannt- versammelt die meisten Bewohner und die größten Städte - wie Algier (2 Mio. Einwohner), Oran (800 000 E.), Constantine (700 000 E.), Annaba (500 000 E.), u. a.m. - auf seinem Terrain. Schon seit der Eroberung der Gesamtregion durch die türkischen Piraten unter Khaïr al-Din im Jahre 1516 war besonders Algier Hauptanziehungspunkt der maghrebischen Küste. (Die türkischen Einflüsse auf die Bauweise lassen sich auch heute noch an älteren Gebäuden ablesen.) Mit der Besetzung und Kolonisation des Landes durch die Franzosen im Jahre 1830 begann eine Vertreibung der landlos gewordenen Bevölkerung, besonders der berberischen Kabylen, die ein neues Einkommen und Unterkommen in den Städten suchte. Selbst nach der Unabhängigkeit 1962 konnten - trotz sofort in Angriff genommener Landreform - die Landflucht in die großen Städte an der Küste und damit einhergehend die weitere Verknappung des dort vorhandenen Wohnraums und die Ausdehnung der Slums nicht verhindert werden.

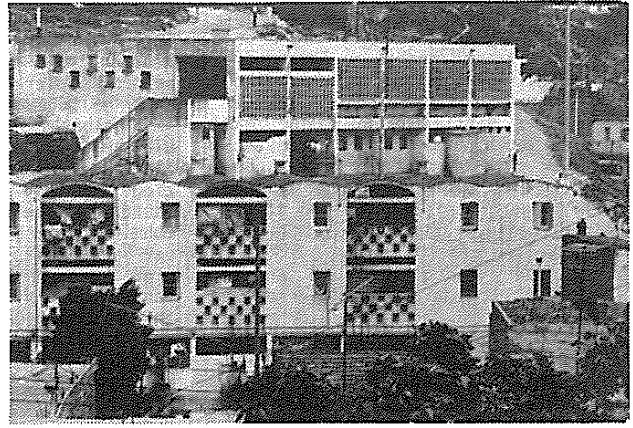
Die von der Landreform betroffenen ländlichen Gebiete der mediterranen Küstenregion wurden nach der Unabhängigkeit mit neuen "revolutionären" Produktions- und Lebensweisen versehen: statt "ungesunder, überkommener" Dörfer wurden - den neuen Ideen entsprechende - "villages socialistes" mit Gemeindezentrum, Kino, Supermarkt und entsprechenden Wohnvierteln errichtet. Die auf dem Reißbrett meist von ausländischen Architekten geplanten Ansiedlungen (der Spanier Ricardo Bofill war einer der ersten vor Ort) wurden ohne die "Einmischung" der dort später wohnenden Fellahs erstellt.

Auch diese Modernisierungsversuche auf dem Lande können die Bewohner nicht davon abhalten, ihr "Glück" in den Städten zu suchen. (Das Programm der "villages socialistes" wurde nicht weiterverfolgt, nur die bis Ende der 70er Jahre geplanten Dörfer werden noch ausgeführt).

Als Barriere zwischen Küste und Wüste erhebt sich der steile zerklüftete, bis auf 2000 m ansteigende Tell-Atlas. Hier finden sich nur vereinzelt größere Ortschaften. Ein staatliches Förderprogramm zur Entwicklung der benachteiligten Regionen Algeriens läßt in Kleinstädten wie Médéa, Bouira, Sétif Wohnraum internationaler Machart entstehen. Der Großteil der Bevölkerung der Region, in der Mehrzahl Kabylen, hält jedoch unerschütterlich an ihren angestammten Häusern fest, die weit verstreut an die Berghänge gebaut sind.

Das Hochplateau zwischen 400 und 1000 m, welches vom Gebirge in die Sahara überleitet und früher hauptsächlich von umherziehenden Nomaden bewohnt war, deren Unterkünfte entweder das Zelt oder ein einfacher Lehmbau darstellten, ist auch heutzutage nur spärlich besiedelt. Die mit ihren Kamel- und Schafherden wandernden Nomaden wurden schon während der französischen Kolonialzeit zwangsweise sesshaft gemacht: sie begannen kleine einfache Anwesen aus Lehm und Stroh in die weite, flache Landschaft zu bauen. Die sozialistische Regierung Algeriens bemüht sich, die wenigen bisher nicht Überzeugten mit drastischen Mitteln (z.B.:Schulpflicht für Nomadenkinder) zur "Vernunft" zu bringen. Der mit diesen Maßnahmen verbundene Bevölkerungsanstieg in den Kleinstädten bringt an die Ortsränder von Bou Saada, Djelfa oder Tiaret industriell gefertigte Wohnblocks mit 3- bis 4-Zimmer-Wohnungen für die früheren Nomaden. Die Wohnstätten eignen sich nicht für die herkömm-





liche Lebensweise dieser Bevölkerungsgruppe, da sich dort nur schwer die für den Lebensunterhalt notwendigen Schafe oder Hühner halten lassen.

Die Wüstenregion der Sahara macht den größten Anteil des Staats-Bodens aus. Die Bevölkerungsdichte ist äußerst gering. Das Leben der Bewohner spielt sich heute - bis auf wenige Stämme der Touareg - in den Oasen ab. Gewohnt wird in den, den Traditionen und dem Klima angepaßten Lehmhäusern. In dieser Region werden auch von algerischen Architekten - dem Vorbild einiger französischer (!) Architekten aus den 30er Jahren folgend - vermehrt Bauten in Lehm geplant und ausgeführt. Größere Oasen wie El Oued, Ghardaia, Touggourt oder Timimoun beginnen jedoch einen verhältnismäßig starken Druck auf die Wohnungsversorgung zu spüren, da sich mit der Erdöl- und Erdgasförderung auch kleinere Industriebetriebe und mit ihnen Fachkräfte aus dem Norden des Landes oder ausländische Berater um die Oasen angesiedelt haben. Diese "Fremden" bringen natürlich auch Ansprüche nach modernem Wohnkomfort mit sich, und in ihrem Gefolge die entsprechenden Bauten. Dennoch überschreiten die Städte bisher kaum 100 000 Einwohner.

III
Die vielfältigen Möglichkeiten zur Schaffung einer Unterkunft lassen somit vielfältige Lösungen zu. Nähern wir uns daher zuerst dem Problem, das am bekanntesten aussieht: die Wohnungsmisere in den großen Städten der Küstenregion und besonders in der Stadt Algier, die eine Sonderstellung aufgrund ihrer Größe und Bedeutung einnimmt. Wir finden in den sich immer mehr ausbreitenden Bidonvilles, aber auch in der Kasbah, dem alten arabisch-türkischen Zentrum der Stadt, die uns aus anderen "Entwicklungsländern" hinlänglich bekannten Probleme schlechter Bauqualität, mangelnder Baumaterialien, Überbelegung (was immer das heißen mag), fehlender Wasser-, Abwasser- und Stromversorgung, fehlender Infrastruktur.

Zu Beginn der Unabhängigkeit glaubten auch die sozialistischen Machthaber - damals unter Verweis auf die 130 Jahre währende Kolonisation -, die Slums als Schandflecke und menschenunwürdige Behausungen anprangern zu können: "Die Gourbis stellen ein repräsentatives Bild der Armut in Algerien dar. Die Abschaffung der Gourbis und Bidonvilles sind Zeichen des Sieges der Revolution..."⁴

1984 finden sich jedoch mehr dieser Slumviertel in den Städten als vor der Unabhängigkeit. Die Situation hat sich aufgrund des starken Bevölkerungswachstums und der Landflucht drastisch verschärft, trotz der Beteuerungen der Nationalcharta: "Ein Programm für weitreichende Baumaßnahmen auf Landesebene soll helfen, das Wohnungsproblem zu lösen."⁵ Im Fünf-Jahres-Plan 1980-84 stellt die Regierung 70,5 Mio. Dinar für städtischen und 22,5 Mio. Dinar für ländlichen Wohnungsbau zur Verfügung. Das entspricht 16,5% des nationalen Investitionsvolumens.⁶ Die Regierung hat also in Wort und Geld ihre Bereitschaft ausgedrückt, die Situation zu verbessern. Wenn man einen entsprechenden Prozentsatz der vorhandenen Summe für den Bau von Funktionärswohnungen (auch das gibt es in Algerien) und anderen Sonderausgaben abzieht, steht jedoch eine merklich geringere Restsumme für den Bau von Sozialwohnungen und zur Schaffung von Infrastrukturmaßnahmen im Wohnbereich zur Verfügung.

Eine Sozialwohnung bedeutet in Algerien: Wohnungen in industriell vorgefertigten (dem Klima und den Gewohnheiten der Bewohner nicht gerechtfertigten) Neubaublocken am Rande der großen und mittleren Städte. Obwohl Transport- und Einkaufsmöglichkeiten fehlen, locken die Wohnungen aber mit niedrigen, dem Einkommen entsprechenden Mieten. Trotz der genannten Nachteile sind diese Wohnungen besonders bei der mittleren und unteren Funktionärschicht (obwohl nicht für sie erbaut) gefragt, da sie eine europäische Küche und ein Bad bieten und in absehbarer Zeit bezugsbereit sind. Üblicherweise erhalten ausländische Anbieter den Mammutanteil bei der Vergabe der Aufträge. So bekam erst kürzlich eine französische Baufirma den Zuschlag zum Bau von 40.000 (vierzigtausend) Wohneinheiten, die sie innerhalb der nächsten zwei Jahre in Algerien erstellen soll. Die Bestellung muß die unterschiedlichsten Regionen versorgen. Eine niederländische Firma erhielt die "Einladung", sich mit einem Volumen von 3,5 - 4 Mio. m² bebauter Fläche am algerischen Wohnungshauptprogramm zu beteiligen (El Moudjahid, 2.Okt.1982). Und andere, vom Pleitegeier umschwirrte deutsche, französische, britische Baufirmen - unterstützt von ihren Lobbies in den ausländischen Botschaften - werden im Ministerium in Algier vorstellig, "um die Wohnungsmisere lindern zu helfen".

Seit Beginn der 80er Jahre unter-

nehmen jedoch junge algerische Architekten hoffungsvolle Versuche mit angepaßter Architektur für die sozial wenig Begünstigten. Die meisten dieser Versuche blieben aus vielen Gründen in der Planungsphase stecken: da waren es einmal die fehlenden finanziellen Mittel, ein anderes Mal die fehlenden Beziehungen und oft die Ablehnung aufgrund "mangelnder Modernität". Ein gelungenes Projekt dieser Art findet sich in Ghardaia: um einen Innenhof gruppieren sich die Wohnräume des Hauses; jedes Haus wiederum steht als Teil eines Blocks zu den Nachbarhäusern versetzt, sodaß Intimsphäre gewahrt bleibt, jedoch Kontakte möglich sind. Außerdem konnte so der Grundriß eines Haustyps für die Gesamtgruppe verwendet werden. Baumaterial waren - außer für Fußböden und Decken - Lehmziegel. Dem Klima angepaßt wurden Fensteröffnungen sehr sparsam und - den traditionellen Bräuchen entsprechend - zur Innenhofseite angebracht.

Neben dem Sozialwohnungsbau widmet sich ein Teilprogramm der Instandsetzung der alten Stadtzentren. Vorrangig ist dabei an die Kasbah der Stadt Algier gedacht, aber auch einige ältere Bezirke von Tlemcen erfahren das Privileg einer Restauration (El Moudjahid, 13. Okt.1982). Gerade diese Altstadtrestaurierungsarbeiten böten eine ausgezeichnete Möglichkeit, mit den dort Ansässigen innerhalb der vorhandenen Strukturen Altes zu erhalten, aber, soweit notwendig, auch Neues zu schaffen. Die Vorüberlegungen und Planungen finden aber ohne sie statt.

Nebenbei bemerkt: Im sozialistischen Algerien führen Altstadterneuerungen ebenfalls dazu, daß eine zahlungskräftige Schicht ihren Nostalgiegefühlen durch Kauf oder Anmietung der renovierten Häuser Ausdruck verleiht, sodaß die "Vertreibung" der früheren Bewohner einkalkuliert ist.

Nach all dem Gesagten drängt sich die Frage auf, welche Lösungen die Betroffenen in einem sozialistischen Entwicklungsland anstreben. Wird "Partizipation" vom Staat gefördert, unterstützt, oder nicht gewünscht? Und welche Haltung bildete sich bei den Bürgern nach 20 Jahren Sozialismus aus?

IV
"Partizipation" ist einer der in den letzten Jahren am häufigsten ge- und mißbrauchten Begriffe im Bereich des Wohnungsbaus, sowohl in der "Ersten", als auch in der "Dritten Welt".

"Site-and-Service"-Programme unter-

liegen dem Partizipations-Konzept ebenso wie "Squatter Upgrading", Genossenschaftswohnungsbau. Auch die Möglichkeit der Gestaltung des schon erstellten Raumes fällt unter den Begriff der Partizipation. Oder man kann ihn auch ausdehnen auf "Gestaltung der Stadtviertel durch die Bewohner" bis hin zur "Stadtplanung durch Bürgergruppierungen". In diesem breiten, wenig präzisen Spektrum von Möglichkeiten fällt eines auf: der aufgeklärte Stadtplaner und Architekt, aber auch der rechnende Finanzverwalter setzen auf einen Begriff, der schon, seit Menschen sich Wohnraum schaffen ein wesentlicher Bestandteil dieses Prozesses ist. Nur geriet er durch immer mehr Staat, immer mehr öffentliche Verwaltung und damit einhergehend immer mehr Verantwortungsablenkung bei den Bewohnern selbst erst in den europäischen Ländern, später in den USA und - wie nicht anders zu erwarten - in den entkolonisierten Ländern Asiens und Afrikas in Vergessenheit.

Mit dem Heraufziehen von "Überbevölkerung" und akuter "Wohnungsnot" wird von allen Seiten darauf gedrungen, daß besonders die Armen dieser Welt ihr Lebensgeschick wieder selbst in die Hand nehmen (obwohl sie es realiter schon immer getan haben). Was in Europa mehr eine "Krisenerscheinung" genannt werden kann, ist in der "Dritten Welt" eine Notwendigkeit.

Auch im sozialistischen Algerien wird seit kurzem vorsichtig mit gleichem Vokabular und Strategien gegen die Wohnungsnot in den Städten angegangen, wie wir dies aus kapitalistischen Entwicklungsländern kennen. Nach 20 Jahren sozialistischer Staatsfürsorge und revolutionären Wortschwallis wird von den Armen erwartet, daß sie ihre Probleme selbst lösen, während die Privilegierten aus Deviseneinnahmen ihre Statusprobleme großzügig ausgleichen. Die Nationalcharta erläutert dazu folgendes: "Der Staat ermutigt die Bürger beim Bau einer eigenen Unterkunft.. Jeder Algerier, der ein Haus bauen möchte, kann dazu ein Grundstück frei von Spekulation erwerben, einen Kredit aufnehmen und die für den Bau notwendigen Materialien erhalten. Weiterhin ermutigt der Staat, Gemeinschaftseigentum an Wohnungen zu erwerben, welche in Kooperation verwaltet und erhalten werden sollen ... Diese Aufgaben verlangen eine enge Kooperation zwischen Bevölkerung und den staatlichen Institutionen." So steht es geschrieben. Die "enge Zusammenarbeit" zwischen Bevölkerung und Staat scheint aber eine Überforderung beider Teile darzustellen.

Traditionell hieß es in den länd-

lichen Gegenden und der Wüstenregion immer schon: "Hilf dir selbst". Die Mehrzahl der Bauern und Handeltreibenden dieser Landesteile errichten auch heute noch ihre Häuser selbst; im "Selbsthilfe"-Wohnungsbau benutzen sie meist auch noch die am Ort vorfindlichen Materialien, brennen ihre Ziegel selbst oder errichten Lehm-bauten. Insbesondere das Bauen mit Lehm erfordert volle "Partizipation" der späteren Hausbewohner. Lehm ist ein "lebender" Baustoff, d.h. die Hauswände aus diesem Material müssen in bestimmten Zeitabständen überprüft und manchmal ausgebessert werden. Er erlaubt keinen nachlässigen Umgang mit dem Haus.

Hier tun sich besonders die Bewohner der Oasen durch "sektiererisches" Unabhängigkeitsstreben hervor, indem sie wie eh und je in Privatinitiative bauen, ihren Geschäften nachgehen und Kontakte zu den Nachbarländern halten. Sie warten nicht, bis die staatliche Verwaltung ihr Problem als Aktenvorgang verstauben läßt, sie wollen auch keine aufgesetzte "Partizipation" - sie nehmen die Dinge selbst in die Hand.

Die gebauten Wohnungen und Häuser entsprechen natürlich nicht den (theoretischen) internationalen und angeblich auch nationalen Standards modernen Wohnkomforts. So ermittelte in diesem Zusammenhang D. Benamrane, daß derzeit in Algerien ca. 1 Mio. Wohnungen nicht die in der Nationalcharta geforderten Konditionen aufweisen. Ob jedoch diese hohen Forderungen nach Wohnraum europäischen Zuschnitts einen Schritt in Richtung auf Verbesserung der allgemeinen Wohnmisere sind, ist zweifelhaft. Die Privilegierten haben ihn sowieso, die mittlere Funktionärsschicht versucht ihn durch Korruption zu beschaffen, die Mehrheit der Bevölkerung sucht sich zu arrangieren.

In den Städten manifestiert sich dies durch ein immer weiteres Ansteigen der Bidonvilles (aus Blechkanistern und Brettern gebaute Slums) und Gourbis (aus herkömmlichen Materialien erbaute Slums; wurde früher als Begriff für eine einfache ländliche Ansiedlung verwendet), die heute in Algier nicht mehr zu verstecken sind und auch keine Übergangslösung darstellen.

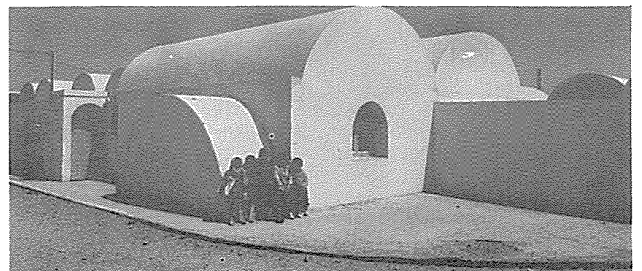
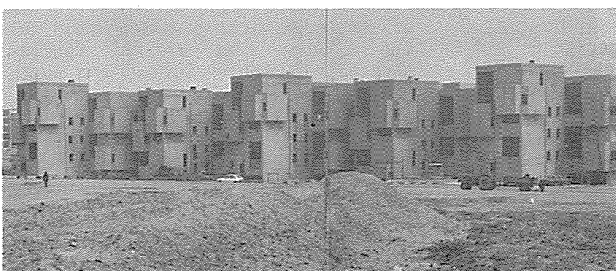
Das Erbauen dieser Kanisterunterkünfte stellt einen Akt der Selbsthilfe der Bewohner dar. Mit geringen, unbürokratisch gehandhabten Finanzmitteln ausgestattet, könnte dieses Potential Behausungen schaffen, die Minimalanforderungen genügen und außerdem den eigenen Vorstellungen entsprechen. Die Wohnungsnachfrage wäre entlastet. Anfänge in dieser Richtung endeten bisher aber noch wenig erfolgversprechend: in Staoueli, einem Vorort von Algier, wollte ein engagierter Architekt die

Bewohner in Planung und Ausführung der Rehabilitation ihres Wohnviertels integrieren. Dies scheiterte an der Stadtverwaltung. So konnten die Bewohner nur noch am Schluß der Bauphase kleine Detailänderungen an ihren Häusern einbringen. Von den realisierten Projekten sind noch hervorzuheben: eine 50 Wohneinheiten umfassende Anlage in M'sila: Sie entspricht den Bedürfnissen und Anforderungen einer arabischen "Durchschnittsfamilie". Jede Einheit hat drei Geschosse: einen Eingangs- und Empfangsbereich zwischen dem unteren, für den Wohnbereich der Familie vorgesehenen Geschöß, und dem oberen - als Schlafräume bezeichneten - Geschöß. Diese drei Geschosse sind um einen halbbedeckten Innenhof angeordnet.

Ein weiteres gelungenes Projekt (von 1975 - 80 erbaut) stellt das Dorf Maader, nahe M'sila, dar. Besonderer Wert wurde dabei auf die Mitarbeit der späteren Bewohner gelegt, natürlich im Rahmen der üblichen Partizipationsmuster. Gebaut wurden die 120 Wohneinheiten aus Material, welches vor Ort gefunden wurde, und Zement. Die gewölbte Dachform erwies sich als äußerst ökonomisch und den klimatischen Bedingungen der Region angepaßt. Neuerung gegenüber der traditionellen Wohnform war eine für 4 Familien um einen Innenhof angeordnete Küchenanlage. Der herkömmliche "hoche" wurde jedoch nicht ausgespart, sondern findet sich in der Wohneinheit.

Andere Programme wie das "Programme d'habitat en autoconstruction assistée" des CRAU (Centre des recherches d'architecture et d'urbanisme - ein der polytechnischen Hochschule für Architektur und Urbanistik (EPAU) angeschlossenes Forschungszentrum in Algier) führte sogar einen noch weitergehenden Versuch durch: eine Gruppe von Wissenschaftlern und Studenten erarbeitete mit der Bevölkerung von Djelfa, einer schnell wachsenden Kleinstadt auf der trockenen Hochebene zwischen Tell-Atlas und Sahara, eine neue Stadtplanung. Die Vorschläge liegen jedoch heute in der Schublade des Instituts. Mehr Erfolg - aufgrund entsprechender Diskussion in den Medien - scheint eine Bürgerbeteiligung bei der Neuplanung der Kai-Region in Algier zu haben. Ob die Vorschläge auch zur Ausführung gelangen, bleibt fraglich.

Ein letztes Beispiel ist die Bidonville von El Harrach, ein von ca. 8000 Menschen bewohntes Slumgebiet in der Nähe von Algier. Dieser Slum ist "Versuchsobjekt" für Partizipationsmodelle, da er direkt neben der Polytechnischen Hochschule EPAU liegt. Studenten bemühen sich um "Einbe-



ziehung" der Bewohner in den bisher - nur theoretisch - stattfindenden Sauerungsprozeß.

So sind es meist junge Leute, die aus Neugier oder Überzeugung ein uraltes Konzept wieder zum Leben erwecken wollen.

V Grundsätzlich läßt sich sagen, daß die algerische Verwaltung große Hemmungen vor Projekten mit "Eigenverantwortung", "Selbsthilfe", "Privatinitiative" hat. Obwohl seit dem letzten Parteitag der FNL (staatliche Einheitspartei) im Sommer 1983 "mehr Eigeninitiative" als Parole ausgegeben wurde, setzt sie immer noch auf sozialistische Versorgungsideologie und zentralisierte Koordination.

Die durch Kolonisation verformten Bewohner Algeriens erhielten durch den Sieg über ihre Unterdrücker neue Impulse zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Die Bauern hofften auf Rückgabe des Landes. Gemeinschaftsländereien, jahrhundertalte traditionelle Eigentumsform, waren keine abschreckende sozialistische Idee, eher Altbekanntes in neuem Rock. Auch die Bewohner der Städte waren voll Initiative, nun Elend und Armut durch eigene Kraftanstrengung auszumerzen. Eine Mischung aus Sozialismus und Islam als Volksideologie sollte wegweisend sein. Die hochfliegenden Ideen sind den Realitäten gewichen. Ein neuer Mensch wurde nicht geschaffen, jedoch eine ähnlich wie in dem in Europa vorfindlichen real existierenden Sozialismus funktionierende Funktionselite. Dazu holten Algerien die Probleme aller entkolonisierten Staaten ein. Die Angst der Revolutionäre der zweiten Generation vor einem Entgleiten der Kontrolle über die Macht ließ dogmatisch-harte Vorgehensweisen entstehen.

"Partizipation" klingt nach Mitbestimmung, Individualismus, Entscheidungsfreiheit, und dies alles hat keinen (oder nur einen kleinen) Platz in diesem Staat.

Im Wohnungsbau bietet sich eine direkte Beteiligung der Betroffenen - wie oben gezeigt - am ehesten an. Außerdem werden sozusagen als Nebeneffekt neue Arbeitsplätze geschaffen (so ist z.B. die Unterbeschäftigung heute schon ein Problem im sozialistischen Algerien; Migrationsströme aus dem von der Krise gebeutelten Frankreich verschärfen die Situation).

Langfristig werden die Staatstragenden nicht umhinkönnen, dem Konzept der "Partizipation" mehr Aufmerksamkeit zu schenken - als möglicher Lösung zwischen Tradition und Notwendigkeit, gleichgültig, ob das dem Staatsgebilde anhaftende Etikett sozialistisch, kapitalistisch oder "Dritter Weg" heißt.

"Partizipation", wie sie in einigen von mir beschriebenen Versuchen gezeigt wurde, bietet die Möglichkeit eines Auswegs aus der Wohnungsmisere. In Bereichen, die den Prämissen "modernen Wirtschaftens" nicht unterworfen sind, funktioniert sie wie eh und je. Nun sollte auch der "moderne Sektor" aufholen, um im Sinne der Natio-

nalcharta zu wirken. Die Schaffung besserer Lebensbedingungen erfordert nicht nur Aufhebung des Widerspruchs von Kapital und Arbeit, sondern auch Aufhebung des Widerspruchs zwischen Anspruch und Realität. ■

ANMERKUNGEN:

- 1 Charte Nationale du Peuple Algérien, Paris 1976, S. 330.
- 2 The 1980-84 Algerian Five Year Plan, Committee for Middle East Trade, London, April 1981, S.10 ff.
- 3 Lehmarchitektur, Die Zukunft einer vergessenen Bautradition, Ausstellungskatalog, S.165. Zahlreiche weitere Beispiele neueren Datums finden sich in diesem Katalog.
- 4 Charte Nationale, a.a.O., S.331.
- 5 Charte Nationale, a.a.O., S. 332.
- 6 The Algerian Five Year Plan, a.a.O., S.11.
- 7 Charte Nationale, a.a.O., S. 332.
- 8 Architektur der Vergänglichkeit, Basel 1983.
- 9 Benamrane, Djilali, Crise de L'HABITAT? Algier 1980, S.6.
- 10 ders., S. 88. Zur Unterstützung meiner These: im Zeitraum von 1966-1977 wurden ca. 129.000 Wohnungen (45.000 städtischer, 84.000 ländlicher Bereich) von der öffentlichen Hand erbaut, 37.000 von privaten Unternehmern, jedoch 214.000 (103.000 im städtischen, 111.000 im ländlichen Bereich) von den Bewohnern im "Selbsthilfe"-Verfahren erstellt. (S.53).



'Der staatliche Wohnungsbau kann den Wohnraumbedarf nicht decken



Kollektive Selbsthilfe beim Hausbau als adäquate Lösung des Wohnungsproblems

Otto Greger

GEHEN AUF ZWEI BEINEN.
POLITIK UND BAUEN IN DER VOLKSREPUBLIK ANGOLA



DIE AUSGANGSLAGE

11. November 1975 (1). Angola, mit 1 254 000 qkm Landesfläche und heute 7.8 Millionen Einwohnern mehr als fünfmal so groß und zugleich achtmal kleiner als die Bundesrepublik Deutschland, steht am Beginn eines neuen Abschnitts seiner Geschichte.

Annähernd 500 Jahre portugiesischer Kolonialismus, ein über 14-jähriger bewaffneter Befreiungskampf der MPLA (2), violente bürgerkriegsähnliche Konfrontationen mit den rivalisierenden FNLA (2) und UNITA (2) und schließlich der verlustreiche sog. 2. Befreiungskrieg gegen diese und die südafrikanischen Interventionstruppen forderten von der jungen Volksrepublik ihren Tribut. Der landesweiten Destruktion, Demontage und dem Abtransport von Verkehrsmitteln, Industrieausrüstung und landwirtschaftlichem Gerät, Elektroinstallationen, Sanitär- und sonstigen Einrichtungen öffentlicher Gebäude und privaten Wohnraums durch ihre ehemaligen Besitzer, sowie der Sprengung von Flughäfen, Brücken und Gleisanlagen und der Versenkung von Ver- und Entladeeinrichtungen in den Häfen durch das in Auflösung begriffene Kolonialheer und nachrückende südafrikanische Truppen (3) folgte ein "brain drain", der wenige Beispiele in der Geschichte kennt: mehr als 400 000 Portugiesen, ehemals in Leitungsfunktionen und Schlüsselstellungen Angolas, sowie 60 000 angolische Facharbeiter verließen ein Land, das gekennzeichnet war von

- einer Analphabetenquote von über 90% der Erwachsenen
- einer Kindersterblichkeitsrate von 30% der Einjährigen
- annähernd 1 Million Malaria-, Tuberkulose- und Leprakranke
- extremer struktureller Heterogenität in wirtschaftsgeografischer Hinsicht (i.e. Bevölkerungsverteilung, Verkehrserschließung, Ressourcenausstattung, vorherrschende Produktionsweise, Produktionsstruktur)
- einer ausgeprägten Desintegration von Stadt und Land, deren Güteraus-tausch praktisch stagnierte
- einer kollabierenden Infrastruktur mit nachfolgendem Zusammenbruch des

Distributions- und Vermarktungssysteme, Zuspitzung der Ernährungslage und Sinken der Produktivität bei gleichzeitigem Aufblühen von Spekulation und Schwarzmarkt

- riesigen Flucht- und Migrationsbewegungen, ausgelöst durch die militärischen Invasionen im S und N, die sich auf die Städte, speziell das "sichere" Luanda richteten
- fortgesetzter Wirtschaftssabotage seitens "alter" und neuer privilegierter Schichten im Staatsapparat, sowie eskalierendem Devisenabfluß von seiten der Privatwirtschaft.

Diese die gesellschaftliche Transformation erschwerenden Ausgangsbedingungen bestimmten denn auch die von der MPLA-Regierung initiierten

SOFORTMASSNAHMEN

Neben materiellen und politischen Anstrengungen zur Mobilisierung der Bevölkerung in den Massenorganisationen und Basisorganen der "poder popular" (Volksmacht) wird eine vorsichtige Strategie der Verstaatlichung ökonomischer Schlüsselsektoren wie "key industries" des extraktiven und großer bis mittlerer Betriebe des verarbeitenden Sektors, Banken, Handel, Transportwesen und Großgrundbesitz eingeleitet. Über staatliche Planung vermittelt sollen vorerst Betriebe des staatlichen und des kooperativen Sektors, sowie gemischte und private Unternehmen koexistieren (4).

Eine Maßnahme, die auf eine Verbesserung der desolaten Situation im ruralen Bereich abzielt, ist die Enteignung von Plantagen, deren größte als Staatseinheiten weitergeführt werden (u.a. der Welt größte Kaffee-Plantage). Im Rahmen der Kollektivierung der Landwirtschaft und des Aufbaus von Kooperativen werden die Bauern nicht zwangsweise in die Kooperativenbewegung integriert, was als kontraproduktiv erachtet wird, sondern sie sollen langfristig von den Vorteilen kollektiver Agrarproduktion überzeugt werden. An die Besitzlosen unter ihnen wird Land verteilt, die Umstrukturierung der Leichtindustrie auf die Erfordernisse der Landwirtschaft wird begonnen gemäß der MPLA-Devisen "Die Landwirtschaft ist die Grundlage der ökonomischen Entwicklung, die Industrie der entscheidende Faktor".

Raumordnungspolitisches Ziel dieses Maßnahmenbündels ist ein Abbau der internen ökonomischen Asymmetrie. Durch die Entwicklung des ländlichen Raumes - noch 1979 sind 58,3% der angolanischen Erwerbstätigen im Agrarsektor beschäftigt, und 80% der Gesamtbevölkerung leben von ihm - soll eine gleichmäßigere Verteilung der Produktionskapazitäten über das nationale Territorium erreicht werden, was freilich bislang weitgehend politischer Anspruch bleibt:

Fortgesetzte, logistisch wie finanziell durch die RSA, Zaire, die BRD und die USA unterstützte massive Partisanentätigkeit der UNITA und ein eskalierender Destruktionskrieg mit der Tendenz permanenter Okkupation der an Namibia grenzenden Landesteile Angolas durch südafrikanische Truppen blockieren nicht nur die intendierte ausgeglichene Gesamtentwicklung; faktisch vertiefen sie durch vorran-

gig in politisch-militärisch konsolidierten Gebieten vorgenommene staatliche Investitionen und den unvermindert anhaltenden Migrationsstrom der aus den umkämpften ländlichen Räumen fliehenden Bevölkerung die kolonial angelegten regionalen Disparitäten. Darüberhinaus führen die durch Südafrika verursachten materiellen Verluste von - laut UNO-Angaben - bisher 7.3 Milliarden US-Dollar (5), sowie die mehr als 40% der jährlichen Staatseinnahmen, die die VR Angola seit Beginn der 80-er Jahre für militärische Verteidigung aufzuwenden gezwungen ist, zu katastrophalen Konsequenzen für den ökonomischen, sozialen und kulturellen (Wieder-) Aufbau des Landes.

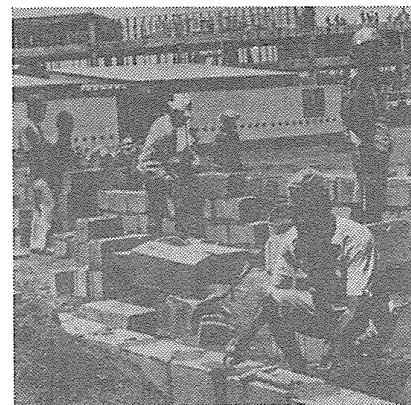
DER BAU- UND WOHNUNGSSEKTOR: AUSGANGSBEDINGUNGEN UND NOTMASSNAHMEN

Aufgrund der allseits vorhandenen Engpässe unmittelbar nach der Unabhängigkeit mußten städtische Strukturprobleme und die Misere auf dem Wohnungsmarkt in den Hintergrund treten. Priorität kam zunächst der Umstrukturierung und Rekonstruktion des Agrar-, Industrie- und Transportsektors zu. In dem vom Massenexodus portugiesischer Fachkräfte besonders hart betroffenen Bereich Bauwesen ist bis Anfang 1977 eine deutliche Konzentration der Planungs- und Bauaktivitäten auf die Wiederinstandsetzung von Straßen, Brücken, Eisenbahnlinien und Flughäfen feststellbar, "conditio sine qua non" für die schnellstmögliche Aufnahme interner Transportverbindungen zur Etablierung gleichmäßiger Austauschbeziehungen zwischen allen Regionen des Landes. Daneben erachtet die Revolutionsregierung Massenalphabetisierung und Erweiterung des Grundschulwesens, sowie allmähliche Abschaffung privater Medizin ausübung zugunsten eines Ausbaus der präventiven medizinischen Versorgung als fundamentale Basis jeder weiteren Entwicklung. Entsprechend werden die Reorganisation und der Bau von Einrichtungen des staatlichen, kostenlosen Bildungs- und Gesundheitswesens zu einem weiteren prioritären Ziel erklärt. (Erste Erfolge auf diesen Gebieten sind unbestreitbar: in weniger als 2 Jahren nehmen mehr als 0.5 Millionen Angolaner an Alphabetisierungskursen teil (6), wird die Gesamt-schülerzahl gegenüber 1972/73 fast verdoppelt (7), werden im Verlauf einer landesweiten Polio-Impfkampagne in Kooperation mit ausländischen, v.a. cubanischen Fachleuten 1.5 Millionen Kleinkinder erreicht (8), und wird die Kindersterblichkeitsrate bei Einjährigen von 300 auf 100 p.m. gedrückt (9)).

Angesichts der notwendigen Konzentration der verbliebenen Kräfte des Bau-sektors auf die genannten Bereiche und der Tatsache, daß von 407 vor der Unabhängigkeit bestehenden privaten Baugesellschaften im September 1976 formell noch 53 existent, de facto jedoch nur 7 bis 8 tätig waren (10), während von ehemals 700 meist portugiesischen Führungskräften dieses Wirtschaftsbereichs noch 60 (darunter nur 4 Architekten) im Lande verblieben waren (11), war die Paralyse, insbesondere der Bauwirtschaft und des Wohnungsbaus evident. Neben dem abrupten Verlust praktisch des gesamten Leitungs- und Leistungspersonals sah sich dieser Bereich zusätzlich kon-

frontiert mit einem akuten Mangel an qualifizierten Baufacharbeitern, sowie dem generellen Fehlen von Rohstoffen und Baumaterial, Bauausrüstung, Arbeitsgerät und Transportmitteln. Der unter diesen Bedingungen notwendigen Verstaatlichung des gesamten bisher in Privathand befindlichen Bausektors (10) folgten erste Maßnahmen zu seiner völligen Neustrukturierung und Reorganisation im staatlichen Bereich, da diesem jetzt neben seiner (traditionellen) Kontroll- zunehmend Planungsfunktionen zufallen, vor allem jedoch die entscheidende Aufgabe der Implementation, die vor der Unabhängigkeit vollständig dem Privatsektor überlassen war. Daß dies angesichts der verfügbaren, stark planungsorientierten Fachkräftestruktur zunächst weitgehend Absichtserklärung bleibt, zeigt die relative "Überproduktion" im Planungsbereich ohne konsekutive Projektrealisierung zu diesem Zeitpunkt, "Planung für die Schublade" gewissermaßen, während die Ränder der Städte, Luandas im besonderen, infolge der anhaltend instabilen militärpolitischen Lage in weiten Teilen des Hinterlandes mit all ihren fatalen Konsequenzen - unterbrochene Transport- und Kommunikationsverbindungen, Versorgungsengpässe, Hunger etc. - unvermindert mit Migranten überschwappten.

Eine langsame Substituierung allzu planungs- und entwurfsbezogener Funktionskader durch implementationsorientierte Kader auf allen ministeriellen Ebenen, sowie die Gründung staatlicher und gemischter Bau- wie Bauzulieferunternehmen sind neben Impulsen zur Ankurbelung der lokalen Baumaterialproduktion (v.a. Zement) die Folge. Andererseits macht "... die Notwendigkeit dringenden Handelns bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung die Anwendung von Methoden erforderlich, die rekurren auf weitestgehende Partizipation der Betroffenen, ... die dabei durch die hierfür zuständigen (politisch-administrativen und staatlichen, d.Verf.) Strukturen effizient zu unterstützen sind ..." (12).



Freiwilligen - Brigade beim Bau einer Schule in einem Stadtviertel Luandas

"Bauen in Selbsthilfe" soll als "... einer der wirksamsten Ansätze zur unmittelbaren Lösung sowohl des Wohnungsproblems der Arbeiter in den Städten, als auch bei der Reorganisation des Lebens der Bauern generell ..." (12) Anwendung finden, wobei "...auch die Errichtung kollektiver, für die soziale und ökonomische Ent-

wicklung der Bevölkerung unerläßlicher Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Gesundheitszentren, Volksläden etc. einbezogen werden sollte ..."(13). Die Nutzung lokaler Arbeitskraft erfordere dabei einfach auszuführende, funktionale Bauweisen bei gleichzeitiger Anwendung konstruktiv unkomplizierter Baumethoden, wobei nach Möglichkeit auf minimale Vorfertigung zurückgegriffen werden sollte.

Dieses Konzept "staatlich angeleiteten bzw. organisierten Bauens in Selbsthilfe" ('autoconstrução orientada' resp. 'dirigida') - primär auf den ruralen Sektor zielend - signalisiert Absicht und Erfordernis zugleich. Zum einen reflektiert es das pragmatische Verhältnis der MPLA zu vorfindlichen Bevölkerungsgewohnheiten wie der Selbsterstellung benötigten Wohnraums, wobei der traditionelle ländliche Hausbau aufgrund bislang faktisch fehlender formaler, staatlicher Eingriffe, sowie infolge kaum vorhandenen Zugangs zu nichttraditionellen Baumaterialien von neueren Technologien weitgehend unbeeinflusst ist. In diesem Bereich bleibt die staatliche Intervention zur Stimulierung kollektiver Basisbauaktivitäten zunächst auf die Bereitstellung unerläßlichen Werkzeugs und Ausrüstung zur Vereinfachung und Verbesserung traditioneller Bauweisen, wie z.B. Holzmodellen für eine rationellere manuelle Herstellung von Lehmziegeln, beschränkt.

Gleichermaßen jedoch ist dieses Konzept Indiz für die schwache personelle Ausstattung und den limitierten Wirkungsgrad von Planungsbehörden und bauausführendem Gewerbe, was weitere Konzentration planerischer und baulicher Aktivitäten auf die in der Küstenregion gelegenen Städte, die alte MPLA - Hochburg Luanda in besonderer, zur Folge hat. Die Bündelung von Leitungsfunktionen auf das Zentrum steht hierbei in umgekehrt reziprotem Verhältnis zur Absenz wirksamer Strukturen des Bausektors an der Peripherie. Trotz regelmäßiger Dezentralisierungsansätze und wiederholter -kampagnen verstärkt sich diese Tendenz nach dem gescheiterten Putschversuch der "Fraktion Nito Alves" (14) im Mai 1977 noch, dessen vorangegangene Instrumentalisierung von Basisinitiativen - "poder popular" und örtliche wie betriebliche Selbstverwaltung - die MPLA-Führung vorübergehend mit einer stärkeren Akzentuierung von Kontrolle und Disziplin beantwortet.

Den adäquatesten Weg zur Realisierung der ersten Wohnungsbau-Programme im Rahmen des organisierten Selbsthilfe-Bauens sieht man im konzentrierten Einsatz der wenigen verbliebenen Facharbeiter bei der Produktion leichter, durch die späteren Nutzer selbst montierbarer Wohnungsbau-Fertigteile. Gemäß auch der Direktive, Rückgriffmöglichkeiten auf minimale Präfabrikation zu realisieren, wird 1977 mit dem Aufbau von Feldfabriken zur Herstellung leichter Fertigteile für den Einfamilienwohnungsbau auf dem Lande und in den periurbanen Zonen der Städte begonnen; gleichzeitig konstatiert das Bauministerium, daß aufgrund der realen Bedingungen Angolas - enorme territoriale Ausdehnung bei geringer Gesamtbevölkerung, extrem heterogene Bevölkerungsverteilung und entsprechend disperse Siedlungsstruktur

- sowie aus primär wirtschaftspolitischen Erwägungen der Aufbau einer schweren Fertigteilindustrie für den Wohnungsbau zu diesem Zeitpunkt nicht opportun sei, weswegen die Bautätigkeit nach der traditionellen Methode noch für lange Zeit ihre volle Bedeutung behalte.(15) Unentwickelt noch erkennbar werden hier bereits die "zwei Linien" künftiger angolischer Wohnungsbaupolitik, wenngleich dieser erste Versuch mit leichten, präfabrizierten Bauelementen eines aus Cuba unverändert übernommenen Systems zunächst mit einem Fiasko endet. Das extrem einfache, ohne Spezialgerät erstellbare Baukastensystem des Typs "Sandino", bestehend aus ungedämmten, vorgefertigten Beton-Wandplatten, die in die Vertikalnut ebenfalls vorgefertigter, in Abständen von jeweils 1.04 m aufgerichteter Betonstützen eingelassen werden, nahm weder auf spezifische sozio-kulturelle Eigentümlichkeiten der angolischen Bevölkerung, noch auf die unterschiedlichen Klimate von angolischem Hochland und Küste - in beiden Regionen wurde (oder sollte) es überwiegend für Bauern und randstädtische Migranten errichtet (werden) - Rücksicht. Weder kulturell, noch klimatisch angepaßt, in technokratischer Manier übernommen, konnte dieses System in Angola nicht Fuß fassen, wovon heute noch in einigen Provinzen des Landes auf Halde gestapelte Wand- und Stützelemente und nie bewohnte oder wieder verlassene Wohnhäuser zeugen.

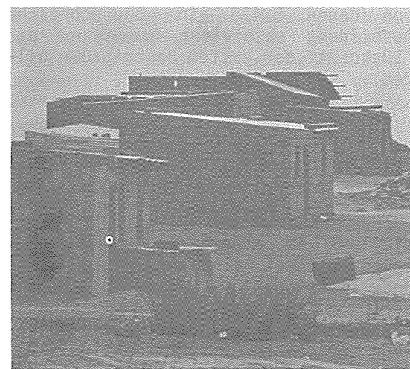
Unvergleichlich schwieriger und komplexer als auf dem Lande und in den Mittelstädten jedoch stellt sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Luanda, einer der 10 größten Städte Afrikas, dar. Die kolonial geprägte, parasitäre Haupt- und wichtigste Industriestadt des Landes, gleichzeitig dessen Verwaltungs-, Konsum- und Dienstleistungszentrum, in der 70% des nationalen Industrieprodukts erarbeitet werden, 16.7% der gesamten und etwa 60% der urbanen Bevölkerung Angolas leben, ist gekennzeichnet von einer (unvermindert) ungestümen Bevölkerungszunahme: von 67.000 Einwohnern im Jahre 1940 wächst sie bis zur Unabhängigkeit (trotz des Exodus von 300.000 Portugiesen aus ihrer Großregion) auf über 700.000 Bewohner und wird heute - ohne das entsprechende Äquivalent ökonomischen Wachstums - auf 1.3 Millionen Einwohner beziffert (16). Die Folgen:

- Die soziale und ökonomische Segregation ihrer Bewohner schlägt sich nieder in der Asymmetrie der städtischen Organisation Luandas und der Dualität ihrer physischen Erscheinung.
- Die absolute Bevölkerungsmehrheit von fast 80% (!) drängt sich auf mittelmäßigem (8%) bis schlechtem Wohnraum (67%), dessen Anteil an der städtischen Gesamtfläche jedoch nur 60% ausmacht. (17) Eine durchschnittliche Bewohnerdichte von (1981) 7 bzw. 9 Personen pro WE in den zentralen Stadtbereichen bzw. den städtischen Elendsquartieren signalisiert zunehmende Deterioration und Substanzverrottung der 1979 insgesamt etwa 120.000 Wohneinheiten der Stadt bei ständig steigender Belegungstendenz. (18)
- Die Versorgungsrate mit städtischen Diensten entspricht der einer Stadt von 250.000 E : beispielsweise be-

steht ein Schulraum-Fehlbedarf für ca. 35.000 Schüler, während die technischen Infrastrukturnetze lediglich 60% des Stadtgebiets ver- und entsorgen (19).

Erste politische Maßnahme des Revolutionsrats zur Verbesserung der angespannten Lage ist die Verstaatlichung verlassenen Wohnraums nach 45 Tagen Abwesenheit seines (meist portugiesischen) Besitzers ohne Rechtfertigung sowie die Enteignung sämtlicher Zweit- und Miethäuser. Ihre Verteilung an die am härtesten von der Wohnungsnot betroffene Bevölkerung mit Hilfe der Quartierskomitees und Basisorgane der "poder popular" führt neben spontanen Hausbesetzungen vorübergehend zu einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt, bis dann 1980 süd-afrikanische Bombardements und militärische Okkupation ein erneutes Anschwellen des ländlichen Migrantenstroms aus dem Landessüden auslösen.

Zur Veränderung der (kolonial-) städtischen Gesellschaft soll auch die neue Wohnungsgesetzgebung beitragen. Gemäß der Devise "Die Wohnung dem Bewohner" sichert sie diesem sein Wohnrecht zu, ohne deren Vermietung an Dritte zu gestatten, unterbindet den Handel mit Wohnraum und regelt das Mietzinsniveau auf einheitlicher Basis. Daß man nicht jede dieser Maßnahmen an der Maxime "Verstaatlichung in einem politisch, ökonomisch und technisch zu verkraftenden Rhythmus" orientiert, zeigen die Folgen: die knappen Ressourcen der kommunalen Organe, insbesondere der Mangel an geschultem Personal, lassen eine kontinuierliche Instandhaltung der vielstöckigen innerstädtischen Wohngebäude nicht zu, was im Verbund mit Überbelegung und - trotz Sensibilisierungskampagnen - unsachgemäßem Nutzung einer, ihren neuen Bewohnern sozial und kulturell nicht angepaßten Architektur, zu beschleunigtem Substanzverschleiß führt; indes - was wäre in dieser von Improvisation gekennzeichneten Phase die Alternative gewesen?



...Bebauungsdichte geringer .. räumliche Struktur regelmäßiger .. Baumaterial haltbarer ... "Autoconstrução orientada"

Weitere Priorität wird der sukzessiven Verbesserung der "Musseques", der luandenser Elendsviertel beigegeben, in deren riesigen, über die ganze Stadt verstreuten, immer wieder von "Asphaltvierteln" unterbrochenen Arealen (Cazenga, der größte, umfaßt 25 qkm) über 60% der Stadtbevölkerung in prekärer und instabiler Wohn- und Arbeitssituation lebt (20). Werden in einigen dieser Squattergebiete auch

erste Bauprogramme zur Verlegung grundlegender technischer Infrastruktur und zum Bau kleiner kommunaler Einrichtungen initiiert, so kommt trotz abgeschlossener planerischer Vorarbeiten die Realisierung insgesamt doch eher schleppend voran. Zur gleichen Zeit schiebt sich der städtische Rand kontinuierlich ins Vorland hinaus: die neuen "Musseques" entstehen, wachsen ungeplant und stetig; verglichen mit ihren Vorgängern aus kolonialer Zeit ist die Bebauungsdichte geringer, ihre räumliche Struktur regelmäßiger, das verwendete Baumaterial haltbarer.

Im städtischen Geschoßwohnungsbau wird die Reparatur der durch den Krieg beschädigten Bauten und die Fertigstellung der von den Portugiesen als Bauruinen hinterlassenen Gebäudekomplexe in Angriff genommen: von 130 Rohbauten allein in Luanda mit einer Gesamtfläche von 1 Mio.qm (Wohnraum für etwa 2.500 Familien sowie Büro- und Geschäftsflächen) wählt man 20 zur prioritären Endfertigung aus (21). Auf diesen sog. Pilotbaustellen wird ein, von Bau- und Erziehungsministerium in enger Zusammenarbeit entwickeltes, neuartiges Ausbildungsprogramm für Vor- und Facharbeiter praktiziert: zur gleichen Zeit, in der die ungelernten Arbeiter auf der Baustelle Alphabetisierungskurse durchlaufen, wird ihnen über praktische Bautätigkeit die notwendige berufliche Qualifikation vermittelt. Diese bedarfsorientierte, "kombinierte" Ausbildung wird auch mit Sekundarschülern praktiziert, die in Verbindung mit praktischer Arbeit auf der Baustelle zu leitenden Baukadern herangebildet werden. Der Baufortschritt ist entsprechend langsam, nicht nur aufgrund fehlender Baupläne und Ersatzteile oder permanenter Materialengpässe, weswegen ab Mitte 1976 um internationale, v.a. cubanische Kooperation nachgesucht wird. Bereits ein Jahr später sind im angolanischen Bausektor neben etwa 2000 Facharbeitern, mittleren Technikern und Führungskräften aus Cuba mehr als 40.000 angolanische Arbeiter tätig, von denen 5.438 eine bautechnische Ausbildung absolviert haben und das "Rückgrat" der ersten Baubrigaden bilden.

GEHEN AUF ZWEI BEINEN: STAATLICHER WOHNUNGSBAU UND ORGANISIERTE NUTZERPARTIZIPATION (22)

Nachdem die ersten 3 Jahre der Entwicklung im staatlichen Wohnungsbau gekennzeichnet sind durch Stagnation und Improvisation, werden 1978 auf der Grundlage erster Wohnraumbestandsaufnahmen, aktualisierter Bevölkerungsstatistiken und Perspektivplanungen der sozio-ökonomischen Entwicklung des Landes Prognosen hinsichtlich des Gesamtbevölkerungswachstums, der Verstärkerungsrate Angolas und des Stadtwachstums von Luanda aufgestellt und der voraussichtliche Wohnungsbedarf bis zum Jahre 2010 ermittelt. Diese Hochrechnungen ergeben für den Zeitraum 1980-1990 einen Gesamtbedarf von mehr als 15.000 WE/Jahr bei einer zugrundegelegten durchschnittlichen Familiengröße von 5,3 Personen. Für die weiteren 2 Dekaden wird folgender Wohnraumbedarf prognostiziert:

1990-2000: 56.600 WE/Jahr
(5,3 Pers./WE)

75.000 WE/Jahr
(4 Pers./WE)
2000-2010: 122.000 WE/Jahr
(5,3 Pers./WE)
162.000 WE/Jahr
(4 Pers./WE) (23)

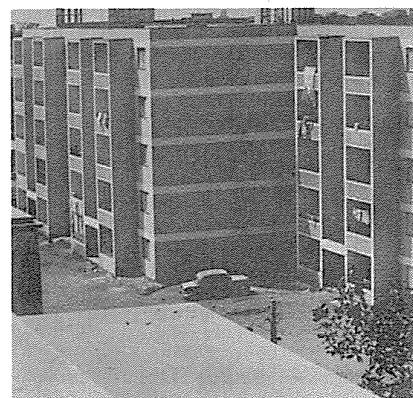
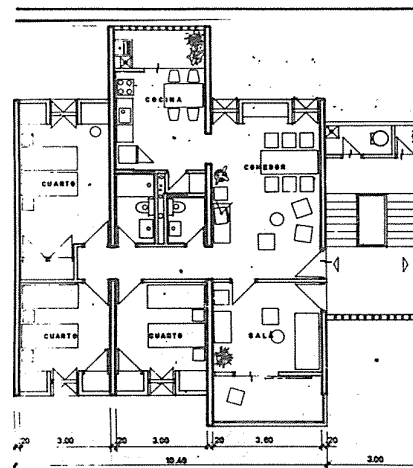
Daß die noch junge Volksrepublik angesichts der verzweifelten kolonialen Hinterlassenschaft, der Bürde des "toten Gewichts der alten Gesellschaft" (Rossana Rossanda) weder materiell, noch personell über die erforderlichen Konditionen verfügt, diesen Bedarf in naher Zukunft auch nur annähernd zu decken, ist evident.

Als Strategie zur langfristigen Lösung dieses Problems empfiehlt man einerseits

- die materiellen Voraussetzungen zum Aufbau eines modernen Massenwohnungsbaus für den städtischen Bereich zu schaffen, der sich zur Entwicklung des Bausektors und zur Erhöhung der Produktivität des technischen und technologischen Fortschritts bedient
- die Einführung von Technologien partieller Vorfertigung sowie leichter - für einen einfacheren Wohnungsbau - und schwerer Fertigteilm Bauweisen - zur Erstellung öffentlicher Bauten
- die Planung und Vorbereitung städtebaulicher Projekte zur Materialisierung dieses Wohnungsbaus.

Zum anderen sollen "staatlich organisierter Selbsthilfe-Bau" und kollektive Nutzerpartizipation mittels technischer Orientierung und organisatorischer Unterstützung durch die zentralen und lokalen Strukturen des Bau- und Wohnungsministeriums stimuliert werden; dies vor allem in der Anfangsphase und verstärkt im ruralen Sektor unter Nutzung aller dort verfügbaren Ressourcen. (24)

Zunächst kommt im staatlichen Geschoßwohnungsbau ein 5-stöckiger, aus Cuba entlehnter Gebäudetyp leichter, partieller Vorfertigung und niedrigen Ausbaustandards zur Anwendung, dessen Präfabrikationsgrad je nach Herstellungsbedingungen -Baustelle oder Feldfabrik- variabel ist. Von diesem sog. E-14 sowie seinem, den lokalen Gegebenheiten besser adaptierten Nachfolgetyp "E-15" werden unter anfänglicher Kooperation cubanischer Baubrigaden 3.000 WE, vor allem in Luanda -"bairros" Golfe und Rangel - und einigen anderen größeren Städten des Landes errichtet. Ein Großteil der Wohnungen dient vorübergehend der Aufnahme ausländischer Kooperanten und "Internacionalistas" aus Cuba und anderen RGW-Ländern, aus Portugal, Brasilien, Schweden und Italien. Die Grundrisse sind der klimatischen Situation aufgrund ausreichender Querlüftung und wirksam verschatteter Fassaden gut angepaßt; die Wohnungen variieren bei einer Größe von 55-80 qm zwischen 3 und 5 Zimmern, wobei Wohnraum und Küche jeweils ein (Wirtschafts-)Balkon zugeordnet ist. Auf der Grundlage dieser beiden "Prototypen" semi-industrialisierten Bauens mit Fertigteilen in Angola entwickeln einheimische Architekten der Nationaldirektion für Städtebau und Wohnungswesen einen mehrgeschossigen Wohnhaustyp für leichte Teil-Vorfertigung, der bei vergleichbaren Wohnungsgrößen hinsichtlich der Organisation seiner Wohnungsgrundrisse auf Bedürfnisse und Wohnverhalten angolanischer Nutzer



Staatlicher Geschoßwohnungsbau der ersten Stunde ("Luanda - 1"). Adaptation eines cubanischen Modells ("E-14" / "E-15")

noch besser Rücksicht nimmt. Als "Luanda-1" kommt er bis heute zur Ausführung, obwohl man mittlerweile in den neu entstehenden Wohnvierteln des Landes, vor allem Luandas, auf einen weiteren Gebäudetyp trifft, der, jugoslawischer Provenienz, in Angola unter der Bezeichnung "Sistema Túnel" firmiert. Hierbei handelt es sich um ein 4-geschossiges Wohngebäude in Schottenbauweise, dessen Decken und Querwandschotten nach dem Allbetonprinzip mit Hilfe wiederverwendbarer Gleitschalungserüste geschoßweise in einem Arbeitsgang betoniert werden, während nichttragende Längs- und Zwischenwände in Mauerwerk ausgeführt werden. Mit Wohnungsgrundrissen, die den sozio-kulturellen Erfordernissen angolanischer Stadtbewohner und den Klimabedingungen des Landes gerecht zu werden vermögen, stellt dieses Bausystem das vorläufige jüngste Glied in der Entwicklung des staatlichen angolanischen Wohnungsbaus dar, dem bisher im wesentlichen cubanische und jugoslawische Modelle als Orientierungsmuster dienten. Noch in der Phase der Reorganisation und des Wiederaufbaus, wird es dem "staatlichen Bein" der angolanischen Wohnungsbaupolitik in absehbarer Zeit rein quantitativ kaum möglich sein, den bestehenden Wohnraumbedarf in der VR Angola zu decken. Hier kommt der organisierten Betroffenenbeteiligung eine relevante Aufgabe zu.

Bevölkerungspartizipation kann in Angola in 3 grundlegende Kategorien eingeteilt werden:

- Traditionelle ländliche Selbsthilfe

im Sektor nicht marktorientierter, ruraler Bedarfsdeckungswirtschaft

- Politische Mobilisierung zur Materialisierung besonderer Zielvorstellungen, eine Form der Partizipationsförderung, die ihren Ursprung im Widerstand und Befreiungskampf gegen den portugiesischen Kolonialismus hat
- Staatliche Maßnahmen zur Förderung von Betroffenenbeteiligung bei langfristigen Entwicklungszielen, d.h. Institutionalisierung der Partizipation.

Hier soll nur auf die dritte Kategorie, vorrangig auf den Sektor Wohnungsbau, eingegangen werden.

Vermutlich einer der vielversprechendsten Ansätze der angolanischen Revolution, eigene Ressourcen bei der Förderung von Partizipationsvorhaben zu nutzen, ist das nationale Programm der "Autoconstrução", des "Bauens in Selbsthilfe", das auf dem anwendungsbezogenen Prinzip des "Lernens durch Tun" basiert. Ein im Dezember 1980 erlassenes Sondergesetz betont explizit den Charakter von Planung und Bauen, der sich u.a. reflektiert in kollektiver und kooperativer Partizipation. Der dem gemeinsamen Bauprozeß innewohnende Prozeß kollektiver Bewußtseinsbildung, dessen Ende sozial sichtbares Ergebnis nur das Gebaute bildet, gewinnt hier primäre Bedeutung. Wichtig am Bauen und Wohnen wird weniger das WIE, als vielmehr WAS es im Leben der Akteure bewirkt.

Die Koordinierung sämtlicher Selbsthilfe-Bauaktivitäten obliegt dem Ministerium für Provinzkoordination. Das Ministerium für Planwirtschaft weist Dringlichkeitszonen für Partizipationsprojekte aus, während dem Bau- und Wohnungsministerium die komplexeste Aufgabe aller beteiligten staatlichen Organisationen zukommt. In seine Verantwortlichkeit fallen die Durchführung städtebaulicher Studien und Entwürfe, die Evaluierung von Anwendungsmöglichkeiten unterschiedlichster, auf traditioneller Architektur basierender Gebäudetypen und Bauweisen, die Entwicklung von Prototypen für Wohnungsbau und öffentliche Gebäude, sowie städtebauliche Planung und Ausarbeitung von Upgrading-Projekten. Um die Planung und Implementierung dieser Selbsthilfeprojekte landesweit zu gewährleisten, werden in den 18 Provinzen des Landes Regionalbüros konstituiert, die eng mit der lokalen Administration zusammenarbeiten. In Kooperation mit der Nationaldirektion für Städtebau und Wohnungswesen, zuständig für "staatlich organisiertes Bauen in Selbsthilfe", erarbeiten Planungsgruppen wie der kanadische "Development Workshop on Building and Planning in the Third World" ein Programm zur Entwicklung von Volksbauweisen, das basiert auf einer landesweiten Untersuchung zur

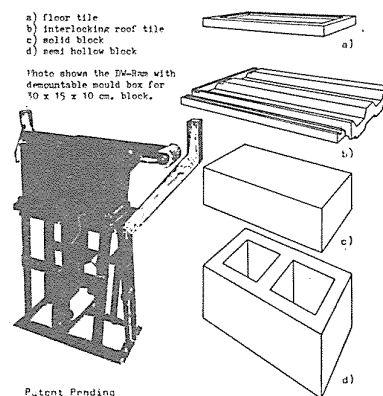
- Identifizierung von Problemen und Potentialen bei der Realisierung lokaler Partizipationsprojekte
- Ermittlung organisatorischer Netze, die Unterstützung vor Ort zu leisten in der Lage sind
- Evaluierung lokal vorhandener Baumaterialien, angewandter Technologien und handwerklicher Fertigkeiten

ten, auf die im Rahmen des Bauens in Selbsthilfe zurückgegriffen werden kann.

Erste Untersuchungsergebnisse erbringen relevante, wenn auch nicht immer ermutigende Erkenntnisse. Das hierauf folgende Projektstadium konzentriert sich gleichzeitig auf mehrere Zielsetzungen:

- 1) (Weiter-) Entwicklung angepasster Fertigungstechniken für Selbsthilfebauten unter Verwendung lokaler Baustoffe
- 2) Erarbeitung technischer Handbücher und Informationsmanuale für unzulänglich ausgebildete Bauarbeiter und sog. Dynamisatoren
- 3) Projektplanung kommunaler Gemeinschaftseinrichtungen unter dem Aspekt rationellster Verwendung vorhandener Ressourcen in personeller wie materieller Hinsicht.

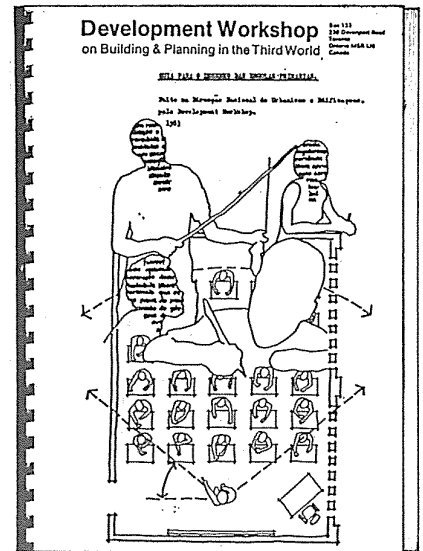
ad 1) Infolge chronischer Unterversorgung mit modernen Baumaterialien kann der augenblickliche Bedarf an Wohnraum und Einrichtungen des Dienstleistungssektors im ruralen Bereich nur mit großen Verzögerungen realisiert werden. Ein Ausweichen auf kleinere, dezentralisierte, auf der konsequenten Nutzung lokal verfügbarer Baustoffe basierende Einheiten zur Baumaterialherstellung soll hier Abhilfe schaffen. Deswegen beginnt man mit der Entwicklung von "small scale"-Geräten zur Baukomponentenproduktion "vor Ort", deren erstes eine neue, im Vergleich zur CINVA-RAM-Pressen und ähnlichen Modellen wesentlich verbesserte Handpresse ist. Ihre Vorzüge liegen in ihrer Produktvielfalt, die von der Herstellung von Vollsteinen über verschiedene Typen von Loch- bis hin zu Dachziegeln und weiteren Bauelementen reicht.



Verbesserte Handpresse zur Herstellung von Baukomponenten aus Erde. Entwickelt für Selbsthilfe - Bauprogramme

ad 2) Die neu installierten regionalen Planungsbüros, gegründet mit dem Ziel, mit Hilfe ihrer Dynamisatoren vielfältige Basisaktivitäten im Bau-sektor zu fördern und zu unterstützen, sind personell hoffnungslos unterbesetzt und noch ohne jedes fachliche Grundlagen- und Informationsmaterial. Um die Effizienz ihrer Aufgabe zu gewährleisten, werden eine Reihe von Studien, Arbeitsmaterialien und Handbüchern erarbeitet, die technische Hilfestellung geben und "Vermittlungsinstrumente" darstellen zwischen Selbsthilfe-Dynamisatoren und Bauausführenden einerseits, sowie

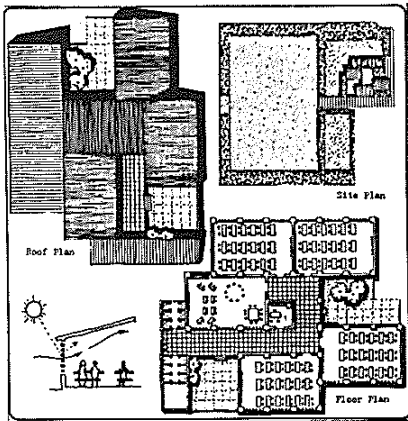
jenen, die in den Regionalbüros an Projekten auf Gebietsebene arbeiten. Die bereits vorliegenden und bei der Arbeit "im Feld" verwendeten Manuale umfassen u.a. neben einem Leitfaden zur angepassten, klimagerechten Planung kleiner Wohnbauten für jede der 15 Umweltzonen des Landes eine Fibel zur Herstellung zementstabilisierter Lehmziegel mit der neu konzipierten Handpresse, Planungsgrundlagen für site and service - und Upgrading - Projekte, sowie ein Entwurfshandbuch zur Planung und gemeinschaftlichen Ausführung von Primarschulen und Schulungsmaterial für Arbeiter des kommunalen Bildungssektors.



Technische Handbücher und Entwurfsleitfäden stellen Vermittlungsinstrumente zwischen Bauausführenden und Selbsthilfe-Dynamisatoren dar

ad 3) Im Zuge der "Schülerexplosion" im Lande, Angolas Gesamtzahl an Grundschulern vervierfacht sich in 9 Jahren, macht sich sehr bald rapider Substanzverlust übergenutzten Klassenzimmer - bis zu 3 Unterrichtsschichten pro Tag - bemerkbar, weswegen mittlerweile aller verfügbare Raum, ob Wohnhaus, Lagerschuppen oder Werkhalle, in behelfsmäßige Unterrichtsfläche umgenutzt wird. Nur ca. 15% der gegenwärtig in Luanda für Unterrichtszwecke verwendeten Gesamtfläche können als definitiv dafür geeignet erachtet werden. Da es noch keine exakte Bestandsaufnahme der in Nutzung befindlichen Gesamtunterrichtsfläche und ihrer Verteilung über das Stadtgebiet, die riesigen Musseque-Areale vor allem, gibt, fehlen Planungsdaten für rationalen Neubau und Mittelzuweisung an Selbsthilfekollektive. Auf Initiative des Erziehungsdelegierten der Provinz Luanda werden deswegen Fortbildungskurse für kommunale Planungskader eingerichtet, in denen die Teilnehmer vor Rückkehr in ihre jeweiligen Stadtquartiere in einfache Erhebungsmethoden, das Lesen von Stadtplänen und die Anfertigung einfacher Skizzenblätter, sowie die Benutzung eines neuentwickelten Bestandsaufnahme-Formblatts eingewiesen werden. Die folgende Feldarbeit beinhaltet die Lokalisierung und kartografische Erfassung aller annähernd 200 Primarschulen Luandas, sowie ihrer über die städtischen Squattersiedlungen verstreuten Nebengebäude, die Erfassung von physischem Gebäudezustand, baulicher Instandhal-

ung und Nutzungsintensität der Klassenräume, sowie die Identifizierung besonders "kritischer" Bereiche, in denen nur begrenzt vorhandene Potentiale besonderer Unterstützung bedürfen. Kontinuierlich aktualisiert, wird die angewandte Methode künftig eine nützliche Informationsquelle bei der Förderung und Optimierung von Partizipationsvorhaben darstellen. In Sambizanga schließlich - laut Erhebungsergebnissen ein Musseque mit weit über 1000 E/ha und extrem niedriger Schulraumfrequenz, damit eine der "kritischen" Stadtzonen Luandas - wird das inzwischen entwickelte Pilotprojekt einer Primarschule mit lokal produzierten, zementverfestigten Lehmziegeln durch die Squatterbewohner realisiert.



Prototyp einer Primarschule für städtische Squattergebiete: Bauausführung durch lokale Arbeitskraft mit lokalem Baumaterial



Bevölkerungspartizipation bei der Errichtung dringend benötigten Schulraums

Exemplarisch demonstrieren diese Maßnahmen die Grundsätze staatlich organisierten, partizipatorischen Bauens in Angola, nämlich: integriert zu sein in ein Gesamtentwicklungsprogramm, da sich sonst angesichts der Ressourcenknappheit Konfliktpotentiale mit anderen Vorhaben ergeben; integraler Bestandteil eines umfassenderen Projektes zur Grundbedürfnisbefriedigung der Bevölkerung zu sein; sich anwendungsbezogen einfachster Methoden zu bedienen, um Lernschritte bei den Beteiligten zu ermöglichen; der Planausführung das Prinzip von "trial and error" zugrundezulegen, sowie durch Realisierung und Analyse von Pilotprojekten eine optimale Abstimmung des Gesamtvorhabens mit den Bedürfnissen der Nutzer zu erreichen. (25)

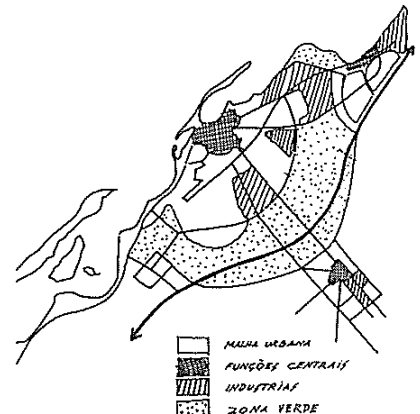
STADTENTWICKLUNG UND LANDESPLANUNG: TENDENZEN UND PERSPEKTIVEN

Wohnungsnot und strukturelle Probleme kennzeichnen gegen Ende der 1. Unabhängigkeitsdekade weiterhin die Lage in den Städten. Dies vor allem in dem Maße, in dem der Krieg (und vor ihm die fliehende Landbevölkerung) gewissermaßen kontinuierlich auf diese zurückt. Zunehmend bemüht sich die Revolutionsregierung deswegen in den letzten Jahren um eine möglichst umfassende Behebung und effiziente Lösung dieser Probleme, wozu sie zunächst durch Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen die Voraussetzungen schafft. So werden seit Mitte 1983 verstärkt Stadtteilkommissionen, Basisorgane der Regierung und die ihnen zugeordneten Bewohnerausschüsse konstituiert, an die man Aufgaben lokaler Administration, Organisation und Dynamisierung, u.a. den Bau von Wohnungen in gesellschaftlicher Selbsthilfe delegiert. Durch "Kanalisierung" derartiger Aktivitäten an den bürokratisierten, damit starren, zentralen Strukturen vorbei, versucht man zum einen deren Abbau zu intensivieren und gleichzeitig die Wirksamkeit staatlicher Unterstützung zu erhöhen; zum anderen soll ein inzwischen optimiertes Instrumentarium an Planungs- und Implementierungshilfen das Bau-Procédere für den künftigen Nutzer vereinfachen. Von reduzierten "Ein-Blatt"-Bauantrags- und -genehmigungsverfahren über planerische Beratung und technische Assistenz, Grundstücksaufmaß und Parzellenmarkierung in einem der im Stadtentwicklungsplan dafür ausgewiesenen Stadtteile Golfe, Palanque oder Petrangol reicht dies hin bis zu Ausfertigung von Baumaterialbezugs-scheinen, sowie Bereitstellung notwendiger Bauausrüstung und benötigten Werkzeugs. Freilich läßt der weiterhin spürbare personelle und materielle Kapazitätsmangel bei den an diesem Prozeß beteiligten Organen - nationales Wohnungsbauinstitut und kommunales Implementierungsdepartments - die beratende Tätigkeit häufig auf die Bereitstellung von Typenentwürfen schrumpfen. Im Lichte dieser Engpässe, sowie einer energischen Kampagne gegen verantwortungsloses Bürokratismus - d.h. hier auch: einer Begrenzung der Ausdehnung des Staatssektors im Wohnungsbau - ist ferner die Aufhebung des privaten Hausbauverbots zu sehen; diese zielt darüberhinaus auf eine Erweiterung des ökonomischen Betätigungsfeldes der Kleinbourgeoisie, deren finanzielles Potential man in "sozial produktive" Kanäle zu lenken gedenkt. Das Risiko der Korruption dieser Schicht im Privatsektor wird hierbei als geringer erachtet als die wachsende bürokratische Verkrustung im staatlichen Bereich.

In den städtischen Squattergebieten werden die Maßnahmen zu deren graduellem Strukturverbesserung und kontinuierlicher Integration in die Gesamtstadt fortgesetzt, wobei neben der Bewohnerpartizipation, vermittelt über die lokalen Organe der "Poder Popular" (Volksmacht) wachsende Relevanz den freiwilligen Arbeitseinsätzen von Betriebskollektiven und/oder Angehörigen öffentlicher Institutionen zukommt, die an sog. sábados vermelhos, "roten Samstagen", realisiert werden. Innovative Ansätze ergeben sich hierbei häufig aus prakti-

schen Arbeitszusammenhängen. So entstehen seit geraumer Zeit Partnerschaftsverbindungen zwischen Schulen, Gesundheitszentren o.ä. und den Betrieben, deren Mitarbeiter diese in "trabalho voluntário" errichtet haben, mit der Absicht, die laufende materielle Versorgung, Wartung und Instandhaltung dieser neuen sozialen Einrichtungen in den Musseques sicherzustellen.

Im Bereich der Stadtentwicklung verstärkt sich die Tendenz der "Agrarisierung der Stadtränder", ein Konzept, das dem aktuellen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Transformationsprozeß unter den Bedingungen eines andauernden Destruktionskrieges mit seinen verheerenden Konsequenzen für die gleichmäßige Versorgung von Städten und Landesprovinzen angemessen ist. Intendiertes Ziel ist die schnellstmögliche Realisierung der Selbstversorgung städtischer und ländlicher Verbraucherzentren und damit der Abbau städtischen Parasitismus und regionaler Disparitäten. Das "Projecto Cinturão Verde", die Planung eines periurbanen Grüngürtels um Luanda, sieht in Verbindung mit Landbewässerungsmaßnahmen aus dem stadtnahen Stausee von Kikuchi, sowie der Planung komplexer Siedlungseinheiten die landwirtschaftliche Nutzbarmachung der hauptstädtischen Peripherie vor. Gemäß dem Wahlspruch der MPLA-PT "Das Land dem, der es bearbeitet" soll dabei Grund und Boden dieser künftigen Agrarzone an die



Agrarland umgibt die Stadt: Luanda soll sich selbst versorgen

Bewohner der Stadtregion Luanda verteilt werden, die an agrikulturner Produktion interessiert sind und über entsprechende Kenntnisse verfügen. (26) Die von diesem Projekt und vergleichbaren Planungen in anderen Provinzen erwarteten positiven Effekte wie Absorption und Fixierung ländlich-städtischer Migranten durch Schaffung von Arbeitsplätzen, Steuerung des randstädtischen, marginalen Wachstums und Autarkie hinsichtlich der städtischen Nahrungsmittelversorgung werden im Planungsministerium höher eingeschätzt als die (erkannte) reale Gefahr wachsenden Wanderungsdrucks auf das (attraktive) Zentrum.

Im Zuge der großen Anstrengungen, dem weiteren Konzentrationsprozeß in den Verdichtungsräumen entgegenzuwirken und Impulse zur sozio-ökonomischen

Entwicklung des ländlichen Raumes zu geben, arbeitet man inzwischen an Perspektivplanungen, die ihrer ehrgeizigen Dimension nach den aktuellen Möglichkeiten und realen Erfordernissen (noch) wenig angepaßt erscheinen und, bezogen auf den Gesamtentwicklungsprozeß des Landes, als "strategische Vorhaben" eingestuft werden. So greift beispielsweise der land- und viehwirtschaftliche "Komplex Kwanza-Bengo" mit einer projektierten Größenordnung von 270.000 ha allein seinem Umfang und Impact in ökonomischer, sozialer und politischer Hinsicht nach weit über Luanda und die angrenzenden Regionen hinaus. An seinem Beispiel diskutiert man Fragen hinsichtlich des Verhältnisses von erforderlichen (enormen) Investitionskosten zu Verfügbarkeit qualifizierter, landwirtschaftlicher Arbeitskraft und technischen Personals für Aufbau und Unterhalt, sowie zu Leistungsfähigkeit des Distributions- und Vermarktungssektors; aber auch, auf welche Weise und in welchem Umfang Vorhaben dieses Ausmaßes der sozialen und kulturellen Anpassungsfähigkeit der lokalen Bevölkerung an die Veränderung ihrer gewohnten Lebens- und Produktionsweise Rechnung tragen (sollen). Eingebettet in dieses räumliche Entwicklungskonzept ist eine Siedlungspolitik, die die Errichtung dezentraler "núcleos", integraler ländlicher Siedlungseinheiten, vorsieht. Vergleichbar den mocambicanischen "aldeias comunais" handelt es sich hierbei um progressiv wachsende Dörfer mit einer Maximalgröße von 250 Familien, deren Entwicklungsphasen den jeweiligen Bewohnerbedürfnissen angepaßt sind. Aufgrund der angespannten (Kriegs-) Lage in weiten Teilen Angolas kann dieses Programm augenblicklich jedoch nur in sehr begrenztem Umfang realisiert werden.

Daß bei dem Bemühen um Überwindung der ausgeprägten regionalen Asymmetrie die Maxime "Planung unter äußerster Schonung menschlicher und materieller Ressourcen" nicht immer Beachtung findet, zeigt das Beispiel der seit 1979 im Bau befindlichen neuen Provinzhauptstadt Lukapa in der kurz vorher gebildeten Provinz Lunda-Norte; allerdings liegen diesem Projekt ganz spezifische, kolonial geprägte Ausgangsbedingungen zugrunde: die im äußersten Nordosten des Landes gelegene ehemalige Großprovinz Lunda zentralisiert praktisch die Gesamtheit ihrer physischen Infrastruktur in ihrem südlichen Teil; der Norden - 320.000 E/ 103.000 qkm -, fast ausschließlich Konzessionsgebiet der DIAMANG (27), bleibt der Diamantenförderung, seine Versorgungseinrichtungen dem Personal dieses bislang größten Arbeitgebers des Landes vorbehalten. Ohne sozialen Unterbau und ohne nennenswerte eigene Nahrungsmittelproduktion - riesige, für die Diamantenprospektion vorgehaltene Areale lassen nur eine äußerst limitierte Subsistenzökonomie zu - bleiben auch nach der Unabhängigkeit fast 94% der Bevölkerung abhängig von der Versorgung aus Luanda und einigen angrenzenden Provinzen. Administrative Provinzteilung und der Bau eines neuen, mit bislang fehlenden Versorgungseinrichtungen für die Bevölkerung ausgestatteten Oberzentrums im unterurbanisierten Lunda-Nord sollen zu einer Reduzierung und Umlenkung der auf die Verdichtungsräume im Westen gerichteten Migrationsbewegung beitragen und

langfristig eine Überwindung des Entwicklungsrückstandes einleiten. Die Bauarbeiten am (provisorischen) ersten Siedlungskern mit 700 Wohnhäusern für 2.500 Bewohner, öffentlichen und sozialen Einrichtungen - von hier aus erst soll der spätere Bau der definitiven Provinzhauptstadt für max. 50.000 Einwohner gesteuert werden - geraten jedoch nach 3 Jahren ins Stocken: anstelle (des Versuchs) eines eigenständigen Ansatzes unter weitgehender Nutzung lokaler (billiger) Ressourcen, gab man einer technisch ambitionierten Baulösung unter Verwendung importierter (teurer) Fertigteile-Technologie den Vorzug. So wurden vorgefertigte Bauelemente samt Gebäudeausbaukomponenten 1979 en bloc in Portugal gekauft und mußten über eine Entfernung von 1600 km(!) vom Hafen in Luanda nach Lukapa transportiert werden, ohne daß dort die Bauarbeiten am städtischen Infrastrukturnetz bereits abgeschlossen gewesen wären.

Real existierende, restriktive Rahmenbedingungen wie große Entfernungen in Verbindung mit verkehrstechnischen Problemen und Transportlimitationen, Verteilungs- und Versorgungsschwierigkeiten ganz allgemein, Mangel an qualifizierten Technikern und Facharbeitern, fehlender "Planungsunterbau" administrativer und prozeduraler Art mit daraus folgenden Koordinierungs- und Kooperationsdefiziten zwischen den beteiligten 7 Ministerien, sowie noch unentwickelte Planungsinstrumente zur Prozeßsteuerung und -kontrolle führen so (vorläufig) zum Scheitern eines Kontroversen auslösenden Konzepts, das eben diesen Verhältnissen nicht angepaßt war.

Das Beispiel Lukapa weist in sehr spezifischer Weise auf eine irrationale Komponente der angolanischen Planungs- und Baupolitik seit 1975, das "Angola é grande" (Angola ist groß)-Syndrom, dessen Sucht nach dem großen Maßstab neben überwiegend progressiven, sachlichen, da angepaßten Lösungen immer wieder zu enormen Investitionen in "weiße Elefanten" führt, wie jüngere Planungen für die "Cidade Desportiva" (Sportstadt) und die Bauarbeiten am "Platz der Revolution" in Luanda zeigen. Ob es sich hierbei um die anscheinend unerläßlichen Insignien sich neu konstituierenden Selbstbewußtseins eines noch jungen, unabhängig gewordenen Staates handelt, oder ob sich darin das übersteigerte Repräsentationsbedürfnis einer noch nicht konsolidierten Staatsmacht äußert, "...noch behaftet mit den Muttermalen der alten Gesellschaft" (MEW 19, S.20), mag von sekundärer Bedeutung sein angesichts einer Situation, die spürbar gekennzeichnet ist von ökonomischen Schwierigkeiten, Notlage und einem fortbestehenden Zermürbungskrieg der in- und ausländischen Gegner des Gesellschaftsprojekts der MPLA-PT. Wenn diese auch zu schwach sind, die Kontrolle des ganzen Landes zu übernehmen, so gelingt es ihnen doch, die Kosten der Revolution immer höher zu schrauben. Zugleich mehrten sich die aufgrund des Krieges und der tiefgreifenden, mit dem revolutionären Prozeß verbundenen ökonomischen und sozialen Veränderungen entstandenen Krisenerscheinungen, treten bei wachsender Knappheit Widersprüche deutlicher hervor, mit denen die Revolution von Beginn an hat leben müssen.

"A Luta Continua, a Vitória é Certa" (Der Kampf geht weiter, der Sieg ist gewiß), der bekannte Slogan der MPLA seit den Tagen des bewaffneten Befreiungskampfs, lautet er deswegen heute beim Volk, auf den Straßen und Plätzen, in den Dörfern und Städten des Landes: "Der Sieg geht weiter, der Kampf ist gewiß", bei einem Volk, von dem Lúcio Lara (28) meint: "Der Prozeß ist dialektisch: Das angolische Volk ist sich bewußt, daß die Alternative zur MPLA Kolonialismus heißt"?

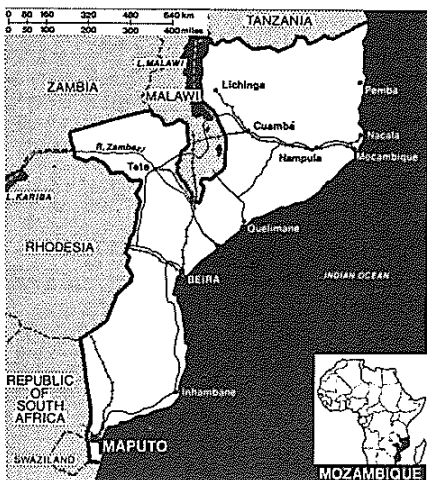


ANMERKUNGEN:

- (1) Tag der Unabhängigkeit
- (2) MPLA: Volksbewegung für die Befreiung Angolas
FNLA: Nationale Front für die Befreiung Angolas
UNITA: Nationale Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas.
- (3) Der kolumbianische Schriftsteller Gabriel García Márquez beziffert nach seinem Angola-Besuch 1976 die materiellen Verluste u.a. auf 28.000 LKWs (i.e. mehr als 80% des gesamten Fuhrparks), 3.000 PKWs, 144 Brücken, 1.531 Mio. Rinder (vgl. Márquez, G.G., Una nación entera en escuela primaria, in: Alternativa Nr. 116, Bogotá Mai 1977, S. 16-22, hier: S. 18f.).
- (4) Vgl. Neto, A., O trabalho é a base de toda a construção socialista. Rede gehalten während der Manifestation vor dem Volkspalast am 17.7.1976, Jornal de Angola, Luanda 18.7.1976.
Stand: August 1981.
- (5) Vgl. Conchiglia, A., Die Brücke kubanischer Freundschaft, in: Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 2, Bonn Februar 1978, S. 9/10, hier: S. 10.
- (6) Jornal de Angola, Luanda 11.11.1976.
- (7) Vgl. Decke, B., Angola, in: Ripken, P. (Hrsg.) Südliches Afrika. Geschichte, Befreiungskampf und politische Zukunft, Berlin 1978, S. 43-82, hier: S. 74.
- (8) Vgl. Márquez, G.G., a.a.O., S. 20.
- (9) Vgl. Resende de Oliveira, M., Minister für öffentliche Arbeiten, Wohnungsbau und Transportwesen, in: Marchés Tropicaux Nr. 1611, 24.9.1976, S. 2476.
- (10) Vgl. Conchiglia, A., a.a.O., S. 9.
- (11) Ministério da Construção e Habitação, R.P.A. (Hrsg.) Auto Construção, Luanda 1978, S. 11.
- (12) Ebd., S. 10.
- (13) Gruppe um den ehemaligen Innenminister Nito Alves, der verbalradikal zu überstürzter Verstaatlichung aufrief und demagogisch den beschleunigten, verschärften Klassenkampf propagierte, wobei er sich Elemente des reaktiven Rassismus bediente.
- (14) Vgl. Schümer, M., Die Wirtschaft Angolas 1973-1976. Ansätze einer Entwicklungsstrategie der MPLA-Regierung, Hamburg 1977, S. 212.
- (15) Vgl. CIPRO, Plano Director da Cidade de Luanda. Proposta Técnica, Lisboa/Luanda 1981, Abs. 4.2.
- (16) Vgl. Ministério da Construção e Habitação / DNPF, Esquema Preliminar do Plano Director da Cidade de Luanda, Luanda 1979, S. 13.
- (17) Vgl. CIPRO, a.a.O., Abs. 4.6.1.
- (18) Ebd., Abs. 4.7.1, 4.9.1, 4.9.2.1.
- (19) Vgl. Decke, B., A Terra é Nossa. Koloniale Gesellschaft und Befreiungsbewegung in Angola, Bonn 1981, S. 87 ff.
- (20) Vgl. Schümer, M., a.a.O., S. 210.
- (21) Dieser Abschnitt stützt sich in Teilen auf einen unveröffentlichten Artikel von ALLAN CAIN, Development Workshop, mit dem Titel 'BUILDING PARTICIPATION IN ANGOLA', der vom Autor aus dem Englischen übertragen und gekürzt bzw. ergänzt wurde.
- (22) Vgl. Ministério da Construção e Habitação, R.P.A. (Hrsg.), Auto Construção, Luanda 1978, S. 6 f.
- (23) Ebd., S. 7 f.
- (24) Ebd., S. 20, Annex I.
- (25) Vgl. Bissio, B., A experiência do Poder Popular, in: Cadernos do Terceiro Mundo Nr. 61, Rio de Janeiro Dezember 1983, S. 63-68, hier: S. 67 f.
- (26) Companhia de Diamantes de Angola: Angolanische Diamantengesellschaft.
- (27) Organisations-Sekretär der MPLA-PT (Partei der Arbeit)

Barry Pinsky

"BAUEN AUF DIE EIGENE KRAFT"*
DIE MAXAQUENE WOHNGEBIETSVERBESSERUNG
IN MAPUTO/MOÇAMBIQUE(1)



HINTERGRUND:

Als Moçambique 1975 nach mehr als 10-jährigem Guerillakrieg, den die Befreiungsfront von Moçambique (FRELIMO) geführt hatte, von Portugal unabhängig wurde, waren 90% der Bevölkerung noch Subsistenzbauern, das durchschnittliche jährliche Familieneinkommen betrug DM 190.-, ein Drittel aller Kinder starb vor Erreichen des ersten Lebensjahres, und 90% der Erwachsenen waren Analphabeten. Die "Betonstädte" - moderne Stadtkerne mit Geschäftshochhäusern, Hotels und Apartmentblocks in den größeren Städten - waren umgeben von informellen Siedlungen, in denen 80% der Stadtbevölkerung wohnten. Mit der Aufhebung der restriktiven Pass-Regelungen der Kolonialzeit wuchsen infolge der Einwanderung vom Lande immer mehr Squattergebiete aus dem Boden. Der Zusammenbruch des ehemals von den Portugiesen kontrollierten Lebensmittelhandels und die erheblich verminderte Zahl der in südafrikanischen Firmen beschäftigten moçambiquanischen Arbeiter bewirkten weitere Zuwanderung und verschärfte die städtischen Probleme. Da die neue FRELIMO-Regierung erste Priorität auf die ländliche Entwicklung legte, um dadurch auch die Land-Stadt-Wanderung zu verringern, wurde erst im Jahre 1979 auf dem ersten Nationalen Treffen, auf dem Probleme von Städten und Nachbarschaften behandelt wurden, ein detailliertes Programm zur Lösung der städtischen Probleme entwickelt. Die dabei entwickelte Strategie der Rehabilitation fußte auf einem laufenden Pilotprojekt im Stadtviertel ("bairro") von Maxaquene in Maputo, am Rande der "Betonstadt".

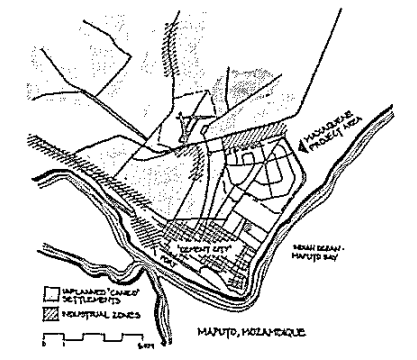
GESCHICHTE UND ZIELE DES PROJEKTES:

Die Nationalisierung von Grund und Boden, sowie des Mietwohnungsbestandes - bei gleichzeitiger Genehmigung für jede Familie, ein Haus zu besitzen -, setzte der grassierenden Boden- und Immobilienspekulation ein jähes Ende. Die neue Regierung richtete ein Amt zur Verwaltung des ver-

staatlichten Hausbesitzes ein. Mietpreisskalen wurden entsprechend den Einkommen festgelegt, und die in den elendesten Squatter-Siedlungen wohnenden Familien wurden in leerstehendem, verlassenen Wohnraum der "weißen Stadt" untergebracht. Im Mai 1977 wurde das Nationale Wohnungsbaudirektorat (DNH) gegründet und erhielt die Aufgabe, Wohnungsbauprogramme im ganzen Land zu entwickeln. Mit einem Technikerstab von 20 Personen, davon nur 3 Moçambiquanern, war es unerlässlich, mittels einer breiteren Streuung der vorhandenen Mittel, als dies Selbsthilfeprogramme üblicherweise erlauben, Lösungen zur Unterstützung möglichst vieler Menschen zu finden. Offensichtlich bauten viele illegale Siedler dauerhafte Häuser, ohne die Aufforderung der Regierung zu beachten, damit bis zur Aufstellung von Bebauungsplänen zu warten und so unnötigen Abriß zu vermeiden. Im Juni 1977 startete das DNH ein Pilotprojekt zur Verbesserung einer Squatter-Siedlung als möglichen Lösungsansatz der bestehenden Schwierigkeiten. Zu diesem Zweck wurde das Quartier von Maxaquene ausgewählt. Um die Durchführbarkeit des Verbesserungsprozesses erproben zu können, wurden schrittweise folgende Ziele aufgestellt:

- 1.) Verwirklichung eines städtebaulichen Plans, der Raum für Wohnen, Infrastruktur und kommunale Einrichtungen ausweist.
- 2.) Bereitstellung grundlegender technischer Infrastruktur (Strassen, öffentl. Wasserzapfstellen, Elektrizität, Straßenbeleuchtung etc.).
- 3.) Bau kommunaler Einrichtungen (Schulen, Kinderfürsorge, Gesundheitszentren etc.).
- 4.) Unterstützung beim Selbsthilfe-Hausbau.

Eine weitere entscheidende Aufgabe war es, Methoden der Zusammenarbeit mit der Bewohnerschaft zu entwickeln, welche den politischen Organisationsprozeß des Viertels ergänzten. Gleichzeitig wurde zwischen dem Ministerium für öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), mit dem United Nations Centre for Human Settlements (Habitat) als ausführender UN-Agentur, ein Kooperationsvertrag für die Lösung der Wohnungsprobleme geschlossen.



Im Frühjahr 1977 erwies sich das erste "Sites and Services"-Projekt mit 1000 Grundstücken als sehr erfolgreich bei der Umsiedlung von 500 durch Überschwemmungen obdachlos gewordenen Familien. Parallel dazu wur-

de ein Selbsthilfe - Wohnungsbauprojekt in Machava, einem Industrievorort von Maputo, mit 200 in Baugeossenschaftsgruppen organisierten Familien begonnen, das sich jedoch infolge Baustoffknappheit und mangelnder sonstiger technischer Hilfsmittel als sehr kostspielig erwies.



Die "Betonstadt" mit 125.000 Einwohnern war für die Kolonialherren gebaut worden.

DAS VIERTEL VON MAXAQUENE:

Maxaquene hat eine Bevölkerung von über 45.000 Einwohnern, die in 17 politischen "Zellen" mit jeweils 2000 - 5000 E. unterteilt sind. Deren kollektive Aktivitäten werden von einer Gruppe von Freiwilligen, der "Grupo Dinamizador" (GD= einer Dynamisierungsgruppe) unterstützt. Die GDs wurden schon sehr früh während des Unabhängigkeitskampfes gebildet, um die extreme portugiesische Reaktion in Moçambique zu bekämpfen. Mutig begegneten diese Freiwilligen den Gefahren, Mißhandlungen und selbst Attentatsversuchen, und ihnen kommt ein großer Verdienst an der politischen und organisatorischen Arbeit in den Städten zu. Nach Diskussionen mit der Quartiers-Dynamisierungsgruppe wurden vier Zellen auf 60 ha mit einer Gesamtbevölkerung von ca. 10 000 Personen für planerische Eingriffe ausgewählt. Jede Zelle ernannte Mitglieder für eine Planungs-Kommission, die sich regelmäßig mit der DNH-Projektgruppe traf und von Anbeginn die Aufstellung einer Sozialerhebung zur Erlangung von Planungsdaten unterstützte:

- Die Haushaltsgröße ist mit 4,3 Pers. relativ klein, da viele Bewohner noch Angehörige auf dem Lande haben; 13% der Haushalte bestehen aus Einzelpersonen; das Übergewicht von Männern zu Frauen (120:100) läßt vermuten, daß es sich um Arbeitssuchende oder Arbeiter handelt, deren Familien noch nicht in die Stadt gezogen sind.
- Das durchschnittliche Monatseinkommen pro Haushalt beträgt etwa DM 190.-, aber 43% verdienen weniger als DM 140.-, was als erforderliches Minimaleinkommen erachtet wird.
- 10-20% der Arbeiterschaft sind arbeitslos. Von den übrigen arbeiten 27% in Staatsbetrieben, 10-15% in Industrie und Handel, 10% als Hausangestellte, 20-30% sind selbständige Kleinhandwerker.

- Der Alphabetisierungsgrad ist mit 40-50% viel höher als im ganzen Lande und hat sicherlich die Freiwilligenbeteiligung an der Quartierverbesserung erleichtert.

Diskussionen mit der Planungskommission und den Bewohnern führten zu folgenden Prioritäten:

1. Wasser: Bei nur 4 öffentlichen Zapfstellen und 6 Wasserstellen, die privaten Wasserverkäufern gehörten, wurde die Bereitstellung einer leistungsfähigen Wasserversorgung als essentiell für die Lösung der Gesundheitsprobleme und zur Verringerung der Zeit- und Energieverluste beim Wasserholen erachtet.
2. Zufahrtsmöglichkeiten für Busse, Feuerwehr und Krankenwagen: Das Fehlen von Straßen und einfachen Hausanschriften vergrößerte das Problem der Zugänglichkeit.
3. Wohnungsbaumaterialien: 80% des Wohnungsbaus ist aus Holz und einem Rohrgeflecht aus Ried erstellt (= "Canico"). Die Leichtigkeit und Mobilität dieser Bauweise waren wesentlich zu einer Zeit, in der die Bevölkerung gezwungen war, nach kurzer Benachrichtigung wegen Fäulnis und Insekten umzuziehen; ihr Mangel an Widerstandsfähigkeit wird heute jedoch als nachteilig erkannt. 10% der Wohnungen bestehen aus Wellblech, das in der heißen wie in der kühleren Jahreszeit sehr unbehaglich ist. Die übrigen Häuser aus Betonblöcken oder Ziegeln haben den Standard, den die Bewohnermehrheit zwar anstrebt, aber sich nicht leisten kann.
4. Sanitäreinrichtungen: Gruben-Toiletten, von Hand aus dem sandigen Boden ausgehoben, stürzen leicht ein. Daher sind neue Materialien und Bauweisen erforderlich.

Vor Arbeitsbeginn wurde mit den Bewohnern, die enthusiastisch das Verbesserungsprojekt unterstützten, eine Versammlung durchgeführt. Man kam überein, diejenigen Häuser, die den Straßen oder neuen Dienstleistungseinrichtungen im Wege standen, ohne Entschädigungszahlungen abzureißen. Der Bau dauerhafter Wohnhäuser könnte nach der Fertigstellung der Straßen begonnen werden, und ein Wasserversorgungsprojekt werde so bald wie möglich durchgeführt, wobei die monatliche Wassergebühr aller in der gesamten Stadt gezahlten Gebühren von ca. DM 1,90 entsprechen würde.

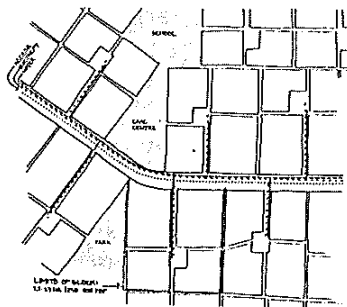
STÄDTISCHES PLANUNGSKONZEPT:

Der Gebietsflächenplan ist um 12-18 m breite "Service"-Korridore herum organisiert, welche möglichst den bestehenden Straßen folgen. Ein 6 m breiter befestigter Straßenstreifen ermöglicht u.a. die Zufahrt für Ambulanzen, Busse, Müllabfuhr und Feuerwehr.

Hauptwasserleitungen, Strassenbeleuchtung, Elektrizität, Entwässerung und Gehwege nehmen den verbleibenden Straßenraum ein.

Eine Reihe von Blocks mit jeweils 60-80 Familien wurden zu beiden Seiten dieser Korridore angelegt. Jeder Block ist zentriert um einen kleinen Platz (20x25m), der mit der Hauptstraße durch einen 6m breiten Weg verbunden ist. Das System der 3m breiten

Fußwege, welche die Blockgrenzen definieren, mußte anfänglich flexibel angewandt werden, um sich bestehenden Wohnungsklustern anzupassen und um Zerstörung oder Verlust von Bäumen zu minimieren. Eine Zapfstelle mit vier Auslaufventilen wurde auf jedem Platz installiert (d.h. ein Wasserhahn für 15-20 Familien) und befindet sich innerhalb einer Maximaldistanz von 75m zur Wohnung. Jeder Platz wird eine Beleuchtung für Aktivitäten im Freien erhalten. Wasser- und Elektrizitätsleitungen sind für zukünftige Hausanschlüsse ausgelegt, sobald Material und Finanzierung verfügbar sind. Die Blocks wurden nummeriert, und die Anwohner benannten Namen für die neuen Strassen. Für eine zukünftige Grundschule, einen Park, einen Kinderhort und ein Nachbarschaftszentrum wurden Flächen ausgewiesen. Ein Kleinindustriegebiet wurde zur Förderung von nachbarschaftlichen Produktionskooperativen eingerichtet.



Das Stadtplanungskonzept für das Maxaquene - Projekt. Eine Reihe von Blöcken wurde auf beiden Seiten eines "Service"-Korridors ausgewiesen. Wasserzapfstellen und Strassenbeleuchtung sind im Mittelpunkt eines jeden Blocks angeordnet. Für Gemeinschaftseinrichtungen wurden Flächen vorgehalten.

DURCHFÜHRUNG/MOBILISIERUNG:

Das Planungskonzept wurde diskutiert und im Prinzip von der Planungskommission akzeptiert. Deren Mitglieder unterstützten danach das Abstecken des Projektgebietes mit recht simplen Mitteln - Leitern, Bandmaßen, Meßblättern, Winkelprisma und kleinen "Walkie-Talkies". Die Mitglieder der Planungskommission - wie öfters auch die GDs - waren verantwortlich für die Umsiedlung der Familien, die im Bereich größerer Strassen und "Service"-Flächen wohnten. In Zusammenarbeit mit DNH-Teams gelang es ihnen, ungenutzte Flächen in Siedlungsparzellen zu gliedern und sehr große Grundstücke mit großer Umsicht aufzuteilen, um mehrere Familien darauf unterzubringen. Bemühungen des DNH - Teams, Wege zur Rettung bestehender Häuser zu finden, wurden von den Bewohnern nicht gutgeheißen. Diejenigen Familien, welche die Planung für das Gebiet abgewartet hatten, empfanden wenig Sympathie für den Teil der Bewohner, der davor bereits seine Beton- oder Ziegelhäuser gebaut hatte. Den Mitgliedern der Planungskommission wurde sogar vorgeworfen, Bestechungsgelder angenommen zu haben, um daraufhin das DNH-Team zu beeinflussen. Dies wies auf einen gewissen Vertrauensmangel gegenüber den

lokalen "Verantwortlichen" hin, was jedoch mit Entschlußkraft gelöst wurde, als bei einigen von ihnen der Auszug aus ihren Häusern anstand.

Die Bewohner wünschten im übrigen geradlinige Straßen und parallel dazu ausgerichtete Häuser, ein Ansinnen, dem das DNH-Team nur zögernd zustimmte. Dieses Blockmuster, das vom Rechteckraster der "Beton-Stadt" übernommen war, galt als Zeichen "guter Organisation". Trotz dieses rigiden Ansatzes gab es nur etwa ein halbes Dutzend Beschwerden von Seiten der umgesetzten Familien. Auf öffentlichen Versammlungen wurden diese von den GDs schnell geregelt.

Der Anfangserfolg führte zu der Entscheidung, das Pilotprojekt auf eine Gesamtfläche von 300 ha mit 36.000 Einwohnern auszudehnen. (Zur gleichen Zeit wurde ein flexibler Ansatz in einem zweiten Projektgebiet mit größerer Dichte und umfangreicherem Baubestand diskutiert, wobei versucht wurde, zu einem noch früheren Zeitpunkt des Siedlungsverbesserungsprojektes eine Vertrauensbasis zwischen den Nachbarschaften und ihren Sprechern herzustellen).

PARZELLIERUNG UND BLOCK-KOMITEES:

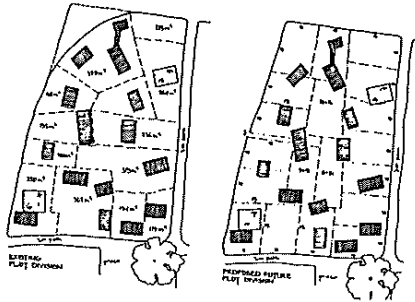
Nach dem Abstecken der Straßen und der Umsetzung von Häusern erschloß ein Bulldozer die "Service"-Korridore und die nun geradlinig verlaufenden Wege. Dies markierte das Ende der ersten Projektphase, und es diente auch dazu, aufgegebene Latrinen und Abfallgruben zu verfüllen. Danach beschloß die Planungskommission, mehr Betroffene durch Bildung von Block-Komitees an dem Gebietsanierungsprozeß zu beteiligen. Auf den von den GDs organisierten Treffen wählten die Bewohner eines jeden Blocks 4-6 Sprecher in ihr Blockkomitee. Frauen und Männer waren generell gleich stark repräsentiert, was sich als wichtiger Ausgangspunkt einer Frauenbeteiligung am Leben des Quartiers erwies.

Eines der ersten Probleme, mit dem die neuen Komitees und das DNH-Team konfrontiert wurden, war das wachsende Verlangen, den Block in klar definierte Parzellen zu unterteilen. Anfänglich widersetzte sich das DNH dieser Idee, da seine technischen Ressourcen, speziell hinsichtlich seiner Vermessungstechniker, extrem begrenzt waren. Es befürchtete auch, daß Parzellierungen unnötigen Abriß von Häusern herbeiführen würde, und bestimmte sozio-kulturelle Werte dieser Hausgruppierungen zerstört würden. Bei minimaler Hilfe durch das DNH-Team gelang es einem der Block-Komitees in Zusammenarbeit mit den Bewohnern, seinen Block in annähernd gleich große Grundstücke aufzuteilen, worauf beschlossen wurde, die Parzellierung von den Bewohnern selbst ohne größere technische Hilfe durchführen zu lassen.

Für diesen Prozeß entwickelten das DNH-Team und die Planungskommission einige Leitfäden: Parzellierung ist nicht obligatorisch; große Bäume und dauerhafte, stabile Häuser sind zu erhalten; jedes Haus muß über einen Fußgängerweg erschlossen sein; Häuser brauchen nicht noch innerhalb der neuen Grundstücksgrenzen versetzt zu werden, solange eine Familie nicht den Bau eines neuen oder stabileren

Hauses wünscht.

Ein einfaches Bilder-Handbuch wurde verfasst, und bei den Treffen der Planungskommission wurde ein Modell zur Illustration dieses Prozesses benutzt. Die Begeisterung, mit der die Teilnehmer dieser Treffen die kleinen, hölzernen Häuser und Pappe-Zäune bewegten, machte man im ganzen Quartier nach, und bald schon waren 90% der Blöcke nach dieser Selbsthilfemethode parzelliert. Erfahrenere Block-Komitees unterstützten hin und wieder diejenigen mit weniger geometrisch zugeschnittenen Flächen, und das DNH wurde nur eingeschaltet, wenn die bestehenden Arrangements sehr dicht oder kompliziert waren.



Der zukünftige Parzellierungsplan bringt alle Grundstücke auf die gleiche Größe und ermöglicht noch fünf zusätzliche Parzellen. Die zwei Häuser aus Zementsteinen werden erhalten, und keine Familien müssen umziehen, bevor sie nicht zum Bau neuer Häuser bereit sind.

Die Block-Komitees organisierten darüberhinaus viele weitere Aktivitäten. Eine Familienzählung in jedem Block wurde durchgeführt, sowie die Anzahl leerer, für die Besiedlung durch Familien mit niedrigen Einkommen verfügbarer Grundstücke ermittelt. Die meisten Wohngebetsblöcke hielten wöchentliche Treffen ab und organisierten Reinigungskampagnen der Gemeinschaftsflächen. Die Bewohner halfen Gräben auszuheben und Wasserzapfstellen für die neuen Wasseranschlüsse zu bauen.

Das DNH-Team baute in Zusammenarbeit mit einem Block-Komitee Sitzmöglichkeiten, eine Tanzplattform und eine kleine Spielfläche auf der "praça", dem Platz in der Mitte jedes Blocks. Obst und Schatten spendende Bäume wurden gepflanzt. Diese Ideen fanden Anklang in vielen anderen Blöcken.

Die Blöcke wurden auch an anderen als nur den Wohnungsbau-Aktivitäten beteiligt - wie der Organisation von Kulturveranstaltungen und der Unterstützung für die nationale Impfkampagne. Dieser sehr erfolgreiche Nebeneffekt des Siedlungsverbesserungsprojektes wird heute in allen Wohnquartieren des Landes aufgegriffen.

An anderen Aktivitäten wurden vorgeschlagen: die Amnietung von Werkzeugen für den Bau; die Entwicklung von Typen-Grundrissen und Musterhäusern; Kurse und Vorführungen für in Selbsthilfe Bauende; Herstellung von Baumaterial und die Organisation von Bau- und Bauhandwerksgenossenschaften. Ein kritischer Punkt, der nur in Verbindung von genossenschaftlicher

Nachbarschaftsaktion und Regierungsunterstützung gelöst werden kann, ist die Organisation der Baumaterialversorgung.

Das Wohnungsbau-Förderungsprogramm kann mit einem einfachen Baugenehmigungsverfahren, welches gerade entwickelt wird, kombiniert werden. Zum Bau eines stabilen Hauses muß eine Familie die Genehmigung des Block-Komitees einholen, welches hilft, ein Grundstück mit richtigem Format auszuweisen. Die Familie wendet sich dann an das DNH - Personal im Bauhof, um eine Geländeinspektion zu veranlassen, während der die genaue Grundstücksgröße festgelegt wird, und die Vorschläge für den Entwurf des Hauses präsentiert werden.

Es ist zu erwarten, daß dieses System mit der Entwicklung weiterer Fähigkeiten der Gemeinschaft zukünftig auch lokal verwaltet werden kann, und der Bauhof durch seine (Be-)Nutzer geführt wird.

Das "ein-einziges - Blatt" - Genehmigungsverfahren kann auch die Grundlage für ein zukünftiges System zur Registrierung von Belegungs- und Nutzungsrechten der Grundstücke sein. Es steht in scharfem Gegensatz zum schwerfälligen Verfahren der Kolonialzeit, das Baugenehmigungen zwischen 7 und 10 Jahren verzögerte.



Die "Canico"-Gebiete beherbergen mehr als 500.000 Menschen.



80% der Häuser sind aus "Canico" gebaut. Dieses Ried-Material wird 18-20 km außerhalb der Stadt vorgefunden; seine kurze Lebensdauer macht es relativ teuer.

ARBEITSVERLAUF:

Im September 1979 war sowohl für das ursprüngliche Projektgebiet, wie auch für die Erweiterungszone die Implementierung der städtebaulichen Planung abgeschlossen. Die Wohnnutzung von 36.000 Einwohnern auf 300 ha früheren Squatter-Geländes war legalisiert worden. Über 100 Block-Komitees arbeiteten, und ca. 90% des Gebietes waren in Selbsthilfe parzelliert worden. Das erste Projektziel war damit erreicht, und man hatte viele Erkenntnisse über die Vor- und Nachteile von Nachbarschaftsbeteiligung gewonnen.

Der weniger zügige Fortschritt bei anderen Projektzielen liegt mehr an den generell sehr schwerwiegenden Entwicklungsproblemen Mozambiques, als am Mangel von Initiativen. So war beispielsweise Ende 1979 Wasser schon innerhalb von 29 Blocks des ursprünglichen Planungsgebietes vorhanden, aber die weitere Ausdehnung der Wasserversorgung in der Erweiterungszone erforderte neue 40 bis 50 m tiefe Brunnen, da das bestehende Wassersystem schon seine Kapazitätsgrenzen erreicht hatte. Diese Brunnen waren im Juli 1980 gebohrt, und es wurden die Anschlüsse verlegt.

Das Elektrifizierungsprojekt verlangsamte sich infolge Materialmangels, doch ist jetzt auch das ursprüngliche Projektgebiet angeschlossen, und zur Versorgung der Wasserpumpen in den neuen Gebieten wurden die Leitungsführungen verlängert. Eine neue Straße wurde befestigt, so daß eine zusätzliche Buslinie in das Quartierszentrum geführt werden kann. Eine neue Gebietskarte mit Namen und Nummern eines jeden Blocks wurde an den städtischen Unfalldienst, die Feuerwehr, Polizei und Postdienststellen verteilt. Neue, öffentliche Telefonzellen und ein in einer renovierten Kantine untergebrachtes Postamt fördern und verstärken die Integration des Quartiers in das städtische Leben. Der Bau der Gemeinschaftseinrichtungen schreitet langsam voran, da mehr Gewicht auf die stark benachteiligten ländlichen Gebiete gelegt wird. Immerhin wurden schon zwei bestehende Häuser in Kinderkrippen umgewandelt, und für zukünftige Schulen, Gesundheitszentrum, Erholungszwecke und anderes wurden Flächen ausgewiesen.

GRUNDSTÜCKSGRÖSSEN / BAUKONTROLLE, INNOVATIONEN UND UNTERSTÜTZUNG:

Ausgedehnte Debatten waren erforderlich, um die Frage der Parzellierung zu lösen und sich auf eine Fläche von 160qm pro Familie zu einigen.

Damit die Nutzung dieses 10x16m großen Grundstückes demonstriert werden konnte, bebaute das DNH-Team ein Modellgelände mit einem "canico"-Haus, denn Knappheit und Engpässe an modernen Baumaterialien legten es nahe, mit verschiedenen Methoden an der verbesserten Nutzung traditioneller Baustoffe zu experimentieren. Das 4-Zimmer-Haus, bestehend aus zwei Teilen, die durch einen überdachten Aussenbereich verbunden waren, wurde von den Anwohnern, die das Mustergelände während einer Reihe von "Sonntagen der offenen Tür" besuchten, positiv aufgenommen. Eine Bohrlochlatrine (7m tief mit 20cm Durchmesser), ein Wasch-

raum mit Abfluß, Entwurfsvorschläge für Küchen und Waschgelegenheiten für Wäsche, sowie andere Neuerungen in der Wohnungsversorgung wurden zur Diskussion gestellt. Das Modellhaus stellte nur einen Teil eines beabsichtigten Unterstützungsprogrammes für Selbsthilfe-Erbauer dar, welches in einem Bauhof, der ebenfalls in einer renovierten Kantine untergebracht wurde, gipfelte. Mit der Eröffnung des Bauhofes schreitet die Arbeit an allen größeren Projektzielen voran. Die engagierte Beteiligung der Bewohner von Maxaquene kann als Gewähr dafür gelten, daß es nur eine Sache der Zeit sein wird, bis diese Ziele vollständig umgesetzt sind.

LERNEN DURCH ERFAHRUNG:

Anfang 1979 besuchte eine Ministerialkommission das Maxaquene-Quartier, um das erste Nationale Treffen über Städte und Nachbarschaften vorzubereiten. Mit deutlichem Bezug auf die Erfahrungen von Maxaquene nahmen die 200 Delegierten dieses Treffens, die Nachbarschaften, Stadtversammlungen und Regierungsabteilungen repräsentierten, eine Resolution zur Rehabilitierung informeller Siedlungen als Bestandteil der nationalen Wohnungspolitik an. Die Durchführung dieser Resolution wird eine umfassendere Erforschung der in Maxaquene erprobten Methode des "Bauens auf die eigene Kraft" nötig machen. Zwischen Maxaquene und anderen Quartieren hat inzwischen ein Erfahrungsaustausch begonnen, der begleitet wird von gegenseitigen Besuchen der Bewohnerschaften von "Blöcken" und "Zellen", welche bei der Verbreitung von neuen Ideen wie der der Selbsthilfe - Parzellierung halfen.

Mit nur 25 Architekten und Planern im Lande, von denen 6 Moçambiquaner sind, war Personaltraining von Anfang an ein wichtiger Bestandteil des Projektes.

Zusätzlich führten die Maxaquene-Bewohner viele Aufgaben selbst aus und erwarben so eigene Fähigkeiten, wovon die politische Bildung, die Organisation und Mobilisierung die wichtigsten sind. Ein Ergebnis dieser Erfahrungen sind zwei freiwillige Helfer, die für Arbeit in einem anderen Stadtquartier gewonnen wurden, und es kann erwartet werden, daß die neue Stadtverwaltung zu einem großen Teil auf Projektgebietsbewohner zurückgreifen wird, damit diese in den Planungskomitees partizipieren.

Darüberhinaus wurde versucht, Radiostationen, Zeitungen und Wochenmagazine zur Verbreitung der Projekterfahrung zu benutzen. Rohfassungen einer Ton-Dia-Schau und ein detaillierter Projektbericht wurden vorbereitet.

Während der vergangenen zwei Jahre wurden die DNH-Treffen mit den Dynamisierungsgruppen, der Planungskommission, sowie den Bewohnern selbst dazu genutzt, den Rehabilitierungsprozess zu studieren und zu modifizieren. Wichtige Änderungen gegenüber ursprünglichen Auffassungen waren das Ergebnis, und selbstverständlich bestehen weiterhin Zweifel und Unsicherheit, die letztlich nur in der Praxis

PROJEKTKOSTEN UND FINANZIERUNG:

Die folgenden Daten beziehen sich auf das ursprüngliche Projektgebiet von 60 ha und 10.000 Bewohnern. Die Wohnungskosten schließen nicht die Kosten des Wiederaufbaues aller Häuser in der Nachbarschaft ein; sie sollen lediglich in etwa den Kostenumfang eines bescheidenen Selbsthilfe-Unterstützungsprogrammes aufzeigen.

Rechnungsposten:	Kosten bei 1-2 Jahren in DM	Kosten bei 3-5 Jahren in DM
-Basis - Infrastruktur (ohne Kanalisation)	268.800	240.000
-Soziale Einrichtungen (Schulen, Kindergärten etc.)		1344.000
-Handels- u. kommerzielle Einrichtungen		155.520
-Grünflächen, Parks		26.880
-Selbsthilfe-Wohnungsbau- Unterstützung	46.656	13.440
-Wohnwertverlust durch Hausumsetzung	76.416	
-Personalstab, Ausrüstung, Material	181.440	38.400
Summe	573.312	1818.240
+ Kosten / Familie	259	826
+ Kosten / Person	58	182
+ Kosten / ha	9.600	30.336
+ Veränderungskosten / Familie	173	

Die Regierung von Moçambique stellte den Hauptteil der Finanzierung bereit, obgleich die Kapitalkosten für Wasser- und Elektrizitätsprojekte möglicherweise mittels Nutzergebühren wieder zurückfließen sollen. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) stellte schwere Maschinen, Fahrzeuge, Werkzeug und einen Architekten für den Planungsstab zur Verfügung. UNICEF unterstützt in den neuen Projektgebieten die Brunnen- und Schachtbohrungen.

erprobt werden können. So beginnt sich das Gebiet augenblicklich auf einer relativ niedrigen Bewohnerdichte zu konsolidieren. - Es bleibt die Frage, ob diese zu niedrig sein wird, und damit reziprok die resultierenden Infrastrukturkosten zu hoch liegen?

Welche Alternativen sind möglich?

Städtische Planungs- und Entwurfsnormen befinden sich erst in der Frühphase ihrer Entwicklung, andere Wege zur Verbreitung des Wissens ausländischer Experten im Bereich der praktischen Berufsausbildung müssen gefunden werden.

Dennoch ist ein beeindruckender erster Schritt getan, und es kann sicherlich gesagt werden, daß die Bewohner von Maxaquene dabei sind, sich für ein neues Leben selbst zu organisieren, und auch dabei sind, bei dessen Gestaltung erfolgreich zu sein.

ANMERKUNGEN:

(*) eine von Präsident Samora Machel ausgegebene politische Parole.

(1) engl. Fassung dieses Beitrages: "Counting on our own forces": The Maxaquene Upgrading Project, Moçambique, in: Habitat News, Vol. 2, No 3, Nairobi Nov. 1980, S. 9-12. Übersetzung von Otto Greger und Florian Steinberg.

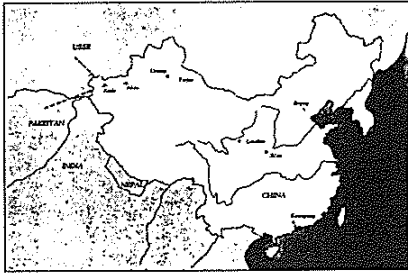
Der Autor Barry Pinsky, ein Architekt/Planer aus Toronto, war 1977-1979 beim Nationalen Wohnungsbau-Direktorat, Maputo, beschäftigt.

Photos: DNH, B. Pinsky, I. Saevfors, E. Westmoreland-Saevfors.

MOZAMBIQUE

► Seit 4 Jahren ist in Tete kein richtiger Regen mehr gefallen - es gibt nichts mehr zu essen - es herrscht Hunger. Tete ist eine Provinz im nordwestlichen Mozambique. 1980 lebten dort noch mehr als 800.000 Einwohner. Inzwischen ist aber schon jeder dritte in die Städte oder nach Zimbabwe geflüchtet. Doch auch dort ist Hilfe kaum zu erhalten - denn es gibt zu wenig Lebensmittel. Die Aktivitäten der von Südafrika unterstützten Rebellenbewegung RNM (Resistência Nacional de Moçambique) haben die Situation in Tete noch verschlimmert. Sie erschweren den Transport von Nahrungsmitteln aus anderen von der Dürre weniger betroffenen Provinzen nach Tete. Der Weltfriedensdienst und die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt unterstützen in Mozambique Projekte, die langfristig die Nahrungsmittelversorgung verbessern sollen. Doch jetzt gilt es, zu verhindern, daß noch mehr Menschen verhungern. WFD und ASW haben daher beschlossen gemeinsam mit anderen Organisationen die Flüchtlinge mit Nahrungsmitteln zu versorgen.
FÜR DIESE HILFSAKTION ERBITTEN WIR SPENDEN UNTER DEM STICHWORT TETE/MOZAMBIQUE
 Weltfriedensdienst e.V. Konten: Bank für Gemeinwirtschaft nr. 1600 1945 00, BLZ: 100 101 11
 Postscheckamt Bin-W: nr. 27 18 18-106
 Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. Konten: Bank für Gemeinwirtschaft nr. 1600 2208 00, BLZ: 100 101 11
 Postscheckamt Bin-W: nr. 4006-104.
 Weitere Informationen bei beiden Organisationen: ASW und WFD, Friedrichstr. 236, 1000 Berlin
 61

WOHNUNGSBAU UND STADTENTWICKLUNG IN DER VOLKSREPUBLIC CHINA



Die Auseinandersetzung mit den Erfolgen und Mißerfolgen, die das Schwellenland China mit seinen Wohnungsbauproblemen hat, muß in vielerlei Hinsicht an der Oberfläche bleiben. Das Gebiet allein das kontinentale Ausmaß dieses Landes, das 9,8 Millionen qkm umfaßt und inzwischen die Bevölkerungsmarke von 1 Milliarde überschritten hat.

Allein im ländlichen Bereich gibt es eine Fülle von Baustilen, die einmal durch die über 50 verschiedenen ethnischen Minderheiten zu erklären sind. Auf der anderen Seite ergeben sich zwangsläufig aber auch durch die krassen Klimaunterschiede die unterschiedlichsten Bauformen. Vom kontinentalen Klima im Norden mit einem bald siebenmonatigen Winter bis zu den subtropischen Gebieten gibt es in all diesen Klimazonen angepaßte ländliche Bauformen mit chinesischen Stilmerkmalen.

Das seit 1949 sozialistische China begann die Umstrukturierung des primär agrarisch ausgerichteten Landes recht vorsichtig. Erste Enteignungen von Wohnhäusern erfolgten seit ca. 1952 und betrafen hauptsächlich vermögende Personen, die vom Staat aber eine Entschädigung erhielten. Erst 1960 war der gesamte städtische Wohnungsbestand vom Staat übernommen worden.

Im Gegensatz dazu blieben die Wohnungsbauten auf dem Lande im Privatbesitz der Bauern. Es gab zwar Bestrebungen in den fünfziger Jahren und dann noch einmal während der "Kulturrevolution", die Wohnungsbauten auf dem Lande zu verstaatlichen; doch dies stieß auf sehr erheblichen Widerspruch bzw. Widerstand der Bevölkerung, sodaß diese Bestrebungen nur zu einigen Mustersiedlungen führten. Der städtische Wohnungsbau stellt sich dem Betrachter demgegenüber sehr viel homogener dar. Der Ausdruck eines europäischen Touristen, der in drei Wochen 10 chinesische Städte besucht hat, die chinesischen Städte sähen ja alle gleich aus, ist durchaus verständlich; fehlen doch in der chinesischen Stadt die dem europäischen Auge gewohnten zentralen Punkte, die als Markierungspunkte für eine Stadt gelten: es gibt keinen zentralen Marktplatz, keine alles überragende Kathedrale oder ein von außen sofort als ehemalige Residenz erkennbares Schloß. Alles verbirgt sich in China hinter straßenseitig nicht einsehbaren Mauern, kaum ein Gebäude ragt aus dem Dächermeer hervor.

STADTENTWICKLUNGSKONZEPTE

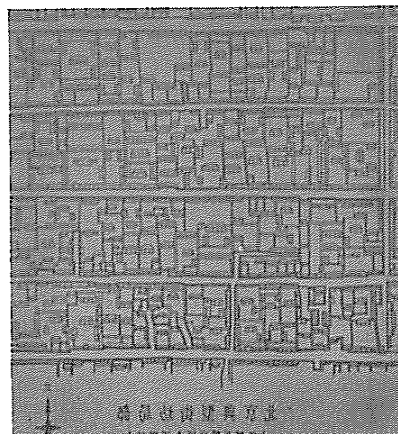
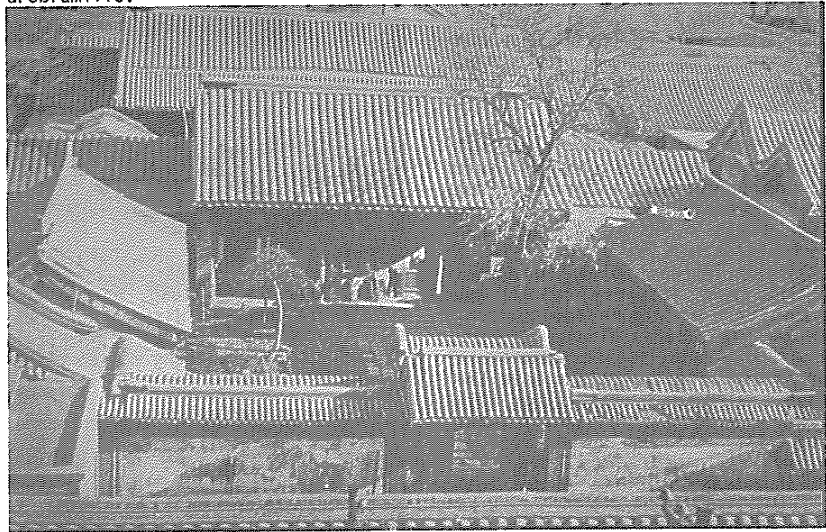
Die chinesischen Städte hatten weder in ihrer Baustruktur, noch in der politischen Entwicklung im letzten Jahrtausend große Veränderungen erlebt. Die feudale Herrschaft der Kaiser blieb zwar nicht unwidersprochen - es gab mehrere große Bauernaufstände -, aber die politische Grundstruktur der chinesischen Gesellschaft blieb unangetastet. Dementsprechend bestand auch keine Notwendigkeit, neue Repräsentationsgebäude für eine neue Herrschaftsschicht zu errichten.

Die Grundzüge der klassischen chinesischen Stadtplanung und Stadtstruktur bleiben unverändert: Axial angelegte Städte, von einer Stadtmauer umgeben. Auf der Nord-Süd-Achse befand sich - so es eine Kaiserstadt war - der Palast des Kaisers. Ansonsten bildete den zentralen Punkt der Stadt das Gebäude des Kaiserlichen Statthalters in der Stadt: das Yamen. Die Tempel der Buddhisten oder Konfuzianer waren ebenfalls axial gegliedert und hatten nicht die markanten Merkmale, die beispielsweise einen Sakralbau in Europa auszeichnen: kein pompöser Hallenbau, kein Kirchturm. Die Wohngebäude waren normalerweise eingeschossig - maximal zweigeschossig - und um einen Hof errichtet. Diese Hofhausbebauung - "Hutong" genannt - bildet einen eigenen Kosmos. Die Gebäude waren alle nach innen gerichtet und hermetisch zur Straße abgeriegelt. Ein Hofhaus beherbergte eine Großfamilie; je größer der Hof, desto zahlreicher war die Großfamilie.

Alle Gebäude verfügten über eine Walm-dachkonstruktion, die mit grauen Ziegeln gedeckt war. Die kaiserlichen Gebäude waren mit Keramikziegeln in gelber oder blauer Farbe gedeckt. In dieser, in groben Zügen geschilderten Form fanden die Europäer und Japaner die chinesischen Städte 1840 nach dem von den Engländern gewonnenen Opiumkrieg vor. Eines der Ergebnisse dieses Krieges war, daß die Chinesen gezwungen wurden, ihr lange dem Ausland gegenüber verschlossenes Reich zu öffnen. Weiterhin waren sie genötigt, in allen bedeutenden Küstenstädten Bezirke mit exterritorialem Status zuzulassen. In diesen Kolonialstädten setzten nun unter dem Einfluß der Ausländer große bauliche Veränderungen ein. Stadtteile mit europäischem Aussehen entstanden. Die Stadt Qingdao, die in der deutschen Kolonie lag, gleicht heute noch teilweise einer norddeutschen Kleinstadt. Exemplarisch ist natürlich der Einfluß der europäischen Architektur in Shanghai zu sehen.

Das Ende der letzten chinesischen Dynastie im Jahre 1911 brachte erste Versuche, auch in China ein demokratisches Gemeinwesen einzuführen. Doch der Umbruch des Riesenlandes von einem Feudalstaat zu einem Staat mit sozialistischer Verfassung riß das Land in einen fast 30-jährigen Bürgerkrieg. In dieser Zeit wurde kaum gebaut. Nur in den exterritorialen Gebieten der Kolonialstädte, die vom Bürgerkrieg weitgehend verschont blieben, entwickelten sich blühende Städte mit immer europäischerem Aussehen.

1949 erfolgte die nächste größere Zä-

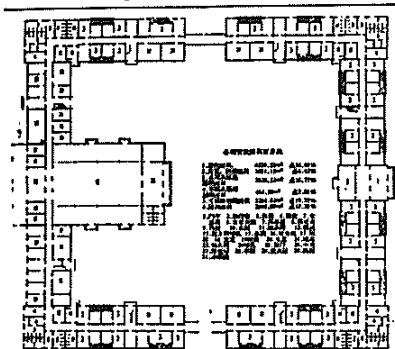


sur in der Entwicklung des Landes. Mit dem Sieg der Kommunisten über die Kuomintang verließen fast alle Ausländer die Küstenstädte. China war jetzt frei von jedem Fremdeinfluß, und die Kolonien verloren ihren exterritorialen Status.

Bis ca. 1952 beschränkte sich die Bautätigkeit in den Städten weitgehend auf Aufräumungs- und Reparaturarbeiten an den im Krieg beschädigten Gebäuden. Große bauliche Investitionen erfolgten kaum, da das Land durch den jahrzehntelangen Bürgerkrieg ökonomisch völlig geschwächt war, und alle Investitionsmaßnahmen erst einmal der Industrialisierung und der Nahrungsmittelversorgung dienten.

Großen Einfluß erhielten seit 1950 die sowjetischen Planer, die im Rah-

men großer Entwicklungsprojekte nach China kamen und in den fünfziger Jahren maßgeblich das Bauen mitbestimmten. Mit dem Beginn "des großen Sprungs nach vorn" (1956), der dem Land in allen Wirtschaftsbereichen eine große Produktionssteigerung beschaffen sollte, erfolgten nun auch größere Investitionen im Baubereich. - Als drei wesentliche theoretische und praktische Planungs- und Baumaßnahmen dieses Zeitabschnittes sind zu nennen: 1. Der Versuch, die Städte nach dem Kommuneprinzip umzuorganisieren. Nachdem auf dem Lande eine Verstaatlichung des Bodens erfolgt war, und auch Versuche gestartet wurden, das Privatleben zu sozialisieren (beispielsweise sollte das Essen ab sofort nur noch in Kantinen eingenommen werden), sollten auch die Städte nach dem Verwaltungsprinzip der Volkskommunen umgeändert werden.



Entwurf für die Städtische Volkskommune Hong-shen in Tientsin

2. Die zweite, wichtigere Maßnahme war der Bau von Trabanten- oder Satellitenstädten, die in ihrer Grundstruktur durchaus mit dem Bau der Trabantenstädte in der Bundesrepublik vergleichbar sind. Diese Trabantenstädte, die an der Peripherie der alten Stadtzentren errichtet wurden,



sollten als Entlastungstädte für die Stadtzentren dienen. In unmittelbarer Nähe der Wohnsiedlung entstanden Industriebetriebe, in denen die Bewohner ihre Arbeitsplätze erhielten. Oft waren die Stammbetriebe aus dem alten Stadtzentrum ausgelagert, da es dort keinen Platz für Erweiterungen gab. Die Bevölkerung zog dann mit dem Betrieb um. Die Satellitenstädte waren so konzipiert, daß für alle Bedürfnisse des täglichen Lebens Einrichtungen vorhanden waren. Folgendes stadtplanerisches Prinzip lag den

Planungen zugrunde: Wohnung und Arbeitsplatz sollten möglichst eng beieinander liegen, um den Weg zum Arbeitsplatz auf ein Minimum zu verkürzen. Bei den neuen Siedlungen ließ sich dieses bis heute noch gültige Prinzip beispielhaft durchführen, da Wohnungsvorgabe und Industriensiedlung in staatlicher Hand lagen.

3. Weiterhin begannen die Stadtplaner, die Zentren der Städte zu verändern. In allen größeren Provinzhauptstädten wurde ein größerer Platz geschaffen, auf dem zu den politischen Festtagen die Paraden der Bevölkerung abgenommen wurden. Um den Platz wurden große, verschwenderische Repräsentationsbauten in einem (mehr als zweifelhaften) Stil errichtet, der den Begriff "Nationaler Stil" bekam. In Peking wurden mindestens zehn dieser riesigen Bauten errichtet. Oft krönte ein typisches chinesisches Walmdach diese Museums- und Verwaltungsbauten, das dann etwas deplaciert wirkte.

Diese Bauten vermochten durchaus das Selbstbewußtsein der neuen Machthaber und der neuen Politik zu demonstrieren. Heute sind die Plätze meist verwaist und unbenutzt. Da es seit 1976 keine Demonstrationen mehr gibt stehen auf den Tribünen, wenn sie noch nicht abgerissen sind, häufig nur noch Blumentröge; sogar der Tiananmen-Platz in Peking ist heute die meiste Zeit leer und verwaist.



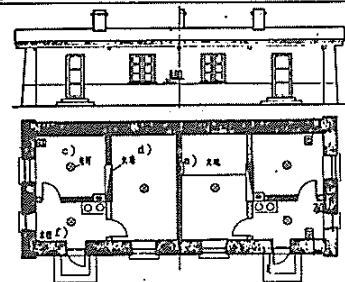
Die Kommuneplanungen für die Städte verschwanden sehr schnell wieder. Es gab zwar etliche Planungen für Kommunehäuser, doch über das Planungsstadium kamen diese nicht hinaus.

Ebenso erreichte der Bau der Satellitenstädte nicht das Ausmaß, das zu Beginn des "großen Sprungs" vorgesehen war. Der Bruch mit der Sowjetunion, der Abzug aller sowjetischen Experten (die auch sämtliche Planunterlagen mitnahmen), ein gewaltiges Chaos auf dem Lande durch die Einführung der Volkskommunen, sowie drei Mißernten (die durch drei verheerende Dürren mitverursacht wurden, aber nicht solch katastrophale Ergebnisse gezeitigt hätten, wenn die Umorganisation nicht mit so vielen Fehlern und übertriebenen Kollektivierungsmaßnahmen erfolgt wäre) trugen zur Aufgabe weitreichender Satellitenstadtprojekte bei. Der "große Sprung" erlahmte sehr schnell, und der Wohnungsbau wurde als erstes eingestellt, da es schlicht um das einfache Überleben ging. Die Zahl der Menschen, die in dieser Zeit verhungerten, geht in die Millionen.

Aus der chinesischen Fachpresse ist bekannt, wie ehrgeizig das Bauprogramm dieser Jahre war. 1960 wurde diese Phase beendet, die auch politisch nicht ohne Folgen blieb und praktisch die Entmachtung von Mao Tse Tung brachte.

Die nächste Etappe wird mit den landesweiten Mustersiedlungen Dad-shai und Daqing eingeleitet, die 1965 begann. Das Ölfeld Daqing in der Nordprovinz Heilongjiang wurde als neue städtische Modellsiedlung in der Propaganda arg strapaziert. Zusammen mit den Ölfeldern wurden hier in der sibirischen Wildnis Wohnviertel für 500 000 Bewohner errichtet.

Hierbei wurden beispielhaft Methoden des angepaßten Bauens angewandt: alle Wohnbauten sind aus dem in der Region reichlich vorhandenen Lehm errichtet; von dort schon lange lebenden Bewohnern wurde die haltbarste Bauweise erforscht; die dann mit den einfachsten Mitteln errichteten Häuser haben eine Lebensdauer bis zu 50 Jahren. Bei dem Bau der Siedlungen wurde praktisch auf Stadtkerne verzichtet. Vielmehr wurden die Siedlungen sehr dezentral konzipiert, sodaß genügend Fläche zwischen Ölfeldern und Wohnbauten blieb, um Landwirtschaft für den eigenen Bedarf zu betreiben, was häufig den Ehefrauen oblag. Landesweit gab es zwei Parolen, die sich auf dieses Ölfördergebiet bezogen: "Mit örtlich vorhandenen Baumaterialien bauen!" und "Von Daqing in der Industrie lernen". Gleichzeitig galt Daqing auch als Vorbild dafür, wie die Industrialisierung in China vorangetrieben werden sollte: möglichst auf die eigenen Kräfte vertrauend. Dies entsprach der seit 1966 einsetzenden Kulturrevolution, die den Kontakt mit dem Ausland auf ein Minimum beschränkte und das Land in eine zehnjährige Phase fast völliger Isolierung führte. In Daqing wurde aus der Mangelsituation eine Tugend gemacht und beim Wohnungsbau und bei der Siedlungsplanung ein durchaus richtiger Weg beschritten. Doch dieses Modell nun landesweit zu propagieren, war mehr als problematisch. Heute spricht niemand mehr von Daqing, und die richtigen Methoden bei der Wahl einfachen Baumaterials werden oft als rückständig und Fehler der Kulturrevolution abgetan.



Arbeiterwohnhaus in Daqing, Modell 6502

Die Gan-da-lei Methode (die chinesische Übersetzung für "Mit örtlich vorhandenen Baumaterialien bauen") bestimmte während der gesamten Phase von 1966 - 1976 die theoretische Diskussion um den Städte- und Wohnungsbau. Ein zweiter wichtiger Faktor war die große Bedeutung, die der Wahl des Bauplatzes zukam. Da nur 11% der Gesamtfläche Chinas agrarisch nutzbar sind, ist die Fläche, die durch Neubauten verloren geht, erheblich. Deswegen wurde in dieser Zeit stark darauf geachtet, Neubauten auf möglichst unfruchtbaren Flächen oder auch an Hängen zu errichten.

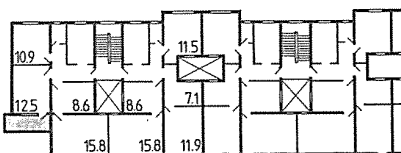
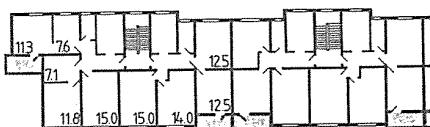
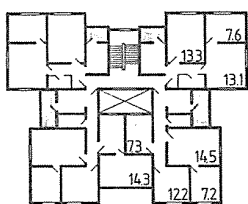
Der Wohnungsbau erlahmte zu diesem Zeitpunkt fast völlig. Sämtliche Arbeitskräfte - sehr viele in "freiwilligen Arbeitseinsätzen" - waren damit beschäftigt, ein flächendeckendes

Tunnelsystem in den Städten zu bauen. Wer einmal ein Teilstück eines solchen Systems begangen hat, kann er-messen, daß bei derlei Bauaktivitäten unter der Erde weder weiteres Geld, noch Material vorhanden waren, um (über der Erde) den Wohnungsbau voranzutreiben. In der 8-Millionen-Stadt Peking sind die Tunnel so angelegt, daß in 2 Minuten die gesamte Bevöl-kerung die unterirdischen Schutzräume aufsuchen und dort einen längeren Zeitraum ausharren kann. Es gibt sog- ar unterirdische Straßenverbin- dungen, die aber bis jetzt nur hoch- karätigen Militärdelegationen gezeigt wurden. Der Auslöser für den Bau dieses Luftschutzsystems war die Angst vor einem Krieg mit der Sowjetunion, der von den chinesischen Politikern in der Zeit der Kulturrevolution als reale Gefahr betrachtet wurde. Heute werden Teile dieser Räume als Hotels, Gaststätten oder Lagerräume für die auf Straßenniveau liegenden Geschäfte benutzt. Seit dem Jahre 1976, das mit dem Tode Mao Tse Tungs das Ende der linksgerichteten Politik einleitete, ist auch die Zeit der utopischen Planungen im Städtebau ver- bei.

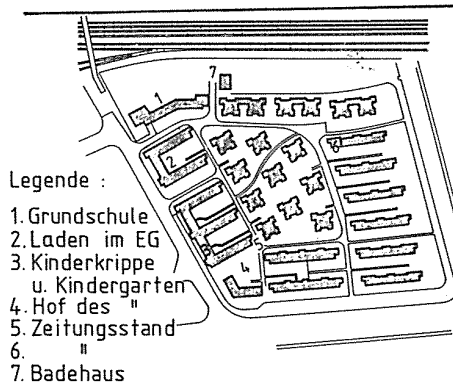


Die Struktur vieler chinesischer Städte hat sich in den letzten acht Jahren rapide verändert, nachdem seit 1949 rein äußerlich im Stadtbild große Veränderungen wie der Abriß der Stadtmauern, der Neubau von Ver- waltungsgebäuden und etliche Wohnungs- neubauten durchgeführt wurden.

Wohnungsgrundrisse mit Quadratmeterangaben:



Lageplan und Grundrißtypen von Fan Gua Long, Schanghai
Quelle: Chien-chu Hsueh-pao No. 2, 1964, p. 21 f



Besonders in der Hauptstadt Beijing, die als Aushängeschild gegenüber dem Ausland gilt und zu einer "Weltstadt" ausgebaut werden soll - was auch immer die Chinesen darunter verstehen -, sind die Aktivitäten der neuen Bau- politik deutlich zu erkennen. Ganze Hochhaussiedlungen werden aus dem Boden gestampft, und große Teile der ursprünglich eingeschossigen Hofhaus- bebauung wurden völlig abgerissen. Nur ein Bereich in der Beijinger Innenstadt um den Kaiserpalast soll unter Denkmalschutz gestellt und kleinteilig restauriert werden. Es gibt erste Pläne, im inner- städtischen Bereich an die alte Hof- hausbebauung anzuknüpfen und eine dreigeschossige Siedlung im traditio- nellen Hofsystem zu errichten.

In den Provinzhauptstädten haben die Baumaßnahmen der letzten Jahre das Stadtbild noch nicht so dramatisch verändert wie in Beijing. Auch der Hochhausbau wird bis jetzt nur in Bei- jing auf die beschriebene extreme Weise durchgeführt.

STEUERUNG DER STÄDTISCHEN ENTWICKLUNG UND DES STÄDTISCHEN WACHSTUMS

Ca. 20% der Chinesen leben heute in städtischen Siedlungen. 800 Millionen leben auf dem Land. 1949 lag der An- teil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung bei ca. 10,5%. Durch strikte Zugangsbeschränkungen, die um 1958 eingeführt wurden, konnte eine unkontrollierte Zuwanderung in die Städte und die normalerweise da- mit einhergehende Entstehung der aus vielen Ländern der 3. Welt bekannten Slum- und Squattersiedlungen verhin- dert werden. Durch das noch heute be- stehende System der Lebensmittelkar- ten für die wichtigsten Grundnahrungs- mittel waren die Zugangssperren in die Großstädte auch real durchzusetzen. Wer ohne eine Genehmigung von seinem Dorf in eine Stadt zog, hatte keine Lebensmittelkarten - die nur für eine bestimmte Region gelten - und konnte nur überleben, wenn er bei Verwandten unterkam. Da der illegale Aufenthalt in der Stadt schwer bestraft wurde, und ein Besuch aufgrund der beengten Wohnverhältnisse nicht lange geheim- gehalten werden konnte, waren die Zu- zugssperren in den Großstädten auch wirksam.

Das politische Leben spielte sich bis 1976 in Zyklen sich ständig ablösen- der Kampagnen ab. Bei diesen kam auch den Fragen der Siedlungspolitik große Bedeutung zu. Im politischen Kampf der Kommunisten während des langen Marsches spielten die Städte als Ba- sis der Auseinandersetzungen nie eine

große Rolle. Der Kampf wurde immer von den ländlichen Gebieten getragen und gestützt. Dementsprechend bekamen die Städte in der Propagandasprache meist einen negativen Stempel aufge- drückt: "unproduktive Verbraucher- städte", "Sitz der Ausländer" u.ä.. Ein Hauptaspekt, der sich seit 1949 durch die Planerdiskussion zog, war die Parole: "Den Widerspruch zwischen Stadt und Land aufheben". Damit war gemeint, die in allen Bereichen schlechtere ländliche Versorgung, be- sonders im kulturellen, er- zieherischen und medizinischen Be- reich, zu verbessern. Denn auch in China war - wie in anderen Ländern der Dritten Welt - das Angebot in diesen drei Sektoren in den Städten immer wesentlich besser.

Entsprechend dieser These wurde ver- sucht, möglichst viele Jugendliche zu bewegen, nach dem Abschluß der Aus- bildung aus der Stadt für immer aufs Land zu ziehen, und dort quasi als Entwicklungshelfer zu arbeiten. Doch meist erfolgten diese "Ver- schickungen" nicht freiwillig. Der Er- folg dieser Maßnahme war oft von An- fang an in Frage gestellt, da die praktischen und organisatorischen Pro- bleme dieser Umsiedlung selten gere- gelt waren. Es gelang jedoch dadurch, den natürlichen Zuwachs in den Städten praktisch zum Stillstand zu bringen. Allein während der Kultur- revolution wurden an die 15 Mio. Jugendliche aufs Land verschickt (die inzwischen allerdings fast alle wie- der in die Städte zurückgekehrt sind).

Trotz der grundlegenden Änderung der Politik seit dem Tode Mao Tse Tungs hat sich an der gemäßigten Ver- städterungspolitik nicht viel geän- dert. Die Verstädterung nimmt durch die zunehmende Industrialisierung und zahlreiche Neubauten mit großem Bau- landbedarf kontinuierlich zu.

WOHNUNGSBAU IN DER STADT

Heute verfügt durchschnittlich jeder Stadtbewohner über eine Nettowohn- fläche von 5qm. Küche, Bad und Flur sind in dieser Zahl nicht enthalten. Bei einer durchschnittlichen Wohnungs- gröÙe von zwei Zimmern ist es heute noch die Regel, daß mehrere Generatio- nen in einer Wohnung zusammenleben. Die Wohnungen sind seit den siebziger Jahren mit eigener Küche und Toilette ausgestattet, während es Badezimmer nicht gibt. Gelegentlich wird in die Toilette eine Dusche eingebaut. Die Balkone werden häufig als Abstellraum bzw. Kaninchenstall und Hühnerhof genutzt. Keller und Dachboden sind un- üblich. Das typische Wohngebäude ver- fügt über fünf Stockwerke. Fahrstühle sind erst ab 8 Geschossen üblich. Die heute in Beijing gebauten Hochhäuser haben bis zu 14 Vollgeschosse und sind u.a. bei der älteren Generation nicht sehr beliebt, da zum einen oft die Fahrstühle ausfallen, und ander- seits in den heißen chinesischen Sommern oft der Wasserdruck nicht aus- reicht, um die Wasserversorgung in den oberen Stockwerken sicherzustel- len.

Auch ist es für ältere Menschen eine violente Erfahrung, wenn sie aus ihren eingeschossigen Hofhäusern in diese Geschoßbauten umziehen müssen, ein Problem, das jüngere Bewohner nicht haben. Der sanitäre Zustand der eingeschossigen Hofhäuser ist äußerst

primitiv: in den Häusern gibt es kein fließendes Wasser; normalerweise ist eine Wasserstelle im Hof; private Toiletten gibt es nicht; Heizungen sind unbekannt. In den öffentlichen Bedürfnisanstalten, die in großer Zahl in diesen Vierteln eingerichtet sind, stehen die Bewohner am Morgen meist Schlange, was bei den langen Wintern Beijings kein Vergnügen ist.

So idyllisch die Hofhäuser äußerlich wirken und dem Betrachter in ihren Proportionen sehr viel menschlicher als die neuen Hochhäuser erscheinen, ist doch der Zustand der Mehrzahl von ihnen oft so schlecht, daß die Grenzen zum Begriff Slum manchmal verwischen.

Der Wohnungsbau in den Städten liegt weitgehend in staatlicher Hand. Ein großer Teil wird von den Betrieben selbst erstellt, die dann diese Werkswohnungen an ihre Mitarbeiter vermieten.

WOHNUNGSBAU AUF DEM LANDE

Die Wohnsituation auf dem Lande war immer wesentlich besser als in der Stadt. Die Häuser waren immer in Privatbesitz und werden fast durchgängig in gegenseitiger Nachbarschaftshilfe errichtet. Die Versuche während des "großen Sprungs nach vorn", die Bauern in Kommunehäusern unterzubringen, blieben weitgehend theoretischer Ansatz.

Die während der Kulturrevolution begonnene Diskussion um den Bau von zweigeschossigen Gebäuden im Reihenhausstil - ein wichtiges Argument für den zweigeschossigen Reihenhausbau auf dem Lande war der geringere Baulandbedarf - änderte nichts daran, daß die Gebäude in Privatbesitz blieben.

Pro Person stehen auf dem Lande durchschnittlich weit mehr als 10 qm Wohnfläche zur Verfügung. Seit der Abschaffung der Volkskommunen und einer weitgehend selbstverwalteten Produktionsweise weisen besonders die im Umkreis der großen Städte und damit nahe an günstigen Absatzmärkten (für die Waren der Bauern) gelegenen, in jüngster Zeit errichteten Häuser einen gewissen Wohlstand auf. Doch gibt es heute im Bereich des ländlichen Wohnungsbaus auch größere Standardunterschiede als früher, da unfruchtbarere und stadtfremde Gebiete immer noch große Standortnachteile aufweisen, die nicht durch staatliche Maßnahmen ausgeglichen werden.

ERGEBNIS:

In China ist es gelungen, die Städte vor einem unkontrollierten Bevölkerungszug zu bewahren und das Entstehen von Slums zu verhindern. Die Bevölkerung ist mit notwendigstem Wohnraum versorgt, der aber über einfachste Standards noch nicht hinausgeht. In vielen Stadtvierteln wird eine Totalsanierung in nächster Zeit unumgänglich sein, da in die alte Baustruktur meist Jahrzehnte nichts investiert wurde. Die dann entstehenden Neubauten und hierbei besonders die Hochhausbauten werden möglicherweise in ihrer Architektur völlig anonyme Viertel darstellen. Doch der Bedarf an Wohnraum ist ungeheuer groß, sodaß die nach quantitativen Kriterien bestimmte Baupolitik in naher Zukunft der einzige Weg zu sein scheint, die Wohnungsversorgung zu verbessern. ■

Ekhart Hahn

WIRKUNGSZUSAMMENHÄNGE ZWISCHEN: SIEDLUNGSPOLITIK, UMWELTPOLITIK UND ENTWICKLUNGSPOLITIK IN DER VR CHINA

1. VORBEMERKUNG

Eine integrierte Entwicklungsstrategie, die gesellschaftliche Modernisierung, Industrialisierung und Umweltpolitik miteinander verbindet, ist maßgeblich durch Siedlungspolitik bestimmt.

In China hat das Wissen um den Zusammenhang, insbesondere zwischen Siedlungspolitik und Umweltpolitik eine sehr alte Tradition. Es ist interessant, daß China auch in der modernen Zeit das erste Land war, das in seiner Entwicklungsstrategie integrierte Konzepte von Umwelt- und Siedlungspolitik einbezieht.

2. DAS VERHÄLTNISS ZWISCHEN UMWELTKRISE UND SIEDLUNGSSTRUKTUREN

(1) Die bisherigen Phasen industriekultureller Entwicklung haben zu einer fortschreitenden Entfremdung der in vorindustriellen Kulturen engen Mensch-Umwelt-Beziehung geführt. Die Konsequenzen dieser langjährigen Ignorierung ökologischer Wirkungszusammenhänge bzw. ihre Externalisierung werden in der heutigen Umweltkrise im globalen Maßstab sichtbar. Die Folgen sind kaum abschätzbar, die Überlebensfähigkeit der Menschen und Gesellschaften sowohl in Mutterländern der Industrialisierung als auch in den Entwicklungsländern in Frage gestellt. Beispiele dafür sind:

- die Anreicherung von Schadstoffen in den Umweltmedien Luft, Wasser und Boden hat weltweit, insbesondere in den Produktions- und Konsumzentren ein schon heute lebensbedrohendes Ausmaß angenommen.

- Waldsterben, Fluß- und Fischsterben, die kontinuierliche Abnahme der Artenvielfalt in Flora und Fauna haben auch auf die peripheren Räume übergreifen und gefährden großräumig die ökologischen Lebensbedingungen.

- Rohstoffverknappung, Abfall- und Emissionsprobleme als Folge der industriegesellschaftlichen Verschwendungswirtschaft verstärken die inner- und zwischenstaatlichen Spannungen und die gegebenen Produktions-, Verteilungs- und Konsumstrukturen.

- Es findet eine gefährliche Zunahme ökologischer Risikopotentiale durch moderne Großtechnologien wie ökologisch nicht abgestimmte Staudamm- und Bewässerungsprojekte statt (z.B. Assuan-Staudamm), Atomkraftwerke, moderne Kriegstechnologie usw..

- Zunehmendes Gewicht bekommt die Verschärfung der psychosozialen Umweltkrise (die Gefährdung des inneren menschlichen Ökosystems als Folge der Zerstörung der äußeren ökologischen Lebensbedingungen und der ökologischen und sozialen Entwurzelung ganzer Gesellschaftsgruppen durch Landflucht, Arbeitslosigkeit und Marginalisierung).

- Die zunehmende globale Finanzkrise einer die Umwelt ignorierenden Ökonomie, die sich schon heute als nicht in der Lage erweist, die ökologischen und sozialen Folgekosten ihrer Produktions-, Verteilungs- und Konsumstrukturen zu finanzieren.

(2) Der spezielle Siedlungsbezug der Umweltkrise besteht darin, daß die Siedlungsstrukturen der konkreteste und unmittelbarste Ausdruck der Umweltbeziehungen einer Gesellschaft sind. Im Siedlungsprozess findet die produktive und konsumtive Aneignung der Umweltgüter statt, von Rohstoffen, Energie, Boden und Landschaft, von Wasser und Nahrungsmitteln. In den Siedlungsstrukturen haben die gesellschaftlichen Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse, Wertsysteme und entsprechenden Bedürfnisstrukturen ihre materielle Form angenommen. Sie sind Produkt und Ausgangspunkt des Transformationsprozesses von Naturgütern in Kulturgüter, von Naturlandschaften in Kulturlandschaften. Die Siedlungsstrukturen sind letztlich die materialisierte Form der gesellschaftlichen Umweltbeziehungen.

3. DER UMWELTFAKTOR IN STADTPLANUNG UND BAUWESEN IM ALTEN CHINA

(1) Die zentrale Bedeutung des Bau- und Siedlungswesens bei der Sicherung langfristigen Überlebens war vorindustriellen Kulturen durch Erfahrung und Überlieferung sehr bewußt und bestimmte ihr Denken und Handeln, ihre Sitten und Gebräuche. Der vorindustrielle Siedlungsprozess war daher bestimmt durch umfangreiches Wissen über und Einfühlungsvermögen in die ökologischen Regenerations- und Wirkungsgesetze ihrer natürlichen Umwelt. Reste dieses Wissens sind in der geomantischen Wissenschaft überliefert. Im alten China wurde sie "Feng-Shui", als Lehre von "Wind und Wasser" bezeichnet. Das Bewußtsein um die große Bedeutung des Feng-Shui war tief in der Kultur verankert und bestimmte alle Eingriffe in die Natur.

(2) Nach der Lehre vom "Feng-Shui" hatte der Bau von Gebäuden und Städten sowie die Nutzung und Aneignung von Naturressourcen so zu erfolgen, daß die Landschaft keine Veränderung erfuhr, welche die harmonischen Energieflüsse und Wirkungsgesetze der Erde stören könnte.

Die Höhe, die Form der Gebäude, die Orientierung der Straßen, Brücken und Bauten, die Anlage von Mauern und Gräben, die Wahl der Standorte und formale Gestaltung mußte sich ebenso den Gesetzen des Feng-Shui unterordnen wie die Wahl der Baustoffe oder die Erschließung von Bodenschätzen.

(3) Der "Geomantiker" im alten China betrachtete die Landschaft und natürliche Umwelt wie ein magnetisches Feld, dessen Energiefelder durch menschliche Eingriffe sowohl im negativen wie im positiven Sinne veränderbar war. So konnte z.B. auch eine ursprünglich wenig geeignete Landschaft durch bauliche und landschaftsplanerische Maßnahmen so verändert werden, daß erwünschte Kräfte und Energiefelder verstärkt und weniger erwünschte in ihrer Wirkung abgeschwächt wurden. In diesem Sinne wurde z.B. der natürliche Lauf von Gewässern oder die Textur von Landschaften durch den Bau von Mauern und Kanälen, durch die Standortwahl und

bauliche Gestaltung von Gebäuden und Siedlungen oder die Anlage von Seen und Teichen verändert. In der Literatur wird gelegentlich der Vergleich mit der Akupunktur hervorgehoben. Wie der Akupunktur die Ströme der menschlichen Lebenskraft über die Haut und über bestimmte Akupunkturpunkte reguliert, so wirkt der Geomantiker mit seinen Maßnahmen auf die Energiefelder und den Körper der Erde ein.

(4) Im Verlauf von Jahrtausenden hatte sich in der vorindustriellen Zeit eine hochentwickelte Symbiosekultur zwischen sozialer, gebauter, und natürlicher Umwelt, zwischen Mensch und Natur auf der Basis der agrargesellschaftlichen Produktivkräfte herausgebildet. Das betraf übrigens nicht nur China, sondern alle Agrargesellschaften bis zum Vordringen des Imperialismus und Industrialismus in seinen bisherigen Erscheinungsformen.

4. INDUSTRIELLE SIEDLUNGSSTRUKTUREN ALS SYMBOL DER IGNORIERUNG VON UMWELT-ABHÄNGIGKEIT UND ALS LEITFAKTOR DER UMWELTKRISE

(1) Die industriegesellschaftlichen Siedlungsstrukturen sind in ihren heutigen Erscheinungsformen zum Symbol der zukunftsgefährdenden Umweltentfremdung und Umweltzerstörung geworden. Die bisherige Phase des modernen Imperialismus und Industrialismus ist durch eine kulturelle und siedlungsstrukturelle Entwicklung gekennzeichnet, die in krassem Gegensatz zu der beschriebenen agrargesellschaftlich-geomantischen Mensch-Umweltbeziehung steht. Der industriegesellschaftliche Verstädterungsprozess ist geradezu Symbol einer, die ökologischen Regenerations- und Wirkungsgesetze ignorierenden Kultur- und Siedlungsentwicklung geworden. Die Metropolen und Stadtregionen des Industriezeitalters sind zu einem unersättlichen Moloch im Verbrauch bzw. der unsinnigen Verschwendung von Rohstoffen, von Energie, von Boden und Landschaft und Wasser geworden.

(2) So wie sich die Entfremdung der Mensch-Umwelt-Beziehung und die heutige Umweltkrise in den industriegesellschaftlichen Siedlungsstrukturen materialisiert hat und ständig reproduziert, muß sie auch in ihnen überwunden werden. Insofern müssen Entwicklungspolitik, Umweltpolitik und Siedlungspolitik als eine Einheit betrachtet werden.

5. DAS MODERNE CHINA ALS ERSTES LAND, DAS ZU EINER INTEGRIERTEN UMWELT-, SIEDLUNGS- UND ENTWICKLUNGSPOLITIK ZURÜCKGEKEHRT IST

Der wenig bekannte entwicklungs- und siedlungsstrukturelle Modellcharakter der VR China besteht u.a. bisher darin, daß in China als erstem Land nach der industriellen Revolution die zentrale Bedeutung einer integrierten Entwicklungs-, Umwelt- und Siedlungspolitik neu erkannt worden ist und zu einer tragenden Komponente der maoistischen Gesellschaftsordnung wurde. An einigen programmatischen Zielsetzungen und Politikbeispielen soll dieses Konzept erläutert werden.

5.1 DAS KONZEPT DER "INTEGRIERTEN SIEDLUNGSEINHEITEN"

(1) Grundidee ist eine enge Verbindung zwischen Stadt und Land sowie zwischen Industrie und Landwirtschaft:

"Nur durch eine enge Verbindung von Stadt und Land kann die Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden vermieden werden." (1)

"Umweltprobleme lassen sich leichter lösen, wenn die Städte mit ihrem ländlichen Umland eine Einheit bilden, Industrie und Landwirtschaft miteinander verbunden sind und enge Beziehung zwischen der Produktion und dem Leben der Menschen besteht." (2)

Angestrebt werden im Sinne dieser beiden Zitate bereits seit den 50er Jahren Siedlungsformen, in denen eine Überwindung des Stadt-Land-Gegensatzes möglich ist, eine Integration von städtischen und ländlichen Elementen erreicht werden kann und letztlich Industrie und Landwirtschaft in neuen ökonomischen, politischen und sozialen Einheiten miteinander verbunden werden können.

(2) In weitgehend selbstverwalteten und sich selbstversorgenden Siedlungs- und Gebietseinheiten werden siedlungsstrukturelle Bedingungen angestrebt, in denen die Bevölkerung ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen in enger Beziehung zu ihrer natürlichen Umwelt selbst bestimmt und gestaltet. Die Produktion ist dabei weitgehend auf die Befriedigung der lokalen Bedürfnisse ausgerichtet. Mit einer solchen Entwicklungsstrategie glaubte man in Übereinstimmung mit den modernen industriellen Produktivkräften die Voraussetzungen für die Entwicklung eines neuen Umweltbewußtseins schaffen zu können. Es geht darum, die Verursacher und Betroffenen von Umweltschäden, wieder enger zusammenzurücken. Umweltverschmutzung und Umweltschäden Verursacher und Betroffene sollen in engen Kreislaufbeziehungen wieder in direkte erlebbare Beziehung gebracht werden.

5.2. DIE POLITIK DER "KLEINEN UND MITTELGROSSEN STÄDTE"

(1) Die Zielsetzungen von integrierter Siedlungseinheiten lassen sich nach Meinung der chinesischen Stadt- und Umweltplaner besser in kleinen Städten realisieren als in großen. Kleine Städte bieten am ehesten die Möglichkeit geschlossener Kreisläufe hinsichtlich Wasser, Energie und Rohstoffen. Es ist eine bessere Ressourcennutzung möglich, die bis zur Verwertung von häuslichen Abfällen und Fäkalien in der Landwirtschaft reicht.

(2) Jede Stadt soll im Rahmen ihrer Möglichkeiten ein möglichst vollständiges Industrie- und Versorgungssystem aufbauen, um den überregionalen Warenaustausch auf ein begründetes und vertretbares Maß zu reduzieren und entsprechend Transportleistungen und Transportstrukturen mit ihren negativen Umweltwirkungen einzuschränken.

5.3 WACHSTUMSSTOP UND DEZENTRALISIERUNG DER GROSSEN STÄDTE

(1) Bei dem Wachstumsstop geht man

davon aus, daß die bestehenden Agglomerationen auch für zukünftige Stufen der gesellschaftlichen und industriellen Entwicklung im wesentlichen ausreichen und daß die fortschreitende Industrialisierung auf dem Lande in der Lage ist, die in der Landwirtschaft freierwerdenden Arbeitskräfte und den natürlichen Bevölkerungszuwachs zu absorbieren. Mechanisierung der Landwirtschaft, Industrialisierung und Einführung moderner Methoden in den verschiedensten Bereichen von Produktion und Reproduktion sollen auf dem Lande ein wachsendes qualitatives und quantitatives Arbeitsplatzangebot schaffen und wesentliche Anreizfaktoren der Landflucht abbauen.

(2) Als Dezentralisierungsstrategie für bereits vorhandene Ballungsgebiete wie Beijing, Shanghai oder Nanjing wurden umweltbezogene Satellitenstadtkonzepte entwickelt und ansatzweise realisiert. Auch sie gehen auf die 50er Jahre zurück und sollten bereits in der Industrialisierungsphase der großen Städte helfen, umweltgefährdende Industriekonzentrationen mit hohen Emissions- und Immissionswerten zu vermeiden und die Wahl geeigneter Standorte in der Umgebung der Städte zu ermöglichen. Dabei spielten auch bodenpolitische Aspekte eine Rolle. Es sollte verhindert werden, daß die großen Städte weiter ins Umland expandieren und dort wertvolle Ackerböden und Gemüseflächen in Anspruch nehmen. Für die Satellitenstädte sollten Brachlandflächen, Berg- und Hügellgebiete bzw. weniger wertvolle Agrarböden als Standorte gewählt werden.

5.4 BASIS DER LOKALEN UMWELTSCHUTZPOLITIK KÖNNEN NUR DIE NACHBARSCHAFTEN UND BETRIEBE SEIN

(1) In den selbstverwalteten Nachbarschaften wird die wichtigste Grundlage für eine erfolgreiche Umweltpolitik gesehen. Die Betroffenen sollen für ihre unmittelbaren Umweltbelange selbst verantwortlich sein. Es werden z.B. monatliche Umweltauge durchgeführt, in denen sich die Bevölkerung an Aufgaben des Umweltschutzes in ihren Wohngebieten beteiligt. Zusätzlich werden mehrfach jährlich, je nach der lokalen Problemsituation, gesonderte Hygienetage (zur Bekämpfung von Moskitos, Ratten, Mäusen und Wanzen) durchgeführt. Es werden Baumpflanztage veranstaltet, an denen sich große Teile der Städte beteiligen. Es gibt spezielle Emissionsschutzkampagnen, in denen von der Bevölkerung überbetriebliche städtische Emissionsschutzmaßnahmen durchgeführt werden.

(2) Auch auf Betriebsebene wird ein integrierter Umweltschutz angestrebt, der in Pilotprojekten von den Arbeitern und der Betriebsleitung in Zusammenarbeit mit staatlichen Forschungsinstituten bzw. der städtischen Umweltbehörde durchgeführt wird. Schwerpunkte des betrieblichen Umweltschutzes sind technische Emissionsschutzmaßnahmen, die Wiederverwendung von Abfällen und Begrünungsmaßnahmen.

Besonders interessant ist die Einführung von Pflanzen als Bioindikatoren auf dem Betriebsgelände, die von den Arbeitern der jeweiligen Betriebsstellen betreut werden.

5.5. UMWELTATLANTEN ALS GRUNDLAGE EINER UMWELTBEZOGENEN STADTENTWICKLUNGSPLANUNG

(1) Eine der grundlegenden Aufgaben der städtischen Umweltschutzorganisationen besteht nach Artikel 27 des chinesischen Umweltgesetzes in der "...organisierten und systematischen Beobachtung und Überwachung der Umwelt". Sie sollen sich "... ein gutes Verständnis von den gegebenen Umweltbedingungen und deren Entwicklungstrends verschaffen ... die wissenschaftliche Erforschung der Umweltorganisationen ... und fortschrittliche Erfahrungen und Technologien, die im Inland oder Ausland gewonnen wurden, dabei anwenden".

(2) Mit systematischen Umweltanalysen im Sinne des obigen Artikels wurde in der VR China direkt im Anschluß an die Stockholmer Umweltschutzkonferenz, also lange vor Verabschiedung des chinesischen Umweltgesetzes, begonnen. Der Beijinger Umweltatlas, mit dessen Vorarbeiten im Jahre 1972 begonnen wurde, dessen Ergebnisse auf Messungen und Analysen der Jahre 1973-75 beruhen, und der seit 1978 in gedruckter Form vorliegt, soll in diesem Kapitel in relativ detaillierter Form vorgestellt werden, da weder Vorgehensweise noch Ergebnisse solcher städtischen Umweltanalysen bisher im Westen bekannt geworden sind. Das zweibändige Werk mit 52 Karten, mehreren hundert Tabellen und Diagrammen und insgesamt über 700 Seiten wurde der deutschen Umweltdellegation, der der Autor angehörte, anlässlich ihrer Chinareise im Jahre 1981 freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Ähnliche Analysen und Umweltatlanten sind auch in anderen Städten in Arbeit bzw. vielfach kurz vor der Fertigstellung.

5.6. DER BEIJINGER UMWELTATLAS

(1) Beijing befindet sich am Nordwestrand der großen Ebene Nordchinas. Auf der Nord- und Westseite sind Berge und südwärts liegt die große chinesische Ebene. Seit altersher ist Beijing ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt, der die Song-Liao-Ebene der NO-Provinzen mit dem mongolischen Hochland und der großen südlichen Ebene verbindet. Die Böden bestehen aus Ablagerungen der Westberge und sind flach und fruchtbar. Grundwasser war für die Bedürfnisse der vorindustriellen Zeit reichlich vorhanden, befand sich in geringer Tiefe und war gut zugänglich. Die umliegenden Berggebiete sind reich an einfachen Rohstoffen wie Holz, Kohle und Baumaterial.

(2) Infolge der günstigen Standortbedingungen war Beijing jahrhundertlang die Hauptstadt des chinesischen Feudalreiches, das Zentrum von Verwaltung, Militärwesen und Kultur. Das Leben in der Stadt war geprägt durch die Konsum- und Luxusbedürfnisse der herrschenden Klasse. Über ein hervorragend ausgebautes Netz von Wasserwegen und Straßen war die Stadt mit allen Teilen des Landes verbunden, über die die erforderlichen Waren und Güter zur Versorgung der Stadt herangeschafft wurden.

(3) Mit der Revolution von 1949 wurde die Forderung erhoben, die traditionellen "Konsumentenstädte" in "Produ-

zentenstädte" zu verwandeln. Das galt ganz besonders für Beijing. Beijing sollte nicht nur Hauptstadt des neuen China sein, sondern auch in eine moderne Industrie- und Produzentenstadt umgewandelt werden, die sich mit Industrieprodukten und Nahrungsmitteln weitgehend selbst versorgen sollte. Zu diesem Zweck wurde das Stadtgebiet mehrfach vergrößert und allmählich eine leistungsfähige Industrie aufgebaut. 1949 gab es in Beijing nicht mehr als 80.000 Arbeitsplätze im Produktionsbereich, 60.000 im Handwerk, 20.000 in der Industrie, (1) 1979 wurde die Zahl der Industriearbeiter in Beijing mit über 1 Mio. angegeben. Im Jahre 1979 gab es 3.738 Industriebetriebe in der Stadt. (2)

(4) Die schnelle Industrialisierung mit häufig einfachen Technologien zeitigte aber schon bald beachtliche Umweltschäden. Im Jahre 1972 z.B. stellte man fest, daß die Hälfte der Brunnen eines zentralen Beijinger Wasserwerkes gesundheitsgefährdend verschmutzt waren. Der Phenol- und Zyanidgehalt des Wassers überschritt die staatlich vorgeschriebenen Normen erheblich (3). Im Frühjahr 1973 mußten 150.000 Pfund Gemüse aus dem Markt gezogen werden, da sie durch Industrieabwasser derartig verseucht waren, daß viele Menschen an Erbrechen und Durchfallerkrankten (4). Im Sommer 1972 brachen mehrere Schüler beim Sportunterricht infolge der giftigen Abgase einer nahegelegenen Fabrik ohnmächtig zusammen (5). Im selben Jahr setzte infolge der Gewässerverschmutzung ein großes Sterben unter den Pekingenten ein (6).

(5) Etwa die Hälfte der zum Untersuchungsgebiet gehörenden Flächen werden landwirtschaftlich genutzt und spielen eine wichtige Rolle, die Selbstversorgung Beijings mit Nahrungsmitteln zu fördern. Angebaut werden vorrangig Gemüse, Weizen, Reis, Mais und Obst. (7) Die Bewässerung dieser Flächen erfolgt zu einem großen Teil mit Industrie- und Haushaltsabwässern.

Seit 1953 werden 1250 ha Agrarböden mit Abwässern der Stahl- und Metallindustrie, einer Kokerei und einem Elektrizitätswerk versorgt, seit 1957 weitere 180 ha mit Haushaltsabwässern. Im Jahre 1966 wurde diese Fläche durch die Nutzung der Abwässer von 8 Hochschulen und anderen Bildungs- und Forschungseinrichtungen um 600 ha auf 2030 ha vergrößert.

5.7. UNTERSUCHUNGSGEBIET, INSTITUTIONELLER RAHMEN UND AUFBAU

(1) Zunehmende Umweltschäden und die internationale Umweltkonferenz in Stockholm im Jahre 1972 führten dazu, daß im Frühjahr 1973 von der Stadtverwaltung Beijing mit Unterstützung der Academia Sinica das Beijinger Umweltschutzbüro gegründet wurde. Im Jahre 1973 erhielt das Beijinger Umweltschutzbüro den Auftrag, eine umfassende Umweltanalyse im Bereich der westlichen Stadtbezirke und Vorstädte der Stadt Beijing durchzuführen. Das Untersuchungsgebiet wurde als besonders gefährdet unter folgenden Gesichtspunkten festgelegt:

- In den westlichen Bezirken der Stadt Beijing befinden sich die größten und stark umweltgefährdenden Industriebetriebe.

- die oberste Bodenschicht ist dünn und wasserdurchlässig und damit ist das Grundwasser besonders gefährdet.

- In diesem Gebiet befinden sich die Oberläufe der wichtigsten Flüsse, die Beijing mit Wasser versorgen.

- Die westlichen Vororte befinden sich in der Hauptwindrichtung der Stadt Beijing. Die mit Schadstoffen angereicherte Luft gelangt mit den vorherrschenden Westwinden über die zentralen und östlichen Stadtgebiete. (8)

(2) Für die Sammlung des erforderlichen Datenmaterials wurden 305 Beobachtungs- und Meßstationen in den Westbezirken der Stadt Beijing eingerichtet. (9) Das Umweltschutzbüro der Stadt Beijing hatte bei der Durchführung dieser Untersuchungen überwiegend koordinierende Funktion. Zur Bearbeitung der vielen wissenschaftlichen Detailfragen, der Entwicklung von Methoden für die Messungen selbst und ihre Bewertung waren an der Erstellung des Umweltatlas Beijing verschiedenste Institutionen beteiligt.

(3) Inhaltlich und methodisch gliedert sich der Beijinger Umweltatlas in 6 Teile:

1. Eine Analyse der natürlichen und sozio-kulturellen Ausgangsbedingungen.

2. Ein Emissionskataster: Erfassung der wichtigsten Emittenten und Schadstoffe sowie Bewertung der Emittenten und spezifischer Emittentengruppen nach einem Emissionsindex.

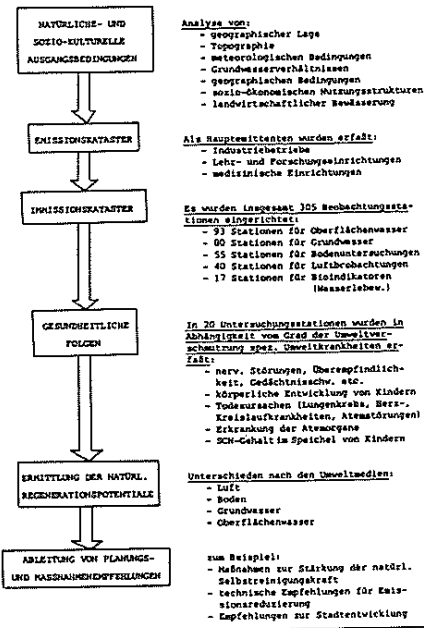
3. Ein Immissionskataster: Erfassung der wichtigsten Schadstoffkonzentrationen in den Umweltmedien Luft, Oberflächenwasser, Grundwasser und Boden, sowie eine integrierte, flächendeckende Bewertung der Umweltqualität des Stadtgebietes von Westbeijing.

4. Kataster für Umweltkrankheiten: Zur Ermittlung des Zusammenhangs zwischen Umweltbelastungen und Umweltkrankheiten durch gezielte Analyse von Häufigkeit und Verteilung spezifischer Krankheiten.

5. Analyse des natürlichen Selbstreinigungspotentials des Naturhaushaltes: Ein Teil der untersuchten Schadstoffe wird durch die natürliche Selbstreinigungskraft der Natur absorbiert. In welchem Maße dieses in den Beijinger Westbezirken der Fall ist und von welchen Faktoren das Selbstreinigungspotential abhängt, war ebenfalls Gegenstand der Beijinger Umweltanalysen.

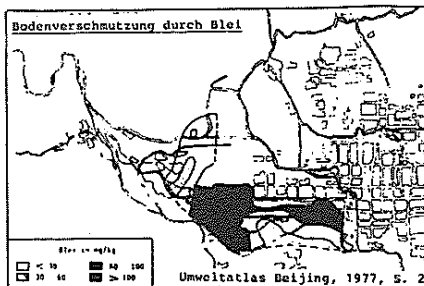
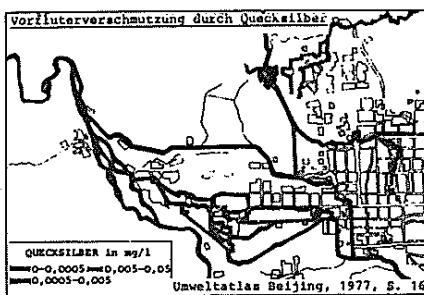
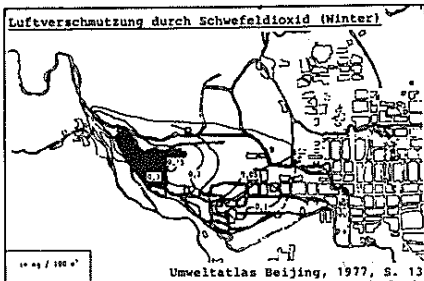
6. Vorschläge für Umweltschutzmaßnahmen und eine umweltbewußte Stadtentwicklungsplanung: In diesem abschließenden Teil werden die Ergebnisse der Teile 1 - 5 zusammenfassend bewertet und Planungs- bzw. Maßnahmenempfehlungen abgeleitet.

Aufbau des Umweltatlas der Stadt Beijing



5.8. EMISSIONSMESSUNGEN UND EMISSIONSBEWERTUNGEN

(1) In den Westbezirken der Stadt Beijing wurden über 200 Einzelemitenten erfasst. (10) Einen Überblick über die Standorte der im Emissionskataster erfassten Emittenten gibt die Abbildung. In dem umfangreichen Tabellenwerk des Beijinger Umweltatlas werden Schadstoffemissionen sowohl bezogen auf Einzelemitenten als auch zusammengefasst nach vier Emittentengruppen in entsprechenden Tabellen und Karten



wiedergegeben. Es wurden dabei folgende Emittentengruppen unterschieden.

1. Industrie
2. Landwirtschaft
3. Wissenschaftliche Forschungseinrichtungen
4. Krankenhäuser und andere medizinische Einrichtungen.

5.9 MASSNAHMENEMPFEHLUNGEN

Als zusammenfassendes Ergebnis kommt die Umweltanalyse der westlichen Vororte der Stadt Beijing u.a. zu folgenden Ergebnissen und Maßnahmeempfehlungen: (11)

1. Die schwersten Umweltbelastungen treten in der Umgebung des Industriegebietes von Shijingshan auf.
2. Im Bereich der Luftverschmutzung treten mit einer Flächenausdehnung von 150 km² die größten Überschreitungen der staatlichen Belastungsgrenzwerte auf; beim Grundwasser wegdien sie in einem Gebiet von 30 km² überschritten, beim Boden auf einer Fläche von 1,5 km².
3. Nach den Berechnungen des Umweltqualitätsindex kommen die Autoren des Atlas zu dem Ergebnis, daß im Untersuchungsgebiet die Gewässer Verschmutzung am kritischsten zu bewerten ist, gefolgt von den Luft- und Grundwasserverschmutzungen. Die Vorfluter der westlichen Stadtteile können z.B. für die Trinkwassergewinnung nicht mehr genutzt werden.

4. Den größten unmittelbaren Einfluß auf die Gesundheit der Menschen hat nach Einschätzung der medizinischen Untersuchungsergebnisse die Luftverschmutzung. Ihre Einschränkung müsse daher an erster Stelle der Umweltschutzmaßnahmen stehen.

5. Als folgenschwerste Schadstoffe im Grundwasser und in den Vorflutern werden Phenol und Zyanid eingeschätzt, in der Luft die Staubbelastung und im Boden die Schwermetalle.

6. Trotz der hohen Luftschadstoffemissionen durch das Eisen- und Stahlkombinat seien die Schwefelbelastungen, die durch Hausbrand verursacht wurden, höher als die der Industrie. In den Haushalten wird daher dringend die Einführung umweltfreundlicher Energietechnologien gefordert, mit denen die Schwefelbelastungen um über 50% gesenkt werden könnten.

7. In Auswertung der Belastungsanalysen werden Standortempfehlungen angesprochen für die Ausweisung neuer Wohngebiete und die Umsiedlung von Industriebetrieben.

8. Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, daß bei der Umweltschutzplanung die natürlichen Regenerationskapazitäten des Naturhaushaltes besser ausgenutzt werden sollten. Das führe einerseits zu sparsameren Investitionen und andererseits zu besserem Umweltschutz.

9. Es werden Vorschläge gemacht, wie durch Recyclingtechnologien Umwelt-

probleme verringert werden können. Die Abwässer des Eisen- und Stahlkombinats könnten z.B. pro Tag durch Wiederverwendung auf 50.000 t pro Tag gesenkt werden, was zu einer erheblichen Verbesserung der Wasserbilanz führen könne.

10. Es wird gefordert, eine erste Reinigungsstufe von Abwässern grundsätzlich von den Betrieben selbst durchführen zu lassen und die Industrieabwässer erst dann in die städtischen Kläranlagen weiterzuleiten.

11. Es wird vorgeschlagen, vom Yongding Fluß täglich 210.000 t Wasser in den Lianhua Fluß zu leiten, um durch die Zufuhr sauberen Wassers die Schadstoffkonzentration zu senken. Auch sollten an den Ufern von Flüssen und Seen künftig umweltbelastende Schädlingsbekämpfungsmittel verboten werden.

12. Die Abwässer sollen in Zukunft von der nördlichen Hälfte des Westbeijinger Gebietes weggeleitet werden, um ein Durchsickern durch die dünnen Bodenschichten ins Grundwasser dieses Gebietes zu vermeiden.

13. Es wird vorgeschlagen, in Zukunft zwischen Fabrikflächen und Wohngebieten 200 bis 300 m breite Baumpflanzungen anzulegen, bzw. die Anordnung von 2 bis 3 schmalen Waldgürteln mit dazwischen liegenden Wiesen und Feldern.

5.10 UMWELTATLANTEN UND UMWELTANALYSEN IN ANDEREN CHINESISCHEN STÄDTEN

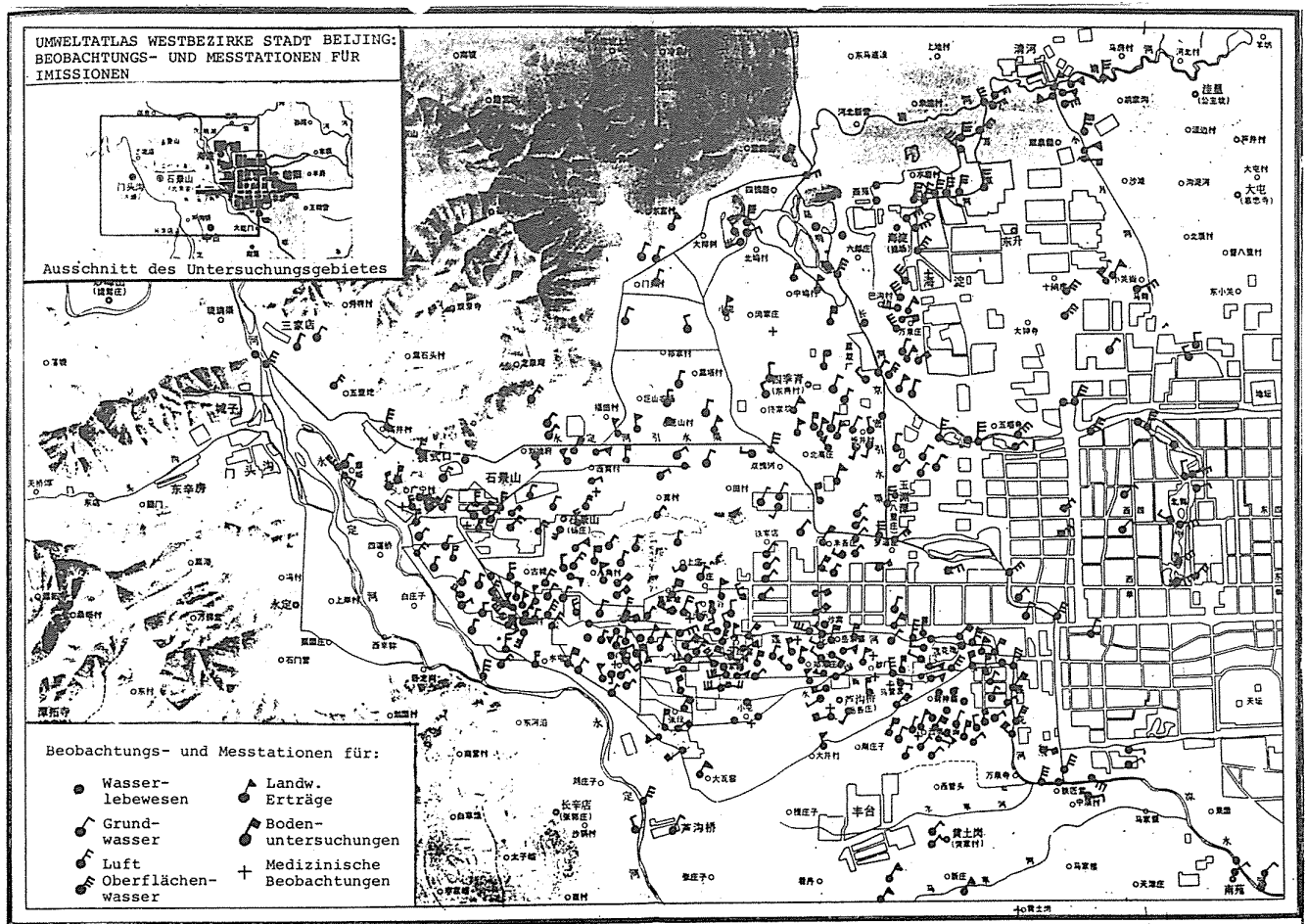
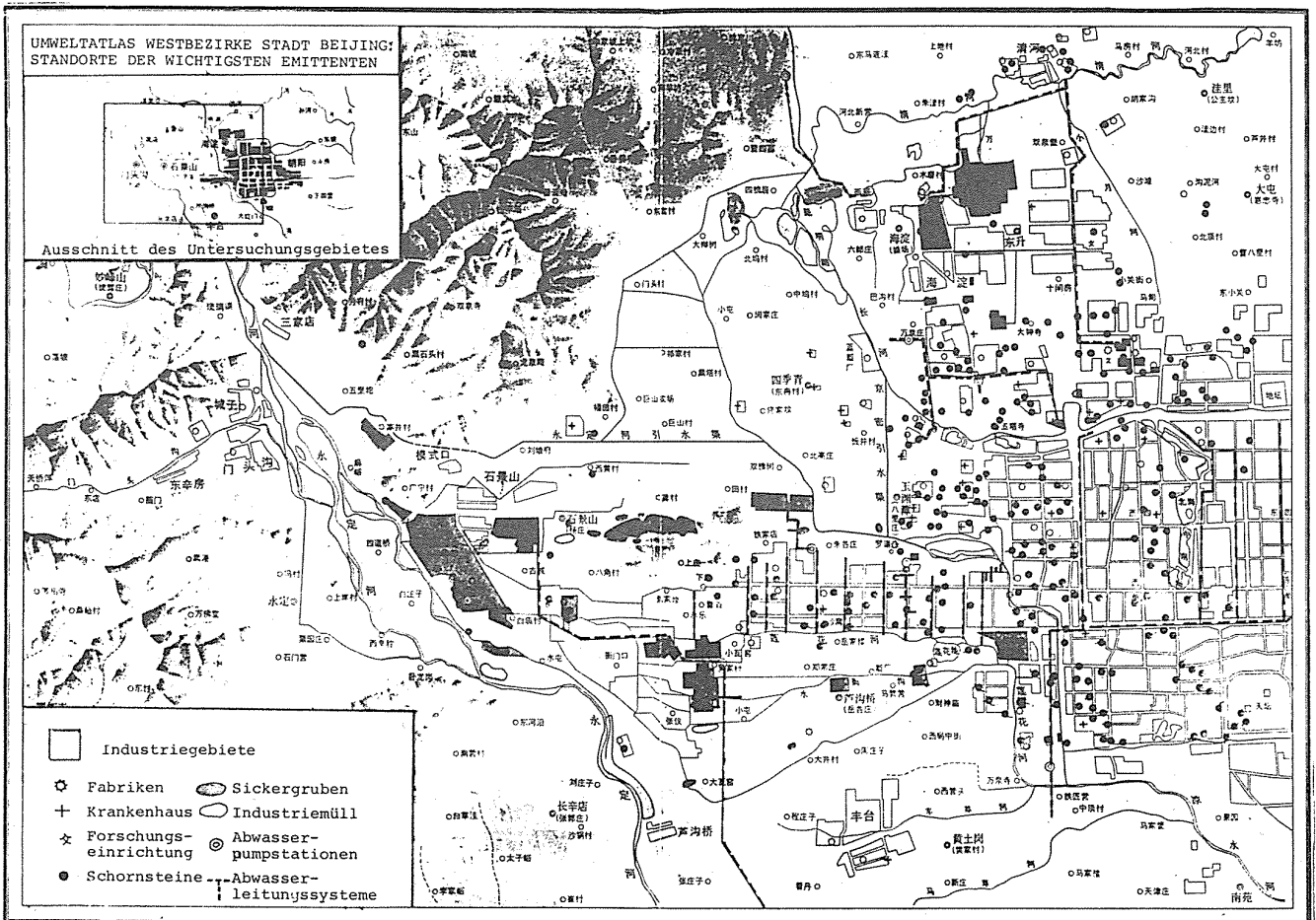
(1) Der Beijinger Umweltatlas, der auf Messungen aus den Jahren 1973 bis 1975 beruht und 1977/78 als interne Informations- und Planungsgrundlage in kleiner Auflage gedruckt wurde, ist, soweit ich in Erfahrung bringen konnte, die erste umfassende Umweltanalyse einer Stadtregion in der VR China. Im Sinne der Artikel 6, 7 und 27 des chinesischen Umweltgesetzes haben inzwischen aber auch viele andere Städte mit ähnlichen Analysen und Atlanten begonnen oder sie bereits abgeschlossen.

In allen Städten, die wir während unserer Forschungsreise im Jahre 1981 besuchten, wird an solchen Unterlagen gearbeitet. Diese Städte verfügten über gute Meßnetze hinsichtlich der Dichte und technischen Ausstattung der Meßstationen. In Shenyang wurde uns mitgeteilt, daß der dortige Umweltatlas kurz vor der Fertigstellung sei, in Shanghai, daß die Arbeiten ebenfalls weit fortgeschritten seien.

6. DIE SPEZIFISCHEN ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN RAHMENBEDINGUNGEN DER BESCHRIEBENEN MODELLSTRATEGIEN

(1) Wichtige Voraussetzungen der beschriebenen Konzepte und Strategien einer neuen integrierten Umwelt-, Siedlungs- und Entwicklungsstrategie, wie sie in diesem Papier nur als Ideengerüst vorgestellt werden konnte, waren:

- die in der VR China weitgehend realisierten autozentrierten Entwicklungsbedingungen; vor allem die Herauslösung aus dem Umweltfaktoren ignorierenden Weltmarkt;



- die traditionell enge Abhängigkeit von Umweltfaktoren Chinas (Große Bevölkerungszahl und Besiedlungsdichte, knappe Boden- und Rohstoffressourcen, ständige Gefahr von Trockenheiten, Überschwemmungen, Erdbeben, Abhängigkeit von umfangreichen Bewässerungssystemen etc.);
- ein kulturell noch nicht völlig vörlingegangener Kontakt zur geomantischen Tradition (siehe Abs. 3);
- die schlechten Erfahrungen mit den Einflüssen des modernen Imperialismus und Industrialismus westlicher, östlicher Prägung und deren kritische Reflektion;
- die Entwicklung einer gesellschaftlichen Organisations- und Verwaltungsstruktur, die ausgehend von historischen Erfahrungen sowohl zentral als auch dezentral ausgerichtet ist und großen Freiraum für Eigenverantwortung und Experimente auf lokaler Ebene läßt.

7. EINSCHRÄNKUNGEN

Die beschriebenen Ideen und Konzepte einer integrierten Umwelt-, Siedlungs- und Entwicklungspolitik sind nur eingeschränkt repräsentativ für das maoistische und nachmaoistische China. Als Theorie und Leitlinien einer neuen zukunftsorientierten Entwicklungsstrategie sind sie intensiv diskutiert worden. Eine Bilanz der praktischen Umsetzung reicht neben der Realisierung richtungsweisender Pilotprojekte bis zu Beispielen der selben Ignorierung von Umweltfaktoren in der Entwicklungs- und Siedlungsplanung wie in anderen Entwicklungs- oder Industrieländern.

LITERATUR:

Hahn, E., "Umweltbewußte Siedlungspolitik in China", Frankfurt 1983

ANMERKUNGEN:

- (1) Bao Guangqian: Make an Effort to Build Medium and smallized Towns. Shanghai Jiefang Ribao, Shanghai 1979.
- (2) Wu Tze Chin: Environmental Management in China. Unveröff. Vortrag, 25.11.80.
- (3) NCNA, No 5689, 24.8.1974.
- (4) Geographische Rundschau 1981, H.3.
- (5) Atlas zur Umweltqualität in den westlichen Stadtteilen Beijings, Bd. 1, Kap. 1, interne Übersetzung S. 2.
- (6) Ebenda, S.3.
- (7) Ebenda, S. 3.
- (8) Ebenda, S. 3.
- (9) Atlas zur Umweltqualität in den westlichen Stadtteilen Beijings, Bd. 2, interne Übersetzung S. 12.
- (10) Ebenda
- (11) Ebenda, S. 7.
- (12) Atlas zur Umweltqualität, a.a.O., Bd. 2 Original S. 19.
- (13) Ebenda, S. 55.
- (14) Ebenda, S. 35-52 sowie S. 64-65.

Jan Lindert

POLEMIK GEGEN DEN LATENT PARASITÄREN CHARAKTER VON ENTWICKLUNGSLÄNDERFORSCHUNG

VORREDE:

Es sei ausdrücklich vorangestellt, daß mit den folgenden Gedanken keine Person direkt angegriffen werden soll und auch das Forschungsfeld nicht in Frage gestellt wird. Das Stilmittel der Polemik soll mir die Möglichkeit geben, meine Gedanken ohne wissenschaftliche Absicherung, also partiell, übertrieben, sowie auch unsachlich und aggressiv darzulegen, denn der Handlungsgegenstand soll wie in einer Parabel auf narrative Weise und nicht auf analytische Weise verdeutlicht werden, damit man besser nachempfinden kann, was ich meine.

POLEMIK:

Die Entwicklungsländerforschung dient, wie auch andere sozialwissenschaftliche Forschung, der Erweiterung des Wissens über die Bedingungen und Realisierungen von Menschen-Leben. Daran ist nichts auszusetzen, zumal in aufklärerischer Tradition die erweiterte Erkenntnis der Schlüssel für Veränderung und Entwicklung ist, gleich ob evolutionär oder revolutionär.

Wissen ist Macht, und es stellt sich nur die Frage, inwieweit der Forschende sich auch dazu verpflichtet fühlt, an der Umsetzung seiner Erkenntnis verantwortlich teilzunehmen oder sich als neutraler Lieferant von Daten versteht, der die politisch handelnde Bearbeitung der Materie anderen überläßt.

Von Pasolini stammt der Ausspruch: "Kunst, Musik, Dichtung, Design - tragen nichts zur Humanisierung der Gesellschaft bei ...".

Wissenschaft und Forschung auch nicht, wäre hinzuzufügen, denn in den Werkstätten der Entwicklungsländerforschung geht es zu wie in zoologischen Laboratorien. Wie die in Formalin eingelegten seltenen oder abnormen Exemplare der verschiedenen Gattungen so stapeln sich in den Bibliotheken die Fallstudien über die Quartiere der Armen. Und wie in einem Zeitraffer findet man meterweise die verschiedenen Konjunkturzyklen der Forschungsgenerationen vor:

TEMA, ACCRA - VILLA EL SALVADOR - TONDO FORESHORE - RIO und MEXICO CITY und immer wieder HONG KONG.

Bei der Entschleierung der islamischen KASBAH hat sich die weiße Forscherphantasie ebenso subtil entwickelt wie beim Einstieg in den SCHAMANENKULT.

Reagenzglasmäßig wird nun analysiert und klassifiziert, man katalogisiert und dissertiert; nebenbei werden die kulturellen Defizite durch teilnehmend beobachtende Gastspiele in vorrevolutionären Randsiedlungen oder bei den befreienden Ritualen der nicht zivilisationsverdorbenen Einheimischen aufgefüllt, aber das wesentliche: ES WIRD KARRIERE GEMACHT.

(Die kleinen bei ASA - wie z.B. der Verfasser - die größeren bei der DFG und den einschlägigen Foundations).

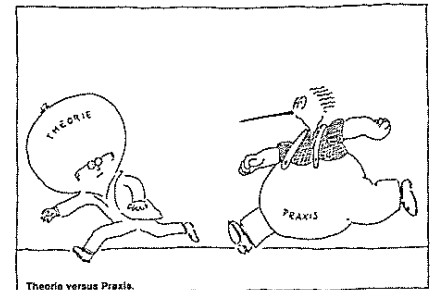
Hier befindet sich der Dreh- und Angelpunkt der Forschungskritik, und er bezieht sich nicht nur auf die

Entwicklungsländerforschung, sondern auf alle sozialwissenschaftlichen Fakultäten.

Wenn die Beziehungen zwischen Forschendem und Beforschtem hauptsächlich die von wissenschaftlich verkleideten Subjekt/Objekt Verhältnissen sind, beginnt die Ausbeutung der Menschen in der zweiten Dimension - nach der primären Ausbeutung durch die gesellschaftlichen Strukturen der Ungleichheit.

Daß die materiellen Verhältnisse für beide beteiligten Gruppen vollkommen unterschiedlich sind, ist klar und von der sozialen Herkunft der Beteiligten her nachvollziehbar.

Daß der privilegierte Forscher durch seine Arbeit noch privilegiierter wird (= Karriere macht), ist in unseren Gesellschaften der individuellen Leistungsbelohnung auch nachvollziehbar. Die Insignien einer Karriere sind für mich auch nicht der problematische Aspekt, sondern ob und wie sie für die Zielgruppe der Forschung instrumentalisiert werden. Die Frage ist für mich: wird die Forschung als objektive Beschreibung und Analyse irgendwelcher Lebensverhältnisse angesehen oder versteht sie sich zusätzlich als eine intellektuelle Dienstleistung zur Unterstützung der Befreiung von herrschaftsbedingter Ungleichheit. Kurz gesagt: wie verknüpft sich die Entwicklungsländerforschung mit der Solidaritätsarbeit.



ENDE DER POLEMIK, POSITIVES NACHWORT:

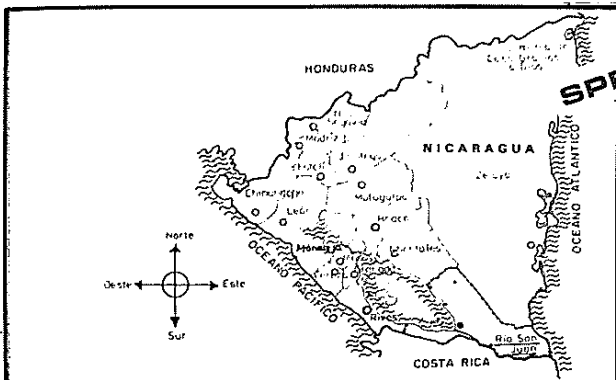
Die Instrumentalisierung der intellektuellen Arbeit für soziale Bewegungen ist nichts neues, sie ist wahrscheinlich sogar immanenter Bestandteil von dieser Art Arbeit.

Aber die Verbindung muß immer wieder neu konzipiert und umgesetzt werden, besonders auch auf der Ebene der Einzelbeziehung der Solidaritätsarbeit in den Seminar- und Lehrbetrieb der Universitäten und Institute. Hier muß eine neue Offensive entfaltet werden, zumal wir unter dem Klima der geistig-moralischen Erneuerung auf alles gefasst sein müssen.

Da sich Solidaritätsarbeit irgendwann auf den Punkt der Geldbeschaffung für selbstbestimmte emanzipative Projekte konzentriert, zum Abschluß eine Eigenwerbung:

Die Aktion Selbstbestimmung (asb) - Lerchenstr. 84, 7 Stgt. 1, hat einen Fond gegründet, der sich durch eine freiwillige Entwicklungssteuer der Mitglieder speist (Etat 1983: ca. 180.000 DM), und aus dem über Regionalgruppen und die Mitgliederversammlung Projekte von Basisgruppen und Befreiungsbewegungen unterstützt werden, wie auch Aufklärungskampagnen hier in der BRD. Die Finanzbeiträge sind jedoch nicht so groß, daß ideelle und materielle Abhängigkeiten entstehen können.

HÄUSER FÜR DIE REVOLUTION IN NICARAGUA



SPENDENAUFTRUF

Gesundheitsprojekt Rio San Juan

PROJEKTHINTERGRUND

Das Projekt wird von MEDICO INTERNATIONAL unterstützt. Sein offizieller Name lautet: "Integrierte Entwicklung einer Struktur des Gesundheitswesens in der Sonderzone III - Río San Juan, Nicaragua, Mittelamerika". Es geht auf eine Initiative des nicaraguanischen Gesundheitsministeriums zurück. Wesentliche Teile seiner Planung sind in der dortigen, dafür zuständigen Abteilung entstanden. Es wurde mit den betroffenen regionalen Behörden abgestimmt und mit Vertretern der örtlichen Massenorganisationen vor Ort intensiv diskutiert. Es nimmt Bezug auf die Gesamtentwicklung der Sonderzone III in seinen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen. Es ist ein integriertes Projekt.

Sein Ziel ist es, die gesundheitliche Lage der Bevölkerung im Departamento Río San Juan entsprechend der gesundheitspolitischen Vorstellungen des nicaraguanischen Gesundheitsministeriums entscheidend zu verbessern. Danach sollen vor allem Mütter und Kinder als Hauptrisikogruppen und die ländliche arbeitende Bevölkerung gezielter in die Gesundheitsversorgung einbezogen werden.

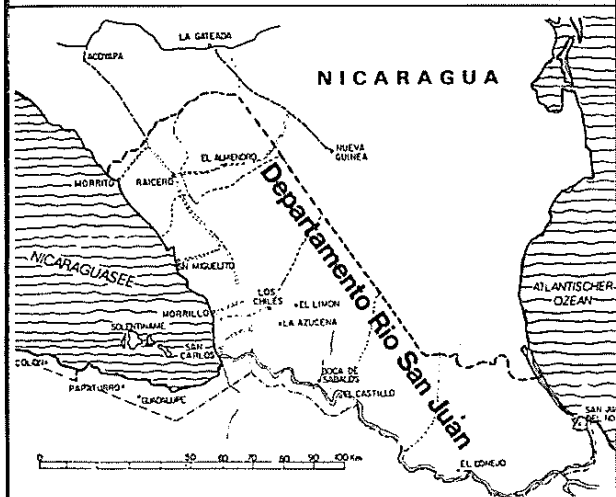
Die Verbesserung der Versorgungsstruktur umfaßt folgende Maßnahmen:

- Zurverfügungstellung einer mobilen medizinischen Einheit auf dem Río San Juan und für das Südstufer des Nicaraguasees.
- Einrichtung von Kommunikationsmitteln in verschiedenen Gesundheitseinrichtungen.
- Renovierung und Ausrüstung der Gesundheitseinrichtungen in San Miguelito, San Carlos, Solentiname, San Juan der Norte, El Castillo, Morrito, El Papaturo, La Azucena und El Conejo sowie der Ausbildungsschule für Krankenpflegepersonal in San Carlos und des Hospitals in San Carlos.
- Bau und Ausrüstung von Wohnhäusern für Personal, Regionalapothek, Regionalbüros und Gesundheitsposten in San Bartolo, Los Chiles, El Limón und Río Indio.

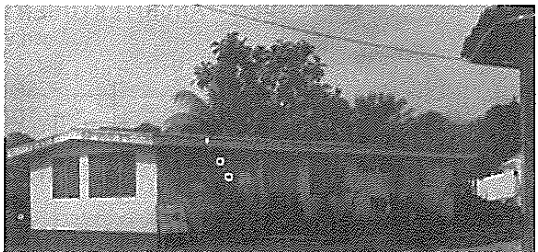
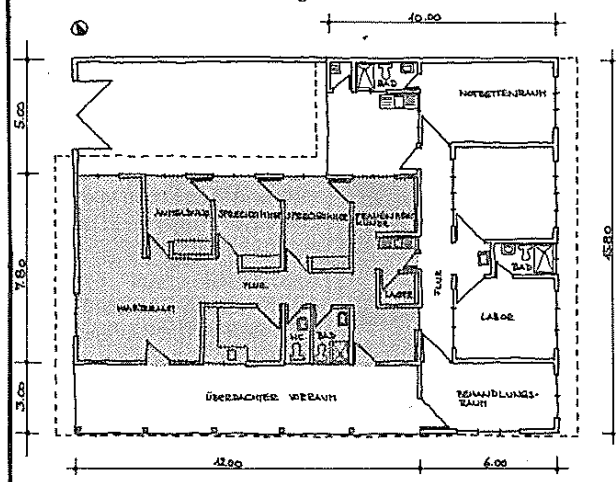
Die gesamten Neuinvestitionen sollen durch ausländische Finanzmittel finanziert werden. Sie sind auf 6,5 Mio. Dollar veranschlagt. Die genaue Planung der Kosten bereitet noch erhebliche Probleme, insbesondere was die bauliche Seite (Renovierungen, Erweiterungen, usw.) anbelangt. (Quelle: medico international, Projektdossier Gesundheitsprojekte am Río San Juan, Dez. 83)

Die Hamburger Baubrigade

Seit gut einem Jahr bemüht sich in Hamburg eine Gruppe von 30 Leuten um die Vorbereitung zur Umsetzung eines Teils des Projektes. Ihre Spendenbemühungen ergaben bisher 24.000 DM. Dafür hat die Gruppe Baumaschinen, Werkzeuge und Transportgeräte gekauft. Einen LKW und einen Unimog hat sie bereits nach Genua gebracht, wo ein Solidaritätsschiff den kostenlosen Transport nach Nicaragua übernimmt. Auch ihr Werkzeugcontainer, bis zum Rande gefüllt, ging in diesen Tagen auf Reisen in Richtung Corinto. Seit kurzem weiß die Gruppe, daß ihr Einsatz im Teilprojekt Gesundheitszentrum San Miguelito erfolgt. Inzwischen ist in der Region Río San Juan auch eine nicaraguanische Baubrigade für Gesundheitsprojekte aufgestellt worden, die für die Hamburger Arbeitspartner sein wird. Am 31. Oktober wird ein Teil der Gruppe - 18 Frauen und Männer, darunter 1 Planerin, 1 Bauingenieur, 1 Klempner, 1 Elektro- u. Klimatechniker, 1 Techniker für Abwasserversorgung, 1 Mechaniker, 2 Lehrer, 1 Krankenschwester, 1 Arzthelferin und mehrere junge Leute, die gerade die Schule hinter sich haben - nach Nicaragua fliegen und mit der Arbeit beginnen. Die Bauzeichnungen für den Erweiterungsbau des Gesundheitszentrums für San Miguelito liegen bereits vor. Um einen spürbaren Beitrag zum Ausbau der nicaraguanischen Infrastruktur zu leisten, hat sich die Gruppe entschlossen, ihren Arbeitseinsatz in Nicaragua für 6 Monate zu planen. Dies wirft allerdings für die Teilnehmer finanzielle Probleme auf. Ihr Lebensunterhalt vor Ort ist zwar gesichert, doch müssen "zu Hause" alle laufenden Kosten über das halbe Jahr hinweg weiterfinanziert werden. Auch die Flugkosten müssen sie alleine tragen. Die zunächst in Hamburg verbleibenden Gruppenmitglieder werden den Kontakt zu ihrer Baubrigade aufrechterhalten und die Versorgung mit Ersatzteilen sichern, damit mitgenommene Maschinen nicht wegen eines Defektes für immer ausfallen. Einige von ihnen planen kürzere Arbeitsaufenthalte innerhalb der 6 Monate. Sollte die Arbeit in San Miguelito weniger Zeit beanspruchen, wird die Brigade anschließend Gesundheitsposten in den umliegenden Dörfern bauen, entsprechend den von medico international und dem Ministerium ausgearbeiteten Rahmenplänen. ■(U.Z.)



Gesundheitszentrum San Miguelito



Die Gruppe bittet um Spenden vorrangig für Transportkosten und Ersatzteile. Über den Bund Deutscher Pfadfinder (BDP) können Spendenquittungen erteilt werden.

SPENDENKONTO: BDP Nicaragua-Konto, Sparda-Bank e.G. Hamburg, Konto-Nr.: 604 410 0100, BLZ 206 905 00

KONTAKTADRESSE: Frauke Kock, Wohlersallee 43, 2000 Hamburg 50, Tel. 040-4396500, Ingo Kroll, Tel. 040-4101908, Wolfgang Ziegert, Tel. 040-3909143

NEUERSCHEINUNGEN

Ekhart Hahn, **UMWELTBEWUSSTE SIEDLUNGSPOLITIK IN CHINA**. 284 S., zahlreiche Abb., Pläne, Tabellen, ausführliche Bibliografie, A5, ISBN 3-593-33247-7, Campus Verlag Frankfurt, Nov. 1983, DM 58.--

Der vorliegende Band stützt sich auf die Ergebnisse eines Forschungsauftrags des BMFT über "Umweltpolitik in China und technologische Entwicklung", an der der Verfasser als Experte für den Bereich "Siedlungspolitik" mitwirkte. Der Titel des Buches ist eher etwas tiefstaplerisch ausgefallen, denn außer der hier bisher noch kaum bekannten, aber in China bereits jahrzehnte-, in einigen Aspekten (wie der Geomantie) sogar Jahrtausende-alten Erfahrungen auf dem Gebiet der die Natur einbeziehenden Siedlungsplanung berichtet E. Hahn auch über weiterführende Fragen der Wohnungsbau- und Urbanisierungspolitik, über Aufgaben und Organisationsformen von Basisorganisationen, und - für mich in diesem Zusammenhang weniger verständlich - über Siedlungsökologie in der Bundesrepublik Deutschland (S. 42-48).

Für die verschiedenen Untersuchungsbereiche stellt Hahn die programmatischen und gesetzlichen Grundlagen zunächst vor, und untersucht dann an Fallstudien Formen der Umsetzung einer solchen Politik. Besonders wird dabei die Tendenzwende nach dem Tod von Mao deutlich: während nach Beginn der Kulturrevolution zunächst lokale Eigenverantwortlichkeit und die Förderung von dezentralen autarken Sied-

lungseinheiten, das (auch für uns heute noch überzeugende) Entwicklungskonzept einer "Neuen Gesellschaft" darstellt, wird seit 1979 in China wieder stärker die regionale Arbeitsteilung angestrebt, und eine beschleunigte Verstädterung - auch mit Hinweis auf die im Westen gemachten Erfahrungen - toleriert. Angesichts der berichteten Veränderungen interessiert den Leser natürlich, mehr über deren politische Gründe und ökonomischen Zwänge zu erfahren. Leider beschränkt sich Hahn auf die mit Dokumenten, Beobachtungen, Aussagen 'belegbare' Ebene des 'Reports' und und hält sich hinsichtlich einer Interpretation dieser Entwicklung, zu der er sicherlich wie kein anderer in der Lage sein dürfte, zurück.

Viele der aus China berichteten Ziele und Mittel der Siedlungsplanung könnten Vorbild für andere Entwicklungsländer (und nicht nur für diese) sein, und manche dieser Ideen wurden in anderen 'progressiven' Ländern erst vor kurzem unabhängig vom chinesischen Beispiel entdeckt oder vorgeschlagen. Hierzu gehören u.A. Umwelpflege, Gesundheitsvorsorge und Erziehungsmaßnahmen in der Verantwortlichkeit von Basisorganisationen, Stadtgärten, Siedlungs- und Fabrikbegrünung mit Nutzpflanzen (wie Obstbäume), umfassende Überwachung des lokalen ökologischen Gleichgewichts durch Erstellung von Umweltatlanten etc.

Das Buch ist nicht nur für Entwicklungsländerspezialisten zu empfehlen und wäre geeignet, die Städtebauliche Lehre an unseren Hochschulen mit neuen Denkanstößen zu bereichern. Leider

hat der Verleger hier die Chance einer weiten Verbreitung des Werkes durch seine Preispolitik verbaut. Nur wenige Bibliotheken werden sich dieses kartonierter, im Schreibmaschinensatz und Schnelldruck ohne Fotos hergestellte 'Juwel' heutzutage leisten können, und auf studentische Käuferschicht zielt der vierfache Kopierpreis des Originals sicher ohnehin nicht ab.

K. Mathéy

Sammelrezension

J.Riedel/S. Schulz
DIE BEDEUTUNG DER BAUWIRTSCHAFT FÜR DEN WIRTSCHAFTLICHEN WACHSTUMSPROZESS DER ENTWICKLUNGSLÄNDER. (Info-Studien zur Entwicklungsforschung) München 1978, 254 S., DM 54.--.

D. Baldeaux
ENTWICKLUNGSPOTENTIALS IN SLUMGEBIETEN München 1983, 170 S., ohne Preisangabe

Paul Schmarling
STADTENTWICKLUNG IN SALVADOR. PLANUNG ZWISCHEN ARM UND REICH. Darmstadt (Archimed Verlag) 1983, 205 S., DM 24.--

Mit "Bauwirtschaft und Baustoffindustrie in Entwicklungsländern" haben das Info-Institut und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung eine vom BMZ finanzierte Gemeinschaftsstudie vorgelegt, die in ihrer methodisch sauberen Ausführung sowohl den Erwartungen der Fachwelt an die beiden führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen entspricht als auch zukünftige Auftraggeber bestechen wird. Daß, wie die Autoren feststellen, das statistische Ausgangsmaterial unzureichend

ARCH+ anstösse

Genossenschaften!

74 ARCH+

..... Denkanstöße geben
..... zur Diskussion anstiften
..... über die Grenzen der Disziplin hinausschauen.
Dafür steht das hochgestellte „Plus“ im Namen der Zeitung.

ARCH+
— mehr als nur Architektur
Zeitschrift für Architekten,
Stadtplaner und kommunalpolitische Gruppen
In jeder guten Buchhandlung, Abos, Bestellungen, Prospekte, Probeheft bei Klenkes Druck + Verlag, Oranienstr. 9, 51 Aachen

„Schafft zwei, drei, viele kleine Genossenschaften!“

Erinnerungen an bessere (Trägerformen in der) Vergangenheit, bloße Kritik und Anklage des verfahrenen Status quo genügen heute nicht mehr. Heute bedarf es des Mutes zu vielen aufbauenden Schritten. Heute gilt es, von neuem anzufangen.

Eine Zukunft für Gemeinnützige Träger ● Zur Reform des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts ● Zum politischen Problem der Genossenschaften ● SPD und Genossenschaften ● „Anders leben“: Bilder einer Ausstellung ● Experimente, Modelle, Erfahrungen. Beispiele aus Konstanz, Berlin, Nürnberg, Hannover, Hamburg, Herford, Braunschweig, Bielefeld ● Und: Raymond Unwin, Co-operation beim Bauen, Deutscher Erstdruck aus: The Art of Building a Home, London 1901



ARCH+ 73

Zum ersten Mal auf deutsch:
CHRISTOPHER ALEXANDER.
Auszüge aus seinen Schriften: Die zeitlose Art zu Bauen und Pattern Language Projekte, Erfahrungen, Diskussion DM 12

ARCH+ 72

REGIONALES BAUEN. EMIL STEFFANN: Die Baufibel für Lothringen. Erstdruck nach dem 1943 entstandenen Manuskript DM 10

ARCH+ 71

ARCHITEKTEN FÜR DEN FRIEDEN - ARCHITEKTUREN FÜR DEN KRIEG. Mit Beiträgen von: A. Kluge, U. Enzensberger, G. Zwierenz, B. Brock, P. Sloterdijk u.a. DM 10

ARCH+ 68

VOM HAUSBAU ZUM STADTBAU DM 10

ARCH+ 62 und ARCH+ 51/52 ÖKOLOGISCH PLANEN UND BAUEN. Heft 1 und 2
Sonderpreis für beide Hefte DM 15

JULIUS POSENER, Vorlesungen zur Geschichte der Neuen Architektur. 5 ARCH+ -Hefte im Schuber DM 48

ist, hält sie keineswegs davon ab, mit Hilfe der input-output-Methode die "entwicklungspolitische Bedeutung der Bauwirtschaft" für 35 Länder numerisch, einschließlich der "direkten, gewichteten sowie ungewichteten Linkage-Effekte, der Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt, das Leistungsbilanzsaldo und die Beschäftigung" (S.50) zu erfassen. Als entwicklungs-politische Fördermaßnahmen schlagen sie unter Bezugnahme auf die von ihnen festgelegten makroökonomischen Zusammenhänge die "Erschließung des Nachfragepotentials des Privatsektors, u.a. durch die Schaffung von inflationsgeschützten Pfandbriefmärkten" vor. Fügt sich die Realität nicht der Theorie, um so schlimmer wäre, in Anlehnung an ein bekanntes Zitat, für die Realität in der Dritten Welt zu befürchten, wüßte man nicht um die für Deutschland kennzeichnende Trennung von Wissenschaft und Politik.

Explizit als anwendungsorientiert versteht sich der von Dieter Baldeaux verfaßte BMZ-Forschungsbericht "Entwicklungspotentiale in Slumgebieten", der anhand dreier ausgewählter Elendsquartiere (Sri Lanka, Indien, Pakistan) Ansatzpunkte für die Verbesserung der Wohnungssituation und Einkommensverhältnisse feststellt. Die Auftraggeber werden sich zunächst einmal wundern, daß das BMZ in fünfzehn Jahren seines Bestehens die folgende Regel noch nicht beachtet hat: "Bei der Förderung geht es zunächst darum, die Schwachstellen zu finden, die bedingen, daß die Subsistenz (der Slumbewohner) auf so geringem Niveau erfolgt" (S.3). Auch die Zusammenfassung wird die Praktiker der Stadtentwicklungspolitik verblüffen: "Der ideale Weg, das Slum- und Squatterproblem anzugehen, ist die Eliminierung der Mißstände unter Erhaltung der Werte" (S. 28). Daß "bei den Menschen in den drei untersuchten Gebieten ihre Armut zentrales Problem ist" (S.85) wäre fast zu vermuten gewesen, daß sie aber "perpetuell" ist, läßt aufhorchen. Zweimal lesen muß man auch das folgende Zitat: "Dieser circulus vitiosus ist nur zu durchbrechen, wenn es gelingt, die Armut zu beseitigen. Aus dieser Sicht ist Armut zunächst ein ökonomisches Problem, eine Funktion des Einkommens. In Fortführung dieser Überlegung ist Einkommen eine Funktion der Entwicklung" (S. 82)

Die von Paul Schmarling vorgelegte soziologische Dissertation befaßt sich am Beispiel der brasilianischen Großstadt Salvador mit den Grenzen

ZSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT PERIPHERIE

Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt.

Peripherie soll

- die überfällige Debatte um das Verhältnis der westdeutschen Linken zur Dritten Welt neu beleben
- Solidarität durch Vermittlung von Informationen, Materialien und Analysen über Alltagskämpfe und soziale Emanzipationsbewegungen festigen
- die Ergebnisse und Schwierigkeiten siegreicher Befreiungsbewegungen untersuchen
- die Veränderungsprozesse des Kapitalismus in der Peripherie aufarbeiten
- die internationale entwicklungstheoretische Diskussion aufnehmen
- Texte von Teilnehmern der sozialen Emanzipationsbewegungen in der Dritten Welt zugänglich machen

- Nr. 5/6: Entwicklungstheorien
- Nr. 7: Entwicklungspolitik
- Nr. 8: Kultur
- Nr. 9: Afghanistan, Brasilien, Peru, u.a.
- Nr. 10/11: Befreiungsbewegungen an der Macht
- Nr. 12: Religion und religiöse Bewegungen
- Nr. 13: Frauen und Entwicklung
- Nr. 14: Theoriediskussion
- Nr. 15/16: Internationalisierung und Krise
- In Vorbereitung:
- Nr. 17: Landwirtschaft
- Nation und Nationalismus
- Gesundheit

In jedem Heft: Diskussionsartikel, Rezensionen, Neuerscheinungen, Resümeees in Englisch

Vierteljahrszeitschrift

Einzelheft: DM 9,-; Doppelheft DM 16,-
Abonnement: DM 30,-; Förder-/Institutionen-
abo DM 60,-; Übersee (Luftpost) DM 47,-/77,-

Redaktion: c/o Institut für Soziologie, Bisinghof 5-6, D-4400 Münster

Verlag und Vertrieb: PERIPHERIE, c/o FDCL, im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, D-1000 Berlin 61

wohnungspolitischer Reformansätze. Schmarling dokumentiert mit Hilfe umfangreichen Quellenmaterials das Scheitern des Mitte der siebziger Jahre von dem Präfekten Jorge Hage unternommenen Versuchs, durch kommunale Planung die Wohnungsversorgung städtischer Armutgruppen zu verbessern. Für den deutschsprachigen Raum zeigt Schmarling damit erstmals empirisch auf, daß das auch von der Weltbank verstärkt geforderte Umdenken in der städtischen Wohnungspolitik schon an den mächtigen Interessengruppen und an der Bodenfrage scheitern muß.

Karl Otterbein

UN Seminar of Experts on LAND FOR HOUSING THE POOR, ISBN 91-540-3905-3 100 S., Swedish Council for Building Research, Stockholm, 1983.
Vertrieb: Svenk Byggtjänst, Box 7853, S-10399 STOCKHOLM. Preis ca. SEK 40.

Dieser Bericht eines Expertentreffens der UN-HABITAT setzt sich aus zwei Teilen zusammen: den offiziell verabschiedeten (und unverbindlichen) Empfehlungen an die Mitgliedstaaten für eine bevölkerungsfreundliche Boden- und Siedlungspolitik, und einem 'Anhang', der wesentlich umfangreicher ist als die Empfehlungen. Obwohl dies nicht explizit erwähnt wird, beziehen sich fast alle Aussagen auf den Zusammenhang der Entwicklungsländer, ob-

gleich ja auch in den Industriestaaten die Armen wieder eine substantielle Minorität darstellen. Spannende und neue Erkenntnisse zu dem Thema werden nicht vorgestellt; das ist bei der Frage, wie eine ständig wachsende Weltbevölkerung mit der bereits jetzt knappen, und nicht vermehrbaren Ressource "Land" ausreichend versorgt werden könne, auch nicht zu erwarten. Doch zumindest in den "Theme Papers" des Anhangs findet der Leser nützliche Zusammenfassungen der Grundproblematiken auf diesem Gebiet, so z.B. in David Satterthwaite's Aufsatz über Landerwerbsmöglichkeiten der öffentlichen Hand. Die Broschüre eignet sich als Ratgeber für noch unentschlossene Politiker - sofern es diese geben sollte. km

MURRAY BOOKCHIN
TOWARD AN ECOLOGICAL SOCIETY
315 Seiten, Pb. ISBN 0-919618-98-7, 1980, Black Rose Books Montréal, Auslieferung für Europa: Housmans, 5 Caledonian Rd, LONDON N1, £ 5,15.

Bereits in den fünfziger Jahren verfocht Bookchin in Nordamerika 'sozial-ökologische' Standpunkte, erkannte die Gefahren von Atomkraftwerken, und propagierte stattdessen Alternative Technologien und Dezentralisation. Heute, nachdem Umweltschutz ein auch in weiten Bürgerkreisen anerkanntes Ziel geworden ist, stellt der Autor neue und weitergehende Fragen, und attackiert Selbstgefälligkeit, Vereinsmeierei, Managementum und Vermarktung in der Alternativbewegung. Seine Aufsätze, von denen in der vorliegenden Sammlung dreizehn in Buchform zusammengefasst wurden, begnügen sich dabei nicht mit der geäußerten Kritik. In einem der zentralen Beiträge mit dem Titel THE MYTH OF CITY PLANNING, liefert er eine detaillierte Analyse historischer Sozialstrukturen und deren Ausdruck in der Form von unterschiedlichen Stadttypen und -formen. Das aktuelle städtebauliche Dilemma unserer spätkapitalistischen Metropolen erklärt er somit auch dialektisch, ohne sich dabei auf eine - in sich spannende - ökonomische Analyse zu beschränken. In dem folgenden und weiterführenden Aufsatz TOWARD A VISION OF THE URBAN FUTURE folgt - wer

PERGAMON PRESS

TITLES ON PLANNING IN THE THIRD WORLD

PLANNING FOR SMALL ENTERPRISES IN THIRD WORLD CITIES

Edited by R BROMLEY, Centre for Development Studies, University College of Wales, Swansea, UK

Urban and Regional Planning, Volume 34

250 pp approx September 1984
0 08 025236 2 Hardcover DM119.00

0 08 031333 7 Flexicover DM 80.00 approx

BETWEEN BASTI DWELLERS & BUREAUCRATS

Lessons in Squatter Settlement Upgrading in Karachi

Edited by J W SCHOORL, Free University, Amsterdam, J J van der LINDEN, Free University, Amsterdam, The Netherlands and K S YAP, UN Habitat Centre, Nairobi, Kenya

320 pp 48 illus 131 lit refs 1983
0 08 027971 6 Hardcover DM84.00
0 08 030229 7 Flexicover DM41.00

Prices are subject to change without notice.
DM prices quoted are valid for Austria and Germany (BRD) only.



PERGAMON PRESS

Hammerweg 6, D-6242
Kronberg, Germany, BRD

Der tägliche Kampf ums Überleben

In der Stadt Jinotepe in Nicaragua leben heute 31.000 Einwohner, davon über die Hälfte Kinder. In den letzten Jahren sind über 1.000 Menschen zugewandert, weil sie sich in der Stadt ein besseres Leben erhofften als auf dem Lande. In den Städten aber können sie nur in den Elendsvierteln unterkommen; in notdürftig zusammengeflackten Behausungen aus Wellblech, Holz, Pappe, Stoff. Selten gibt es ein auf Ziegeln gebautes Haus, selten Elektrizität, Wasserversorgung, Kanalisation; Schulen und Gesundheitsstationen sind kaum vorhanden.

Wasserversorgung in Eigeninitiative

Die rund 1.100 Bewohner dreier Elendsviertel in Jinotepe haben selbst die Initiative ergriffen. Aus der Erkenntnis, daß schlechte Wasserversorgung immer wieder Krankheiten verursacht und vorhandene Leiden nicht heilen läßt, haben sie selbst Wasserleitungen verlegt.

Die nicaraguanische Regierung half ihnen, indem sie qualifizierte Arbeiter und Ingenieure zur Verfügung stellte, die die Planung und die Vermessungsarbeiten durchführten. Die Einwohner der Elendsviertel übernahmen die Aushebung der Gräben und das Verlegen der Rohre in Eigenarbeit. Aber das von 40 Jahren Diktatur, einem verheerenden Erdbeben und blutigem Bürgerkrieg geschwächte Nicaragua war nicht in der Lage, die Kosten für die Rohre zu übernehmen. Dafür hat die ASW eine Summe von DM 10.000 zur Verfügung gestellt.

Extreme innere Probleme beim Aufbau des Landes und massive äußere Anfeindungen bedrohen heute den Entwicklungsweg, den Bevölkerung und Regierung von Nicaragua gemeinsam gehen. Gerade in dieser Situation braucht Nicaragua unsere solidarische Unterstützung.



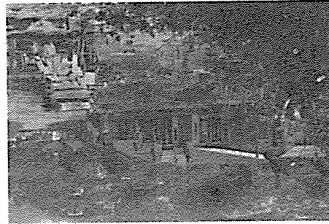
**Aktionsgemeinschaft
Solidarische Welt e.V.
ASW**

ist so naiv, das zu erwarten? - nicht das Patentrezept, wo's stattdessen langgehen soll, und auch eine aufgewärmte Sozialutopie künftiger Siedlungsformen ist nicht die Antwort des Autors. Ganz konkret werden aktuelle Beispiele aus den Vereinigten Staaten aufgeführt und evaluiert, die den 'Unterschied zwischen Stadtverwaltung und Buchhaltung' aufzeigen sollen, und als Formen einer sozialen Gegenbewegung gewertet werden können.

Andere Kapitel des Buches beschäftigen sich mit nicht weniger interessanten Themen, wie z.B. THE CONCEPT OF ECOTECHNOLOGIES AND ECOCOMMUNITIES, MARXISM AS BOURGEOIS SOCIOLOGY, SPONTANEITY AND ORGANIZATION. Was an allen Beiträgen besticht, ist neben einem überzeugenden Grundkonzept die in anderer Fachliteratur leider seltene Verbindung von flüssigem Schreibstil und gründlicher wissenschaftlicher Arbeitsweise. Man darf gespannt sein auf die angekündigte Neuerscheinung von Bookchin: URBANIZATION WITHOUT CITIES (Sierra Club, San Francisco).

Peter M. Ward
SELF-HELP HOUSING. A CRITIQUE
296 S. ISBN 0-7201-1636-8, Mansell Publishing Ltd, Alexandrine Press, London 1982, Leinen £ 17,50.

Selbsthilfe im Wohnungsbau ist kein Buchtitel, der neue und überraschende Weisheiten verspricht. Zu lange wird schon kontrovers über dieses Thema diskutiert, und unter Akademikern, Politikern und Experten der Praxis ist das Lager geteilt in überzeugte Befürworter und kritische Skeptiker des Konzepts. Daher war eine Publikation wie die vorliegende, die



Die Hälfte der Bevölkerung lebt in Elendsvierteln

In anderen Ländern Lateinamerikas sieht die Lage in den Elendsvierteln bedeutend schlechter aus: Selbsthilfeinitiativen der Betroffenen finden selten die Unterstützung der Regierungen. Und es ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung Lateinamerikas, die heute am Rande der Städte in Elendsvierteln wohnt: Arbeitslose, Gelegenheitsarbeiter, Bettler, ambulante Händler, kleine Handwerker.

In Nicaragua und in anderen Ländern Lateinamerikas möchte die ASW Unterstützungsarbeit leisten, wenn sich die Menschen in den Elendsvierteln zur Selbsthilfe entschlossen haben. Dafür bitten wir um Ihre Spende* unter

**Kennwort: Hilfe für Elendsviertel
Kenn-Nr.: 9821-T**

*Regelmäßige Spender erhalten Berichte über die Verwendung der Gelder in unserem „Projekt-Info“.

Wer wir sind

Die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, 1957 als Aktionsgemeinschaft für die Hungernden gegründet und eine der ersten privaten Entwicklungshilfeorganisationen, finanziert Initiativen einheimischer Träger — vorwiegend in Indien, Lateinamerika, im Südlichen Afrika und in einigen westafrikanischen Ländern. Wir unterstützen 'Kleinst'-Projekte (z. B. basisorientierte soziale Aktionsgruppen, Flüchtlingsgruppen, Selbsthilfeprogramme für Indios und praxisbezogene Bildungsstätten) über ein Patenschaftsprogramm, das von einem großen Spender- und Mitgliederkreis getragen wird.

Das jährliche Spendenaufkommen beträgt derzeit rund 2 Millionen Mark. Spenden an die ASW sind steuerbegünstigt. Die Abrechnungen werden regelmäßig vom Rechnungshof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg (West) geprüft.

Wir bemühen uns, im Büro Hierarchien und Arbeitsteilung abzubauen. Wir beziehen niedrigere Gehälter als in anderen Entwicklungshilfeorganisationen üblich.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft — Berlin
Konto-Nummer: 1600220800,
Bankleitzahl: 10010111

Postscheckkonto Berlin-West
Konto-Nummer: 4006-104

An die
Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
— Lateinamerika-Referat —
Friedrichstraße 236
1000 Berlin 61

Bitte senden Sie mir weitere Informationen über die Lateinamerika-Arbeit der ASW.

sich vornimmt, den erreichten Diskussionsstand festzuhalten und gewissermaßen Bilanz zu ziehen, schon lange fällig. Zumindest, was die theoretische Aufarbeitung und Dokumentation der Selbsthilfedebatte angeht, entspricht das Buch seinem Anspruch.

Dieser intellektuelle Überblick wird insbesondere in der Einleitung des Herausgebers, und dem 1. Teil der Autorenbeiträge geleistet. In diesem Abschnitt mit dem Untertitel: "THEORIES OF SELF-HELP" stellt HANS HARMS u.a. den historischen Bezug zwischen Selbsthilfe-Bewegungen und Krisenperioden kapitalistischer Entwicklung her, und belegt dies mit einer Reihe von Fallstudien. Die beiden "klassischen" Kontrahenten der aktuellen jüngeren Selbsthilfediskussion im englischsprachigen Raum, JOHN TURNER und ROD BURGESS, erhalten Gelegenheit, den aktuellen Stand ihrer über die Jahre mehrfach modifizierten Positionen darzustellen, und auf die bekannten Argumente der Gegenseite Bezug zu nehmen.

Der zweite Teil des Buches enthält Zusammenfassungen von 4 Forschungsarbeiten zu einzelnen Siedlungen in der Dritten Welt, in deren Bauprozess Selbsthilfe eine Rolle gespielt hat. Selbstverständlich trifft dieses Kriterium für über 90% aller Nachbarschaften in Entwicklungsländern zu, so ist die Logik für die spezifische hier präsentierte Auswahl nicht ganz nachvollziehbar, außer daß das Phänomen eben im Zusammenhang verschiedener sozialer Zusammenhänge illustriert werden soll. Die Wahl der Fälle Ankara (G. PAYNE), Mexico (P. CONNOLLY und P. WARD) und Villa Salvador/Lima (R. SKINNER) ist wohl eher

zufällig als repräsentativ einzuschätzen.

Im Schlussteil des Buchs werden die Erfahrungen aus zwei, in der internationalen Fachpresse als relativ "erfolgreich" gehandelten, geplanten Selbsthilfefprojekten durch die mitverantwortlichen Experten vorgestellt. Wegen der unvermeidbaren Voreingenommenheit für die eigene Planung kann hier natürlich keine objektive Evaluierung erwartet werden, doch umso interessanter ist daher z.B. auch das Eingeständnis der Autoren, daß die Zielgruppe der Ärmsten mit den Programmen auch hier nicht erreicht werden konnte, bzw. daß dieses Ziel zur Durchsetzung weitergehende strukturelle Veränderungen erforderlich machen würde. K. Mathéy

FORSCHUNGS- INFORMATIONEN

Im Rahmen des Forschungsprojektes "Bauproduktion und Wohnraumversorgung in -Selbsthilfe-: Programme zur Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen für die untersten städtischen Einkommensgruppen in ausgewählten Entwicklungsländern, Schwerpunkt Lateinamerika" (siehe TRIALOG Heft 1 Okt. 83, S. 35) wird zur Zeit eine Untersuchung über die Wohnviertel unterer und unterster Einkommensschichten (asentamientos populares) im Großraum Managua durchgeführt. Bearbeiter ist Dr. Alejandro Argüello Hüper, Managua/Nicaragua, der die Ergebnisse dieser Studie auf der internationalen Arbeitstagung "Stadterneuerung und Wohnraumversorgung für untere Einkommensgruppen in lateinamerikanischen

Großstädten" vom 11.-16.02.1985 an der TU Hamburg-Harburg (siehe Rubrik "Veranstaltungen") zur Diskussion stellen wird.

LEHRANGEBOTE

TU Berlin, PBE WS 84/85
VL "Siedlungsplanung in Entwicklungsländern". Prof. L. Christians

TU Berlin PBE WS 84/85
Wohnquartiere in Entwicklungsländern
Betreuer: Otto R.H. Greger
Erarbeitung von Grundlagen für nutzerbezogenes, technologisch angepasstes sowie ökonomisch angemessenes Wohnen und Entwurf eines Wohnquartiers für eine Stadtteilgruppe unter Bezugnahme auf die spezifischen Probleme des Wohnungsmarktes sowie die Ziele und Formen staatlicher Wohnungspolitik in ausgewählten Ländern der dritten Welt.

TU Berlin PBE WS 84/85
"Wohnungsbau für die Armen in Bombay (Indien)". Betreuer: F. Steinberg

TU Hamburg-Harburg WS 84/85

Seminar: Planen und Bauen in "Entwicklungsländern", in der "Dritten Welt", in "fremden Kulturen", in "traditionellen Gesellschaften", in "anderen Klimazonen", in den "Tropen"? Eine grundlegende Einführung in die Problematik.
Betreuer: Prof. Hans Harms und Ulrike Zschaebitz. Kooperant: John Tait.

TH Darmstadt WS 84/85 und SS 85

Seminar: "DIE ROLLE DER STADT IN REVOLUTIONÄREN ENTWICKLUNGSPROZESSEN UND DIE AUSWIRKUNGEN AUF STADTPLANUNG UND GEBAUTE UMWELT IN DER DRITTEN WELT"
Betreuer: Kosta Mathëy und Christian Voigt. Termin: Dienstags 14:30 - 17:00

Vorlesung: Grundlagen des Planen und Bauens in Entwicklungsländern: Wohnungsbauprogramme (1-semesterig), Prof. Arnold Körte, Dienstags 11.30 - 13.00

Entwurf: Umnutzung eines bestehenden Wohnquartiers in Süd-Ost-Asien. Betreuung: Prof. Körte

Fachhochschule Darmstadt, FB Architektur: Projektseminar STADTENTWICKLUNG IN MANAGUA. Betreuung: E. Bruno, K. Mathëy, A. Schmidt.

VERANSTALTUNGEN

INTERNATIONAL SEMINAR ON RESEARCH NEEDS AND PRIORITIES FOR HOUSING AND CONSTRUCTION ACTIVITIES IN DEVELOPING COUNTRIES. The seminar will take place in Lund, 17-21 September 1984, as a contribution to the International Year of Shelter for the Homeless (IYSH) in 1987. For further infor-

mation, contact: Mr. Lars Reuterswärd LCHS, Lund University, P.O.Box 725, S-220 07 LUND, Sweden. Tel.: (0) 46/-109244.

INTERNATIONALES SEMINAR:
MEJORAMIENTO URBANO PARA GRUPOS DE BAJOS INGRESOS

"Stadsanierung für untere Einkommensgruppen", vom 12-16. November 1984 in Santo Domingo. Das Seminar wird von der Dominikanischen Wohnungsbaubehörde INVI und der GTZ gemeinschaftlich vorbereitet und durchgeführt. Verantwortlich: René Jaquez Gil, Martina Craemer, Dr. Manfred Niermann. Anmeldung: Instituto Nacional de la Vivienda, Apartado Postal 1506, Santo Domingo, Dominikanische Republik.

EARTH CONSTRUCTION TECHNOLOGIES APPROPRIATE TO DEVELOPING COUNTRIES
10.-12. DEZEMBER 1984 in Brüssel

Der Workshop wird veranstaltet von der Belgischen Regierung (Ministry of Development Cooperation) in Zusammenarbeit mit UNCHS (HABITAT). Teilnahme kostenlos, aber auf in dem Gebiet tätige Forscher beschränkt. Kontaktadresse: AGCD-ABOS, Place du Champ de Mars 5, Bte 57, Bureau 1925, B-1050 BRÜSSEL, Belgien.

INTERNATIONALE ARBEITSTAGUNG "STADTERNEUERUNG UND WOHNRAUMVERSORGUNG FÜR UNTERE EINKOMMENSGRUPPEN IN LATEINAMERIKANISCHEN GROßSTÄDTEN"
11.-16. Februar 1985 in Hamburg-Harburg

- Europäische Forschung
- Lateinamerikan. Forschung und Praxis
- Lateinamerikan. Kooperationsprogramme

Mit Teilnehmern aus Brasilien, Cuba, Chile, Ecuador, Nicaragua, Venezuela. Tagungssprache: Spanisch. Veranstalter: AB Städtebau III, Forschungsschwerpunkt "Stadterneuerung und Werterhaltung" der Technischen Universität Hamburg-Harburg

Auskunft: Hans Harms, Ulrike Zschaebitz FSP 604, TU Hamburg-Harburg, Schwarzenbergstr. 93 c, D-2100 Hamburg 90, Tel. (0)40-77170-2659/-2670/-868

INTERNATIONAL DESIGN PARTICIPATION CONFERENCE (DPC '85):

1. the role of the client/user
2. the role of the experts (architects, designers, engineers, surveyors, etc.)
3. the building industry
4. legal and policy aspects
5. financial aspects

Kontaktadresse: Dr. Reza Beheshti, International Design Participation Conference, Faculty of Architecture, Building, and Planning, Eindhoven University of Technology, Post Box 513, 5600 MB Eindhoven, The Netherlands. Tel.: (040) 473 267, u. 472 271

ENGLISH SUMMARIES

THE HOUSES OF THE REVOLUTION

Reiner Huwer, Jochen König, Marlene Krapols-Reiners, Rolf Westerheide:
CUBA: A REVOLUTIONARY WORLD IN CONSTRUCTION

In 1959 there was the beginning of a far-reaching revolutionary transformation in Cuba. From the outset, one of the developmental strategies in the field of planning was to equalize the disparities between urban and rural areas, in particular between the metropolis La Habana and the rest of the country. The expansion of the capital was strictly controlled and considerably slowed down. At the same time the infrastructure of all rural areas was improved and extended. These measures were paralleled by building up new urban centers and educational establishments all over the countryside. The "secundarias en el campo" - constructed with the prefabricated "Girón system" made in Cuba - got famous. The regional disparities were diminished gradually. But this was not the only problem to solve: the inherited housing shortage was a heavy burden for the revolution. Only by mobilizing all human and material resources, by developing and using prefabricated construction systems, by establishing the "poder popular" and creating the "microbrigadas" - substantial achievements of the Cuban revolution - it has been possible to transform the ancient structures, alleviate the housing problem and elevate the living conditions of all the Cuban people. (U.Z.)

Luis Varas Arriaza:
OUR STRUGGLE IS BIGGER THAN THE HOUSE: THE INHABITANTS OF "CAMPAMENTOS" IN CHILE 1970-73.

In Chile the struggle of urban poor for land and dwelling has a long tradition. It reflects the interdependency of housing policy and social development. During the period of socialist-oriented Allende government (1970-73) social transformation takes a new direction. After legalization of the squatter formed "campamentos", their inhabitants begin a struggle for participation in the development process itself. They create new forms of social organization questioning bourgeois concepts and practice in many ways. This is also the case in planning and constructing their own houses. They produce ideas which are not conform to administrative concepts. This conflict is described in the case of revolutionary campamento "Nueva Habana" in Santiago. (U.Z.)

Ursula Opitz:
PARTICIPATION IN ALGERIA: BORROWING FROM OLD TRADITIONS?

Algeria is a country of wide political, geographical and social disparities. Mass housing projects have had a very limited effect in reducing the eminent housing deficit. Some young and motivated architects, some of them foreign volunteers or experts, are proposing alternative strategies. Most of them rely on "participation", "autonomous building" or "self-built". Although Algeria does have a long ranging tradition of "self-help", these "new" practices show very little or no effect so far. The official Algerian politics seem to reject the notions of "self-

BÜCHERBOGEN
Architektur
Kunst
Design
Film
Fotographie

Stadtbahnboogen 593 Am Savignyplatz
D-1000 Berlin 12 Telefon 312 19 32

determination", "individuality", or the "freedom to choose". But in the long run the concept of "user participation" is bound to become an accepted element of the national housing policy combining tradition and necessity. (F.St.)

Otto Greger:

**WALKING ON TWO LEGS.
POLITICS AND CONSTRUCTION PROCESSES IN
THE PEOPLE'S REPUBLIC OF ANGOLA**

500 years of portuguese colonialism and more than 14 years of guerilla war resulted in a burdensome heritage for the young people's republic. In the beginning the construction sector was totally paralysed in its personal and material resources. After the first emergency measures two main directions in housing provision emerged: 1. Direct public housing provision based on the technologies of prefabrication (which initially seemed to fail). 2. State aided self-help construction as a broad social process reviving century-old forms of collective participation (which puts higher emphasis on the social effects of the housing process than on the physical standards themselves). Urban development and regional planning reflect the often debated new approaches towards "agrarization of the urban fringes" which shall generate urban and provincial self-sufficiency in food and reduce urban parasitism and regional disparities. This new priority - despite some inevitable shortcomings and failures -- will, in the long run, lead to improved conditions of life in Angola. (O.G.)

Barry Pinsky:

**"BUILDING ON OUR OWN FORCES": THE
MAXAQUENE SETTLEMENT UPGRADING IN
MOÇAMBIQUE**

Mocambique won its independence from Portugal in 1975 following a protracted 10-year guerilla war led by FRELIMO-the Front for the Liberation of Mocambique. The experience of collective participation which was necessary for rural peasants to win the war against a much better equipped Portuguese army is now being carried over to all aspects of life including the rehabilitation of the shanty settlements which surround the larger cities and towns.

In 1977 the newly created National Housing Directorate launched the first rehabilitation pilot project in part of the "bairro of Maxaquene", in the capital, Maputo. After two years of intensive work, the original project area has quadrupled in size and an urban plan has been put in place affecting a population of 36.000. New water and electricity projects already serve 10.000 people. Infrastructure works and community facilities are being completed as rapidly as limited material and technical resources permit, and a self-help housing assistance program is underway. The rapid progress has only been possible because of the community's extraordinary efforts in putting into practice the philosophy of "self-reliance". Hundreds of meetings of planning committees have been held and over 100 new block committees are active in the "bairro". The people of Maxaquene are mobilized for a new life and they are succeeding in creating it.

Christian Oertel:

HOUSING AND URBAN DEVELOPMENT IN CHINA

On the large China has succeeded in preventing rural-urban migration, and a resulting formation of spontaneous squatter settlements in the big cities. The majority of the population is still accommodated in a very basic housing stock, and standards have hardly improved since the old times. But many old urban quarters will require substantial repairs and modernization very soon, particularly since very little investment has gone into the maintenance of the existing structures for several decades. New housing schemes tend to show a rather anonymous appearance, frustrating any traditional or aesthetical expectations one might foster. Yet to shelter the natural population increase alone the housing deficit is so big that the national policy puts the quantitative supply before qualitative improvement. (F.St.)

Ekhart Hahn:

EKOLOGICAL SETTLEMENT POLICIES IN CHINA

The Chinese history of development combining population pressure, urbanization and industrialization has generated serious ecological imbalance. Responding to this problem, contemporary Chinese settlement policies not only reflect the new socio-political structure, but also try to take up traditional patterns of ecological practice and philosophy. One of the most interesting examples of this kind would be the 'Urban Environmental Analysis', which is the basis of the 'Beijing Environmental Atlas', and deserves international recognition as a new planning instrument. Its detailed evaluation of pollution damages are guiding a practical strategy for environmental planning and design. (F.St.)

Jan Lindert:

**POLEMIC AGAINST THE PARASITE CHARACTER
OF RESEARCH**

This brief polemic questions the values and intentions of isolated, purely academic research on subjects of poverty and underdevelopment. As long as the relations of the researcher to his "cases" and samples remain subject-object relations, it represents just another form of exploitation. Hence the conclusion should be sought in a combined approach of intellectual research and the promotion of solidarity work. In such a way research can function as a supportive system for socio-political movements and activities. (F.St.)

DONATION CAMPAIGN:

HEALTH-PROJECT RIO SAN JUAN/NICARAGUA

The German agency 'medico internacional' and the Nicaraguan Health Ministry have developed a planning framework for the improvement of public health service infrastructure in the Department Rio San Juan. A solidarity group in Hamburg has formed a building brigade which, at the end of October, will fly to Nicaragua for six months to work in the extension of the health centre of San Miguelito as part of the above mentioned project. Their stay is self-financed. To support their effort help is needed. Therefore the editors of TRIALOG 4 appeal to assist the project with a donation on the following account: BDP Nicaragua-Konto, Sparda-Bank e.G. Hamburg, Kto.-Nr.: 604 410 0100, BLZ 206 905 00. (U.Z.)

TRIALOG

Heft 1, Oktober 1983

WOHNUNGSBAU FÜR DIE ARMEN

Heft 2, Januar 1983

LÄNDLICHE
ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN

Heft 3, April 1983

AUSBILDUNG UND BERUFSBILD

HINWEISE FÜR AUTOREN

Die Zeitschrift "TRIALOG" wird dezentral im Turnus von lokalen Redaktionsgruppen herausgegeben (Adressen siehe Impressum). Jedes Heft enthält in der Regel:

- * Mehrere Artikel zu einem Schwerpunktthema
- * Aktuelle Beiträge und Nachrichten allgemeiner Natur
- * Ausführliche Buch- und Filmrezensionen
- * Kürzere Buch- und Medienhinweise
- * Forschungsabstrakte
- * Veranstaltungs- und Stellenankündigungen
- * Leserbriefe

Die Redaktion lädt Autoren ein, Manuskripte oder Artikelvorschläge in Form von kürzeren Exposéés vorzulegen. Aktuelle und gut illustrierte Beiträge mit einer Länge von nicht mehr als 25 000 Zeichen (650 Zeilen à 38 Anschläge inklusive Leertasten und Interpunktion) werden vorzugsweise veröffentlicht. Die Manuskripte/Exposéés sollen 3-fach und nach Möglichkeit in deutscher Sprache als unverkleinerte Kopie an die Redaktionsadresse geschickt werden:

TRIALOG
PLANEN UND BAUEN
IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN,
Petersenstr. 15,
6100 Darmstadt.

Copyright: Die Herausgeber von TRIALOG sind nicht in der Lage, Honorare zu zahlen. Dafür wird keine Übertragung des Copyright beansprucht. Alle Beiträge dürfen unter Nennung der Quelle nachgedruckt werden, - vorausgesetzt, daß 3 Belegexemplare an "TRIALOG" geschickt werden (davon 1 für den Verfasser), und daß der Autor dies nicht ausdrücklich durch den Vermerk: (c) vor seinem Namen untersagt.

Die Redaktion behält sich jedoch vor, Manuskripte ggf. stilistisch zu überarbeiten und zu kürzen, wo der verfügbare Platz dies erfordert. Inhaltliche Änderungen und Ergänzungen sind jedoch nur nach Rücksprache und mit Genehmigung des Autors möglich, der gleichzeitig eingeladen wird, sein Manuskript in einer vorbereiteten Redaktionssitzung zu diskutieren. Empfehlungen zur Überarbeitung beinhalten jedoch nicht automatisch eine Publikationsgarantie.

Prägnant gefasste Leserbriefe werden - soweit möglich - an den Autor weitergeleitet und ggf. zusammen mit dessen Stellungnahme abgedruckt.